

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 1. Oktober 1925.

Hauskehrrechtabfuhr System Colonia. Die Hauskehrrechtabfuhr nach dem System Colonia ist bis jetzt in den Bezirken Innere Stadt, Leopoldstadt, Neubau, Josefstadt und Brigittenua vollständig und in den Bezirken Hietzing, Ottakring und Hernals zum grössten Teile eingeführt, teilweise auch in den Bezirken Mariahilf, Alsergrund, Rudolfsheim, Fünfhaus und Währing. Von der Gesamtzahl der 520.000 Wiener Wohnparteien sind bis heute ungefähr 275.000 mit rund 61.000 Colonia Gefässen beteiligt. Bis zum Ende des Jahres 1925 werden in den Bezirken Mariahilf, Rudolfsheim und Fünfhaus noch 7500 Gefässe eingestellt werden, so dass am Ende dieses Jahres rund 310.000 Wohnparteien, also bereits mehr als die Hälfte, mit insgesamt rund 68.000 Gefässen versorgt sein werden. Zum Abtransport des Hauskehrrechtes sind je nach der Jahreszeit und den von ihr abhängigen Hauskehrrechtmengen derzeit 18 bis 20 Coloniazüge erforderlich, die insgesamt wöchentlich 3400 bis 3800 m³ Hauskehrrecht abführen. In den übrigen Bezirken wird das Coloniasystem voraussichtlich bis zum Ende des ersten Halbjahres 1927 eingeführt sein.

Bei der Durchführung dieses Systems, durch das die in Wien sprichwörtlich gewordene Mistbauer, "misere" beseitigt wurde, haben sich insofern Schwierigkeiten ergeben, als manche Hauseigentümer die Gefässe nicht dort aufstellen lassen, wo sie von den Organen der Gemeinde leicht erreicht werden könnten, sondern nur an Stellen, die vom Hauseingange weit abgelegen, oft sogar versperrt sind, wie im Keller, in Lichthöfen und dergleichen. Dies bedeutet für die Abfuhr eine beträchtliche Verzögerung und damit eine Verteuerung des Apparates. Um zu verhindern, dass durch derartige un gerechtfertigte Zumutungen einzelner die Steuergelder der Gesamtheit, aus denen die Gemeinde die Kosten der Abfuhr bekanntlich ohne besonderes Entgelt bestreitet, ungebührlich in Anspruch genommen werde, hat der Magistrat eine Aenderung der Kundmachung, mit der das Coloniasystem eingeführt wurde, insofern vorgenommen, als von nun an der Magistrat die Aufstellungsplätze der Gefässe zu bestimmen hat, wobei ^{ihm} allerdings zur Pflicht gemacht wird, nach Tunlichkeit das Einvernehmen mit dem Hauseigentümer zu pflegen.

Überdies soll das regelrechte Benützen und Abtragen der Gefässe dadurch gesichert werden, dass bei Nichteinhaltung der hierfür bestehenden Vorschriften die Einsammlung und Abfuhr des Hauskehrrechtes eingestellt werden kann, wodurch dem Hauseigentümer die Verpflichtung erwächst, für diese Abfuhr selbst Sorge zu tragen.

Bremer Lehrer im Rathause. Heute vormittags erschienen die Mitglieder des Bremischen Lehrervereines und des Bremer Lehrergesangsvereines, die sich auf einer Studienfahrt nach Oesterreich befinden, im Rathause. Etwa 450 Lehrer und Lehrerinnen waren mit den Vertretern des Wiener Männergesangsvereines, des Wiener Schubertbundes, des Gesangsvereines Oesterreichischer Eisenbahnbeamter und des Deutschen Volksgesangsvereines Wien und Umgebung gekommen. Im Festsaal begrüßte amtsführender Stadtrat Speiser die Gäste auf das herzlichste in Vertretung des dienstlich verhinderten Bürgermeisters. In längerer Ansprache wies Stadtrat Speiser auf die Verdienste der Bremer Lehrerschaft auf dem Gebiete der Schulreform hin, die seit Jahrzehnten systematisch vorbereitet wurde. Wir begrüßen Sie jedoch nicht nur als engere Fachkollegen in dieser Stadt, wo wir unermüdet am Werk sind, die Schule den Erfordernissen des modernen Lebens anzupassen, sondern auch als Volksgenossen. Vor wenigen Wochen empfingen wir eine grosse deutsche Volksgesandtschaft aus dem Reiche in unseren Mauern. Die Sänger aus Köln und Frankfurt, aus Berlin und Stuttgart, aus Dresden und München fanden den Weg hieher und bewiesen, dass für uns die Grenzen nicht mehr bestehen. Wir werden darauf hinarbeiten, dass sie fallen.

Zum Schlusse verlas Stadtrat Speiser das Telegramm, ^{des Senates} das der Bürgermeister an den Präsidenten/der freien Hansestadt Bremen Bürgermeister Dr. Martin Donandt gerichtet hat:

„Hoherfreut über den Besuch des Bremischen Lehrervereines und des Bremer Lehrergesangsvereines im Wiener Rathause gedenkt die Stadt Wien der alten freien Hansestadt im Nordwesten deutschen Landes und sendet ihr im stolzen Gefühle der alle deutschen Stämme umschliessenden Volksgemeinschaft die besten Grüsse“.

Im Namen der Wiener Gesangsvereine, deren ^{Gast} die Bremer Lehrerschaft während des Aufenthaltes ist, dankte Regierungsrat Botschen und nannte eine wichtige Aufgabe der Sänger, den Gedanken des Anschlusses und Zusammenschlusses in alle Kreise des Volkes zu tragen.

Für die Bremer dankte der zweite Vorsitzende J. Osterloh. Er gedachte des überaus herzlichen Empfanges, der aller Orten den Bremern bereitet wurde und fand in ihm ein Symbol für die den schlichten Arbeiter mit dem Bürger verbindende Volksgemeinschaft, die mit aufzubauen wir alle bestrebt sind. Mit besonderem Interesse studieren die Bremer Lehrer das Werk der Wiener Schulreform; der Ruf Wiens in pädagogischer Hinsicht ist in Deutschland unbestritten. Wir müssen auch dafür danken, dass wir in diesen Tagen Gelegenheit haben, das Schulwesen in Wien gründlich kennen zu lernen.

Unter Leitung des Chorleiters Professors Eduard Mössler trug hierauf der Lehrergesangsverein den Chor „Was ist des Deutschen Vaterland?“ vor, womit die Begrüssung beendet wurde.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 2. Oktober 1925.

.....
Stadtrat Kokrda. Das Befinden des erkrankten Stadtrates Kokrda hat sich soweit gebessert, dass er das Krankenhaus in Lainz gestern mittags verlassen und sich in häusliche Pflege begeben konnte.

Postsparkassenerlagscheinhefte für Bundessteuern. Ausser einzelnen Erlagscheinern, die an Parteien unentgeltlich abgegeben werden, sind an den Kassen der Magistratischen Bezirksämter seit 1. Oktober auch Erlagscheinhefte erhältlich. Der Preis eines Erlagscheinheftes zu zehn Blatt beträgt 12 Groschen, eines Heftes zu zwanzig Blatt 22 Groschen. Mit diesen Erlagscheinheften soll den Steuerzahlern eine geordnete Sammlung ihrer Zahlungsbelege erleichtert werden, die jedes Verlegen oder Verwerfen einzelner Scheine ausschliesst.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 3. Oktober 1925.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. An Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung ist in den folgenden Strassen die Einrichtung der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung noch im Laufe des heurigen Jahres vorgesehen: In der Leopoldstadt, in der Hollandstrasse und Kleinen Sperlgasse, in der Wagramerstrasse; auf der Landstrasse in der Landstrasser Hauptstrasse und Schächthausgasse sowie Fruethstrasse und einem Teil der Wällischgasse; in der Josefstadt in der Langegasse und Florianigasse; auf dem Alsergrund die Liechtensteinstrasse von der Schleife der Kolingasse an bis zum Lichtenwerderplatz und in der Heiligenstädterstrasse von der Nussdorferstrasse bis zum Lichtenwerderplatz; in Meidling in der Gierstergasse und Albrechtsberggasse; in Hernals in der Hormayrgasse und Kalvarienberggasse, weiter in Währing in der verlängerten Kreuzgasse und Simonygasse und in Floridsdorf in der Schlosshofer- und Donaufelderstrasse. Die Gesamtkosten für diese Installationen betragen 212.000 Schilling. Insgesamt werden 400 hochwertige Halbwattlampen angebracht und damit ein weiterer Schritt zur Ausgestaltung der grdstädtischen Beleuchtung gemacht.

.....
Eine Stübergasse in Meidling. In der Siedlung Hoffingergasse in Meidling wurden in der letzter Zeit Häuser erbaut und es ergibt sich die Notwendigkeit, die neue Gasse, die von der Oswaldgasse bei der Einmündung der Bickellgasse nach Nordosten abzweigt und zum Altmannsdorfer Friedhof führt, zu benennen. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, diese neue Gasse nach dem Wiener Schriftsteller Fritz Stüber-Gunther zu benennen. Fritz Stüber, mit seinem Schriftstellernamen Stüber-Gunther, wurde am 22. März 1872 in Wien XII., Alndtstrasse 82 geboren. Er schrieb zahlreiche humoristische Erzählungen, die das Kleinstadtleben Wiens zum Gegenstand haben. In dieser neuen Strasse werden auch Erläuterungstafeln angebracht werden, die auf den Träger des Namens hinweisen. Der Strassenzug südlich der Donauländebahn war bisher unbenannt, der nördlich entlang der Donauländebahn verlaufende Teil heisst bereits Griessergasse, nunmehr wird dieser Name auch auf den südlichen Teil ausgedehnt. Der Text der Erläuterungstafel lautet: Ehrhard Griesser, 1434, Grundherr von Altmannsdorf.

.....
Eine Schrutkagasse in Ober-Sankt-Veit. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die zwischen Hietzinger Hauptstrasse und Spohrgasse gelegene Verlängerung der Rohrbacherstrasse, „Schrutkagasse“ zu bezeichnen. Die Erläuterungstafeln lauten: Dr. Emil Schrutka, Professor für Österreichisches Zivilprozessrecht an der Wiener Universität, 1852 bis 1918. Der Strassenzug in der Verlängerung der Trazerberggasse wird ebenfalls „Trazerberggasse“ genannt.

Keine Sprechstunde beim Bürgermeister. Die für Montag, den 5. Oktober, anberaumte Sprechstunde beim Bürgermeister Seitz entfällt wegen dienstlicher Verhinderung.

.....
Eine Ausstellung künstlerischer Einbandentwürfe im Rathause. Um der grossen Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, die Entwürfe für den künstlerischen Einband des Städtewerkes „Das neue Wien“ kennen zu lernen, wird im Rahmen der städtischen Sammlungen eine eigene Ausstellung veranstaltet, in der eine grosse Anzahl von überaus beachtenswerten Schöpfungen heimischer Künstler sowie der preisgekrönte und die mit lobenden Erwähnungen ausgezeichneten Entwürfe zu sehen sind. Die Ausstellung ist von Sonntag, den 4., bis einschliesslich Sonntag, den 11. Oktober, mit Ausnahme von Montag täglich von 9 bis 1 Uhr zum freien Besuche geöffnet. Zugang zur 3. Abteilung des Historischen Museums der Stadt Wien, im Rathause über die Feststiege II (Eingang Lichtenfelsgasse Nr. 2).

.....
Sitzungen im Rathause. In der kommenden Woche findet Dienstag, den 6. Oktober, um 10 Uhr vormittags eine Sitzung des Wiener Stadtsenates und Freitag, den 9. Oktober 1925, um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien statt.

-----000-----

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 3. Oktober 1925

Zweite Ausgabe

Der Bürgermeister in Gresten Heute Samstag besichtigte Bürgermeister Seitz in Begleitung von Mitgliedern des Gemeinderates unter der Führung des Präsidenten der „Wag“ Professor Dr. Fränköl und der Direktoren Ing. Eugen Karel und Ing. Eduard Bodenseher das der Vollendung entgegengehende Wasserkraftwerk Garming und die fertiggestellte Freiluft-Schaltstation Gresten.

Die Anlage Gresten ist die einzige und erste dieser Art in Oesterreich und bildet die Sammelstation der aus den Kraftwerken Opponitz, Partenstein und Garming zugeleiteten Energien, die von hieraus auf der Hauptleitung nach Wien übertragen werden.

Für morgen Sonntag ist ein Besuch des in vollem Betrieb stehenden Wasserkraftwerkes Opponitz im Ybbstal in Aussicht genommen. Dieses Kraftwerk ist nunmehr vollständig fertiggestellt und hat trotz der ungünstigen Wasserverhältnisse im heurigen Frühjahr die vorausberechnete Leistungsfähigkeit voll erreicht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 5. Oktober 1925.

.....
Die Zahl der Leichenverbrennungen nimmt zu. In der Feuerhalle der Stadt Wien wurden von 1. bis 30. September 1925 an 22 Einscheringstagen insgesamt 161 Leichen eingeschert. Von diesen Leichen waren 102 männlich und 59 weiblich; nach der Konfession verteilten sich auf römisch-katholisch 95, altkatholisch 1, protestantisch 15, mosaisch 39 und konfessionslos 39. Einsegnungen nach altkatholischen Ritus fanden statt 45, nach evangelischem 21. Aufbahrungen wurden 137 durchgeführt. Ausserdem wurden 3 Kinderleichen eingeschert, die in der angegebenen Anzahl bereits berücksichtigt worden sind. Vergleicht man die Angaben mit denen des Septembers 1924, so sieht man eine neuerliche Zunahme der Kremationen. Im September 1924 wurden nämlich an 18 Tagen nur 150 Leichen eingeschert, von denen 88 männlich, 62 weiblich, 91 römisch-katholisch, 2 altkatholisch, 14 mosaisch und 21 konfessionslos waren.

Die Ausstellung künstlerischer Entwürfe im Rathause. Die Ausstellung der eingelangten Entwürfe für den Einband des in Vorbereitung befindlichen Werkes „Das neue Wien“ bleibt bis einschliesslich Sonntag, den 11. Oktober, von 9 bis 1 Uhr zum freien Besuche geöffnet. Zugang zur dritten Abteilung des Historischen Museums der Stadt Wien von der Lichtenfelsgasse Nr. 2 über die Feststiege II.

Feuerwache Heiligenstadt. Im Zuge der Reform des Feuerlöschwesens wurde die Feuerwache „Heiligenstadt“ XIX., Grinzingerstrasse 84, neu adaptiert und heute nachmittags bezogen.

E I N L A D U N G

zur

P r e s s e b e s i c h t i g u n g

am 6. Oktober 1925

der im Rahmen der III. Abteilung des Historischen Museums der Stadt Wien veranstalteten Ausstellung von künstlerischen Einbandentwürfen für das Werk „Das neue Wien“.

Zeit: $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags

Ort: wie oben

Antsführender Stadtrat Richter wird hierbei einige einleitende Worte sprechen.

Die geehrte Redaktion wird eingeladen, einen Vertreter zu entsenden.

Die Rathauskorrespondenz.

Wien, Montag, den 5. Oktober 1925.

-----oOo-----

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 6. Oktober 1925.

.....
Das Städtewerk der Gemeinde. Heute vormittags fand im Rathause eine Pressebesichtigung der zurzeit in den städtischen Sammlungen ausgestellten Entwürfe für den Einband des unter offizieller Mitwirkung der Gemeinde Wien in Vorbereitung stehenden Städtewerkes „Das neue Wien“ statt. Unter den zahlreichen eingelangten Entwürfen befinden sich viele, die vom buch künstlerischen Standpunkt aus als besonders originell und wertvoll bezeichnet werden müssen. Die einschlägigen Gewerbe finden hier eine Menge von Anregungen, auch das Verlagsgewerbe wird an den vielen richtunggebenden Entwürfen nicht uninteressiert vorüber gehen. Es zeigt sich in der ganzen Ausstellung ein moderner Zug, alte und abgebrauchte Motive wurden nicht mehr verwendet, sondern auf neuen Wegen sicher vorwärts geschritten. Die interessierten Kreise, wie Buchbinder, Drucker, Verleger und die Schüler von graphischen Lehranstalten werden aus dem umfangreichen Material noch weiter eine Fülle von Anregungen schöpfen. Wegen des grossen Interesses bleibt die Ausstellung bis einschliesslich Sonntag, den 11. Oktober, von 9 bis 1 Uhr dem allgemeinen Besuche frei zugänglich. Eingang: Neues Rathaus, Lichtenfelsgasse Nr. 2, Feststiege II, Mezzanin, Historisches Museum (dritte Abteilung).

Ein Ferkelmarkt in Grossjedlersdorf. Einem langgehegten Wunsche der in Wien ansässigen Landwirte, besonders jener des linken Donauufers und des Marchfeldes hat der Wiener Gemeinderat entsprochen und in seiner Sitzung vom 3. April 1925 die Errichtung eines Ferkelmarktes im XXI., Bezirke beschlossen. Der nunmehr fertiggestellte Markt befindet sich in Gross-Jedlersdorf hinter dem Gemeindegasthaus zwischen Amtsstrasse und Wannemachergasse; er liegt in unmittelbarer Nähe der Bahnstation „Jedlersdorf“ der Nordwestbahnstrecke Wien-Stockerau-Retz. Von Wien aus führt die Linie 31 der Strassenbahn vom Franz-Josefs-Kai zum Markte. Als Markttag wurde der Dienstag angesetzt; fällt auf diesen Tag ein Feiertag, so wird der Markt am nächstfolgenden Werktag abgehalten. Der Markt beginnt in der Zeit vom 1. April bis 30. September um sieben Uhr früh, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März um 8 Uhr früh und endet stets um 11 Uhr vormittags. Die Marktgebühren betragen derzeit je 26 Groschen für die tierärztliche Beschau und für die Benützung der Markteinrichtungen, zusammen also 52 Groschen für jedes zu Markt gebrachte Ferkel. Der erste Ferkelmarkt findet Dienstag, den 13. Oktober statt.

-----oOo-----

Mittwoch, den 7. Oktober 1925.

Basler Sänger im Rathaus. Heute vormittags erschienen etwa 200 Mitglieder der Basler Liedertafel, die auf einer Sängerreise nach Wien begriffen sind, im Sitzungssaal des Stadtsenates, wo sie vom amtsführenden Stadtrat Richter in Vertretung des Bürgermeisters begrüsst wurden. Zu diesem Empfange hatten sich von der schweizerischen Gesandtschaft die dienstfreien Herren, die Vertreter des Schubertbundes, des Männergesangsvereines und des Gesangsvereines österreichischer Eisenbahnbesitzer eingefunden. Ausserdem war eine grössere Anzahl von Gemeinderäten erschienen. Stadtrat Richter gab dem Gefühlen der Dankbarkeit und der Sympathie für die Schweiz bededten Ausdruck, als sie in der Nachkriegszeit sich aufopferungsvoll unserer Jugend und unserer Kinder annahm. Die Beziehungen zwischen Oesterreich und der Schweiz waren von jeher freundschaftlich, wurden aber durch die Akte selbstloser Nächstenliebe noch inniger gestaltet. Namens der Schweizer Regierung sprach der Gesandte der Eidgenossenschaft in Wien Dr. Maximilian Jäger und betonte, dass es bedeutsam genug sei, wenn die Basler Liedertafel zum Ziel ihrer ersten Auslandsreise die Stadt Wien nimmt, um hier auf den Stätten der Musikheroen zu wandeln. Für die Wiener Gesangsvereine sprach hierauf Vorsitzender Stellvertreter des Eisenbahnbesängersvereines Josef Wak, der auf die alten Beziehungen hinwies, die zwischen Wien und der Stadt am Rheine bestehen. Für die Baseler gab Präsident Kaiser den Dank für den Empfang zum Ausdruck.

Zum Schluße trug die Liedertafel unter Leitung des Chormeisters Dr. Hermann Suter die Chöre: „Abendlied“ von Ferdinand Huber, „Zapfe streich“ von Friedrich Niggli und „Unsere Berge“ von Suter selbst (Text von Gilm). Als Geschenk wurde der Stadt Wien eine prächtige Wappenscheibe aus farbigem Glas in Rahmen überreicht, die den Gründer des Basler Münsters, Heinrich II., und charakteristische Baseler Stadtbilder darstellt, ausgeführt in der Werkstätte des Glasmalers Emil Gerster in Riehen bei Basel.

Neue Oberamtsräte bei der Gemeinde. Der Wiener Stadtsenat hat auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Speiser beschlossen die drei unbesetzten Oberamtsratsstellen für die Standesgruppe der Beamten des mittleren Verwaltungsdienstes zu besetzen. Es wurden die Amträte Rudolf Knauer, Dezernent für Heimatsrechtsangelegenheiten im magistratischen Bezirksamt Brigittenau, Gustav Tie ze, Kanzleileiter der Magistratsdirektion, und Anton Seywald, Leiter der Marktamsabteilung für den vierten Bezirk, zu Oberamtsräten ernannt.

Bahnhofrandverkehr der Strassenbahn. Wegen grösserer Gleis- und Strassenbauten auf dem Mariahilfer Gürtel bei der Sehhshauerstrasse wird der Bahnhofrandverkehr von Donnerstag angefangen bis auf weiteres vom Neubaugürtel an wie die Linie 6 über die Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorfer Platz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Kein Fuhrwerksverkehr an der Kreuzung Gumpendorferstrasse-Gürtel. Wegen der Strassenregulierungsarbeiten und der Herstellung des Gleisanschlusses von der Stadtbahn zur Strassenbahn muss der Fuhrwerksverkehr an der Kreuzung Gumpendorferstrasse und Gürtel abgelenkt werden. Es wird auf die Dauer von sechs bis sieben Wochen der Fuhrwerksverkehr von der Stadt zur Vorstadt und umgekehrt über die Mollardgasse und Ullmannstrasse geleitet. Der Verkehr von der Gumpendorferstrasse wird in der Höhe Stumpergasse-Brückengasse abgelenkt. Im Zug der Gürtelstrasse wird in der Richtung Margareten und Meidling stadtsseitig der Verkehr über die Wallgasse und vorstadtseitig über die Herklotzgasse in der Richtung gegen Mariahilf und Fünfhaus stadtsseitig über die Mollardgasse und vorstadtseitig über die Ullmannstrasse geführt.

Ein Steuerprivileg aus den Türkenkriegen. Der Wiener Gemeinderat wird sich am Freitag mit einem äusserst interessanten Geschäftsstück beschäftigen, dem folgender Tatbestand zugrundeliegt: Als nach Abwehr der zweiten Türkenbelagerung im Jahre 1683 die Ersatzheere siegreich in Wien einzogen, hat die Gemeinde Wien den Grafen Starhemberg und Trautsohn als Dank die Steuerfreiheit ihres Realbesitzes zugesichert. In dem einem Fall war es die Realität, die von da an als Freihaus bezeichnet wurde, in dem anderen Fall handelt es sich um das heutige Auerspergsche Palais mit den Nebengebäuden in der Lerchenfelderstrasse und Trautsohnsgasse. Die Gemeinde Wien hat sich in wiederholt geführten Prozessen dieses Steuerprivilegs zu entledigen versucht. So wurde im Jahre 1829 ein Prozess angestrengt und bis zum Appellationsgericht geführt, aber verlor. Das gleiche Schicksal hatte eine im Jahre 1899 angestregte Klage, die durch Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom Jänner 1900 vollinhaltlich abgewiesen wurde. Der im Mittelalter ausgefertigte Vertragsbrief spricht von allen „ordinär und extraordinär-dann real-und personal oneribus“ und sagt an anderer Stelle „auch alle anderen Ordinari- und Extraordinari, Landes- und Gemeindegeldern oder Postulaten, wie die Namen haben oder noch erdacht werden mögen“. Diese überaus weitgreifende Begünstigung hat sich bisher als unangreifbar erwiesen.

Im Hinblick auf die durch die Einführung der Wohnbausteuer denn doch gänzlich geänderten Verhältnisse hat indes die Gemeindeverwaltung den neuerlichen Versuch unternommen, durch gerichtliche Klage die Beseitigung dieses ganz und gar nicht mehr zeitgemässen Privilegs durchzusetzen. Der Magistrat verweist darauf, dass unter den heutigen Verhältnissen und sozialen Zuständen ein solcher Vertrag als den guten Sitten widerstreitend angesehen werden müsse. Auch die kirchliche Steuerfreiheit, die durch die feierlichen Verträge zugesichert war und bis 1360 Geltung hatte, wurde aufgehoben und der Klerus zum ersten Male vom Rudolf IV besteuert. Die Rechtspflege könne auch in diesem Fall nicht auf dem Stand von 1683 stehen bleiben. Zur gerichtlichen Verhandlung ist es jedoch nicht gekommen. Diese so oft umstrittene Angelegenheit wird vielmehr durch einen Vergleich beendet. Die Gemeinde erklärt, dass sie die dem Franz Josef Auersperg und dessen Erben bis zum 31. Dezember 1929 vorgeschriebenen und eingehobenen oder noch einzuhobenden oder vorzuschreibenden Steuern und Abgaben mit Ausnahme der Grundsteuer und der Gebühren für Leistungen der Gemeinde wie Kanalräumungs- und Wassergebühren, ersetzen werde. Diese Verpflichtung erlischt, falls die in Betracht kommenden Räumlichkeiten vorher ganz oder zum Teile fremden Personen vermietet oder zur dauernden Benützung unentgeltlich überlassen werden. Das gleiche geschieht, sofern die Realität vor dem 31. Dezember 1929 nicht im Egbweg, sondern durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden in das Eigentum einer anderen Person übergeht. Hingegen anerkennt Franz Josef Auersperg für sich und seine Rechtsnachfolger vorbehaltlos, dass seine Rechte und Ersatzansprüche aus den Freibriefen, die der Wiener Magistrat den Nachfolgern des Grafen Trautsohn, den Reichsgrafen Karl von Welk am 1. Jänner 1708, dem Marquis Rofrano am 23. August 1727 und dem Johann Adam Reichsfürsten von Auersperg am 9. Jänner 1787 ausgestellt hat, mit dem 31. Dezember 1929 endgültig erloschen sind. Die Gemeinde wird den Betrag von mehr als 31.000 Schilling zurückzahlen müssen und es entgehen ihr bis Ende 1929 sehr erhebliche Summen an Wohnbausteuer. Immerhin verschwindet aber dann endlich eine Beverzugung, die 246 Jahre hindurch sich im unerhörten Wandel aller Verhältnisse zu behaupten vermocht hat.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 8. Oktober 1925.

.....
Die Entwicklung der städtischen Gaswerke. Gleich den städtischen Elektrizitätswerken haben auch die Gaswerke trotz Verminderung der Bevölkerungszahl und der allgemeinen wirtschaftlichen Krise den Friedensabsatz nicht nur zu behaupten, sondern sogar erheblich zu steigern vermocht. Dieses, von der sonstigen Entwicklung in Oesterreich sich unterscheidende Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass seit dem Jahre 1919 planmässig und in intensiver Weise der Verbrauch von Gas in der Hauswirtschaft und für industrielle und gewerbliche Zwecke propagiert worden ist. Dutzende von Milliarden sind investiert worden, um neue Abnehmer zu gewinnen. Die Entwicklung ist tatsächlich eine ganz ausserordentliche. Im letzten Friedensjahr 1913 hatten die Gaswerke insgesamt 211.815 Konsumenten. Am 30. Juni/1925 waren es 332.672. Es ist also eine Steigerung um sechzig Prozent zu verzeichnen. Auf den einzelnen Abnehmer entfällt allerdings im Durchschnitt ein kleinerer Gasverbrauch als früher. Die Bevölkerung geht eben mit dem Gas weit sparsamer um, als es einmal der Fall war. Dazu kommt, dass das Gas für Beleuchtungszwecke vom elektrischen Licht verdrängt wird und in den Haushalten vorwiegend nur noch zur Zubereitung der Speisen, für Bäderzwecke und in stete wachsender Masse zum Bügeln der Wäsche verwendet wird. Die sehr scharfe Konkurrenz des elektrischen Stromes hat indes die Zunahme des Absatzes nur zu verlangsamen, nicht aber zu verhindern vermocht. Im Jahre 1913 haben die Gaswerke 191 Millionen Kubikmeter Gas abgegeben, davon rund 16.000 für die öffentliche Beleuchtung. Im ersten Halbjahr 1925 betrug die Gasabgabe 128,000.000 Kubikmeter. Auf das ganze Jahr gerechnet würde sich also unter gleichbleibenden Verhältnissen ein Absatz von 256 Millionen Kubikmeter ergeben. Das bedeutet eine Zunahme um nahezu ein Drittel. Dabei geht der Verbrauch für die öffentliche Beleuchtung ständig zurück, hingegen steigt der Gaskonsum für die Hauswirtschaft und Industrie. Dieses Wachstum des Absatzes, die systematisch betriebene Ausgestaltung der Gaswerke zu einer grossen chemischen Fabrik, vor allem anderen aber der Verzicht der Gemeinde, aus den Monopolbetrieben irgendwelche Gewinne zu schöpfen, bewirken es, dass der Gaspreis heute wesentlich niedriger ist als im Frieden. Vor Kriegsausbruch kostete ein Kubikmeter Gas 17 Goldheller, jetzt ist der Preis 19 Groschen oder 13²⁷ Goldheller, also um ein Viertel weniger als im Frieden! Dabei ist in den 19 Groschen schon die Wasserkraftabgabe und die staatliche Warenumsatzsteuer enthalten, die es früher bekanntlich nicht gegeben hat. Es ist ferner die monatliche Gasmesserrente in Wegfall gekommen, die je nach der Grösse des Gasmessers 60 bis 120 Goldheller für den Monat betragen hat. Der von der Gemeindeverwaltung befolgte kaufmännische Grundsatz, den Absatz so stark als nur irgend möglich zu steigern und dadurch zu billigen Preisen zu gelangen und die Monopole nicht als Instrumente der indirekten Besteuerung zu benützen, hat sich voll bewährt.

Ein neuer Direktor der städtischen Sammlungen. Seit der Pensionierung des Direktors Alois Trost ist die Direktorstelle in den Wiener städtischen Sammlungen unbesetzt. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Speiser hat nun der Stadtsenat beschlossen, den Oberrat Hermann Reuther zum Direktor der städtischen Sammlungen zu ernennen. Direktor Reuther ist seit dem Jahre 1900 im städtischen Dienst und arbeitet seit 1. Oktober 1904 in den städtischen Sammlungen, wo er zuerst in der Stadtbibliothek und dann im Museum verwendet wurde. Er hat bei zahlreichen Ausstellungen der Gemeinde in Wien und im Ausland mitgewirkt. Besonders die Beethovenausstellung 1920/21, die Grillparzerausstellung 1922 und die Gedächtnisausstellung 1848 im Jahre 1923 wurden von ihm durchgeführt.

Wien, Freitag, den 9. Oktober 1925.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 9. Oktober 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr 10 Minuten die Sitzung.

Ohne Verhandlung werden folgende Anträge beschlossen:

Der Antrag des Gemeinderates Dr. Friedjung über die leihweise Ueberlassung des Schlosses Bellevue an Maria Salzer-Wittgenstein zur Führung eines Pflegeheimes für kochentuberkulose Kinder und Unterbringung von Kindern durch die Gemeinde Wien; zur Vornahme von Instandsetzungsarbeiten und Reparaturen wird ein Kredit im Gesamtbetrag von 24.300 Schilling bewilligt. Für die Bestreitung der Verpflegungskosten für das laufende Verwaltungsjahr wird der Kredit von 18.000 Schilling genehmigt. Der Antrag des Stadtrates Speiser über eine Aenderung des Kollektivvertrages der Bediensteten der städtischen Elektrizitätswerke, wird genehmigt und der Bericht der Wasserkraftwerke- A.G. für die Zeit von 1. Mai bis 31. Juli 1925 zur Kenntnis genommen.

Angenommen werden weiter eine Reihe von Anträgen; der Antrag des Gemeinderates Ferenz auf einen Kredit von 8.000 Schilling für Instandhaltungsarbeiten an den Aufzügen im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz; des Gemeinderates Grünfeld auf Erhöhung der Gebühr für einen Passierschein von Personenfuhrwerken zur Einfahrt in den Zentralfriedhof von zwanzig auf fünfzig Groschen; des Gemeinderates Hiegg, Subventionen zu gewähren an den Verein abstinenten Frauen in Wien zur Renovierung und Neueinrichtung der alkoholfreien Gastwirtschaft Volksheim, XVI., Koflerpark, im Ausmasse von dreitausend Schilling, für die Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge von tausend Schilling, an die freiwillige Feuerwehr Grinzing als Beitrag zu den Anschaffungskosten der im Vorjahre eingestellten neuen Automobilspritze von 2.500 Schilling, für den Wiener Gewerbe-Genossenschaftsverband von tausend Schilling, für den Arbeiter-Abstinenzantenbund in Oesterreich von 15.000 Schilling; der Antrag des Gemeinderates Isler zur Strassenherstellung in der Vorgartenstrasse von der Strömstrasse bis zur Heliwegstrasse im XX. Bezirk im Betrag von 50.000 Schilling, zu Strassenherstellungen bei den Wohnhausbauten am Fuchsenfeld in Meidling mit den Kosten von 315.000 Schilling, ferner Strassenherstellungen beim städtischen Wohnhausbau Rosensteingasse in Währing und in der Gartensiedlung Am Flötzersteig mit einem Kredit von 110.000 Schilling, endlich den Neubau eines Hauptkanals in der Umgebung des Wohnhausbaus Ehangasse in Simmering mit dem Kostenerfordernis von 70.000 Schilling und den Zuschusskredit von 284.000 Schilling des Betriebes Wasserversorgung.

Angenommen werden ferner Anträge des Gemeinderates Jenschik für Sicherungsarbeiten im Schulgebäude XII., Nymphen-gasse im Betrag von 9.800 Schilling, für Gebäudeerhaltungsarbeiten in der Heilanstalt Ybbs von 6.000 Schilling und für die Kosten des Umbaus eines Belagheimes des Wiener Versorgungsheimes Lainz in ein Krankenhaus der Kredit von 304.000 Schilling; des Gemeinderates Kohl auf Ankauf einer Liegenschaft auf der Landstrasse;

des Gemeinderates Linder auf Ankauf einer Liegenschaft in Währing; des Gemeinderates Lütsch auf Ankauf von Gründen in Simmering, Aspern, Gross-Jedlersdorf; des Gemeinderates Nachtnebel

eines Kredites von 90.000 Schilling für den Neubau des Magazins-, Werkstätten und Kanzleihauses der Elektrizitätswerke IX., Hüfergasse und eines Kredites von 1,500.000 Schilling für die Beschaffung von Gasmessern.

Gemeinderat Schön berichtet über den Grunderwerb für die Erbauung einer Transformatorstation auf der ehemaligen Irrenhausrealität im IX. Bezirk, und den Ankauf einer Liegenschaft in Untermeidling, Gemeinderat Schütz über eine Baulinienbestimmung eines Teiles der Hirschtettenerstrasse im XXI. Bezirk und Baulinienbestimmungen im Kahlenbergerdorf. Angenommen wird ferner ohne Debatte der abgeänderte Entwurf für die Wohnhausanlage auf dem Alsergrund in der Thury-Markt- und Fechtergasse, über den Stadtrat Speiser berichtet.

Stadtrat Speiser beantragt eine Lohnregulierung bei den städtischen Gaswerken, einen Zuschusskredit für die Märkte und Schlachthöfe im Betrag von 96.000 Schilling und 50.000 Schilling für Abfertigungen. Stadtrat Dr. Tandler beantragt für Mehrerfordernisse des Versorgungsheimes Mauerbach, wo die Anzahl der Becken auf 350 auf 440 erhöht wird, einen Kredit von 81.000 Schilling und für die Kosten der Umwandlung eines Pavillons des Versorgungsheimes Lainz in ein Krankenhaus von 36.000 Schilling. Gemeinderat Thaller beantragt Subventionen von je 1000 Schilling für die Zoologisch-botanische Gesellschaft, für die in der Zeit vom 9. bis 14. Oktober 1925 vom Oesterreichischen Bildspielbund veranstaltete Bildwoche in Wien und zur Ausprägung einer von Bildhauer Josef Tautenhayn entworfenen Johann-Strauss-Plakette in Bronze. Schliesslich werden angenommen die Anträge des Gemeinderates Schütz für die Baubewilligung eines Zubaus und für bauliche Umgestaltungen im städtischen Elektrizitätswerke XII., Pottendorf, Errichtung der Baubewilligung für die Errichtung des Umspannwerkes „Michelbeuern“ und für den Ausbau der Unterstation Alsergrund.

St.R. Tandler beantragt die Umwandlung des städtischen Zentralpferdeschlachtshauses in Favoriten, Schoberplatz, in ein Heim für Obdachlose. Die Gemeindeverwaltung hat die Zahl der Betten für Obdachlose von 800 auf 2000 erhöht; doch hat sich gezeigt, dass auch diese Zahl nicht genügt, weshalb diese Umwandlung vorgeschlagen wird. Es werden nicht alle Räume für Obdachlose verwendet. Die Aufnahme wird im Obdachlosenheim der Gemeinde, das gegenüber dem Pferdeschlachthaus ist, erfolgen, wo auch die Küche untergebracht ist, so dass die Leute in dem neuen Gebäude nur nächtigen werden.

G.R. Müller (chr. soz.) begrüsst diese neue Einrichtung, da die Gemeinde alles daransetzen muss, um für die Obdachlosen zu sorgen. In Meidling wurde das Obdachlosenheim in ein Hochschülerheim umgewandelt und wenn die Gemeinde etwas entgegenkommender wäre, so könnte sie auch dieses Heim wieder ihrem ursprünglichen Zweck zuführen. Der Verein, der jetzt dieses Heim verwaltet, kann die hohen Lasten, wie Wohnbausteuer u. s. w. nicht mehr ertragen und wäre gern bereit mit der Gemeinde in Fühlung zu treten, man könnte die Studenten in der Nähe der Universität unterbringen und würde den notwendigen Platz für die Obdachlosen gewinnen.

2

Stadtrat Kunschak meint, es wäre an der Zeit mit der Bezeichnung Obdachlosenheim überhaupt aufzuhören und es einfach Heim zu nennen. In formaler Beziehung müsse er das Bedenken vorbringen, dass in dem Augenblicke, da der Gemeinderat zu einer Besichtigung eingeladen werde der Gegenstand erst auf der Tagesordnung stehe.

Der Referent bemerkt in seinem Schlussworte, dass mit dem Asylverein neuerdings unterhandelt werde und die Hoffnung bestehe, zu einem besseren Resultat zu kommen als damals. Die Bezeichnung Obdachlosenheim würde an Stelle der Bezeichnung Asyl- und Werkhaus gewählt. Man möge bedenken, dass nicht nur der Name geändert wurde, sondern auch eine Reihe von Verbesserungen durchgeführt worden ist. Sobald man einen besseren Namen findet, werde man ihn gerne anwenden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Tandler berichtet über den Antrag auf Beitragsleistung der Gemeinde Wien zum Betriebsabgang der Wiener Fondspitälner in der Höhe von sechs Millionen Schilling und bemerkt dazu, die Gemeinde habe sich im Ausgleichswege verpflichtet dem Bund für die Zeit vom 28. Juli 1920 bis 31. Dezember 1923 auf Grund des Krankenanstaltengesetzes die genannte Summe zu bezahlen.

Gemeinderat Kunschak fragt aus welcher Kassa, unter welchem Titel und unter welcher Post diese sechs Millionen Schilling im Budget verrechnet werden.

Stadtrat Breitner erwidert, die Bedeckung werde durch eine unvermutete Einnahme von fünfzig Milliarden Kronen, die der Bund der Gemeinde Wien zugebilligt, gefunden werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Tandler beantragt die Bewilligung von Zuschusskrediten aus Anlass der Wassergebührenerhöhung.

G. R. Wotzko (chr. soz.) erklärt, dass durch den Mehrbedarf an Wasser in den Fürsorgeanstalten ungefähr eine halbe Milliarde Kronen jährlich zu zahlen sein werden. Ungefähr 11 Prozent der Lasten in den Fürsorgeanstalten bedeute ein Einschlag für die Gemeinde, da sie wieder in die Gemeindekassen zurückfließen, das sind 48 Milliarden jährlich. Es sei zu begrüßen, dass die Gemeindeverwaltung von dem Grundsatz der allgemeinen Kommunalisierung in neuester Zeit abweicht und die freiwillige Fürsorge mehr heranzieht, sie werde dabei viel besser fahren, da die Gemeinde in eigener Regie beträchtlich höhere Auslagen hat. Die verbrauchte Wassermenge in den Fürsorgeanstalten scheine den gesundheitlichen Anforderungen der Pflanzlinge nicht zu genügen.

Der Referent entgegnet, er sei immer betroffen gewesen, inwieweit in den Fürsorgeanstalten das Waschen so angenehm als möglich zu machen, allein insbesondere die Kinder seien von Hause aus nicht besonders für die Reinigung und keine Fanatiker des Waschens. In den Waisenhäusern konnte sich früher kein Kind mit warmem Wasser waschen, jetzt aber ist überall durch Warmwasserleitungen dafür gesorgt. Man dürfe hoffen, dass im Laufe der Jahre die Vorliebe für körperliche Reinigung sich allmählich ausbilde. In den Versorgungshäusern stehe es damit noch nicht besonders günstig, denn der Wasserverbrauch ist unter der normalen Menge.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Tandler beantragt die Schliessung des Betriebes der Heilanstalt Spinnerin am Kreuz, die Vermehrung der Bettenzahl

in der Erholungsstätte Kreuzwiese um fünfzig, sowie die Eröffnung des Betriebes der neuerrichteten Abteilung für zweihundert lungenkranke Kinder in der Heilanstalt Baumgartnerhöhe.

G. R. Müller (chr. soz.) tritt dafür ein, dass die Auflassung der Heilanstalt Spinnerin am Kreuz dazu benützt werde, die schon längst als dringend erkannte Herstellung einer Verbindungsstrasse zwischen dem XII., und X. Bezirk vorzunehmen.

Der Referent entgegnet, er werde diesen Wunsch dem ausführenden Stadtrat Siegel zur Kenntnis bringen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

G. R. Grünfeld (soz. dem.) beantragt, den Neubau einer Aufbahrungshalle auf dem Stadlauer-Friedhof mit den Kosten von 27.000 Schilling zu genehmigen.

Nachdem Gemeinderat Kunschak eine formale Bemängelung vorgebracht, die der Referent aufklärt, wird der Antrag angenommen.

G. R. Grünfeld (soz. dem.) beantragt ferner einen Zuschusskredit für die Erhaltung der Wege, Anlagen und Grabbezeichnungen in Gemeindefriedhöfen. Um die Schäden der Nachkriegszeit zu überwinden, ist ein Kredit von 60.000 Schilling erforderlich.

G. R. Doppler (chr. soz.) bemängelt, dass aus dem Referate nicht zu entnehmen sei, wiesich die Lasten auf die einzelnen Posten verteilen. Er rügt ferner, dass die Erdschicht auf Schachtgräbern nicht von der notwendigen Stärke besonders in der Nachkriegszeit

warmen Jahreszeit unmöglich sei. Diesem Uebelstand müsse sofort abgeholfen werden. Endlich sei auch ein berechtigter Wunsch der Hernalser, den Friedhof nach einer Seite zu vergrössern oder eventuell mit dem Dornbacher zu verbinden, da auf dem Hernalser Friedhof Schachtgräber nicht mehr vorhanden sind. Die notwendigen Grundstücke können nicht als zu teuer bezeichnet werden. Bei einigen guten Willen wäre es möglich. Redner stellt den Antrag, ehestens eine Vorlage zur Erweiterung des Hernalser Friedhofes zu verfassen. Nach den Angaben des Referenten, der die Verteilung auf die Rubriken aufklärt, wird der Antrag des Gemeinderates Kunschak angenommen und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt und der Referentenantrag genehmigt.

G. R. Nachtnebel (soz. dem.) beantragt einen Nachtragskredit von 350.000 Schilling für die Ausgestaltung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung. Diese soll in einigen Strassen, in denen sie bisher nicht vorgesehen war, eingeführt werden.

G. R. Scholz (chr. soz.) bemängelt, dass in vielen Strassen, die im Voranschlag genannt waren, die elektrische Beleuchtung noch immer nicht in Angriff genommen worden ist. So verweise er in der Brigittenau in der Wintergasse, Brigittagasse, Gerhardusgasse, Hannovergasse die Installationen. Es muss einem Wunder nehmen, wenn nunmehr Kredite für Installationen in Strassen angesprochen werden, in denen eine öffentliche elektrische Beleuchtung bisher nicht vorgesehen war, während die im Budget aufgeführten Gassen schon längst an die Reihe hätten kommen sollen. Redner schildert an Hand einer Stromstörung am 20. September, wo eine Stadtbahnstation durch 15 Minuten in ägyptischer Finsternis lag, die Gefahren eines Kurzschlusses auf den Stationen der elektrischen Stadtbahn für eine Notbeleuchtung werde keinerlei Vorsorge getroffen. Ebenso gefährlich kann aber eine Stromstörung auf

Dritter Bogen

den Strassen, die elektrisch beleuchtet werden, sein. Redner verlangt die Einführung einer Notbeleuchtung, die durch einzelne Gasandeleber, besonders an den Strassenkreuzungen, leicht erreicht werden kann. Der Referent weist im Schlusswort darauf hin, dass die Verhandlungen mit den Hausbesitzern langwierig sind. Die Uebelstände auf den Stadtbahnhöfen werden beseitigt.

Der Antrag wird bei der Abstimmung angenommen.

Stadtrat Siegel berichtet über ein Grundtauschabkommen zwischen der Gemeinde Wien und der Herrschaft Hoyos, wodurch eine Arrondierung des städtischen Besitzes im Gebiete der grössten Hüllentalquelle ermöglicht werden soll. Auf diesem Grundstück befindet sich ein sehr schöner Wald, dann einige Gebäude, von denen eines Hotelzwecken dient und ein Touristengebäude, welches nunmehr demoliert wird. Diese Gebäude gehen in den Besitz der Gemeinde Wien über, die dafür ein Jagdgebäude errichten wird. Auf allen Punkten wurde eine Einigung erzielt. Im Interesse der Hochquellenwasserversorgung erscheinen diese Ausgaben durchaus notwendig, man wird auch an die Regierung herantraten, um die Möglichkeit eines grösseren Schutzes der Hochquellenwasserleitung in Händen zu haben.

G.R. Waserka (chr. soz.) bemerkt, dass das Jagdgebäude nicht von der Güterverwaltung, sondern vom Landesjugendamt benützt wird. Es verkehren dort Jungwandler, die nach einer Anweisung des Haus geregelt benützen. Da aber im Gebiete der Bax nur sehr wenige so günstig gelegene Häuser zu finden sind, möge man dem Antrag zustimmen, dass auf einem in der Nähe gelegenen Grundstück für dieses Haus ein entsprechender Ersatz geschaffen wird. Ueber diesen Antrag wird abgestimmt, er wird angenommen und der Geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Zum Schlusse wird der Referentenantrag angenommen.

St.R. Siegel beantragt die Errichtung einer Wäscherei- und Badeanlage in der neuen städtischen Wohnhausanlage Sandliten in Ottakring. Die Kosten dieser Anlagen betragen 700.000 Schilling. Es handelt sich dort um eine der grössten städtischen Wohnhausanlagen, weshalb diese Einrichtungen notwendig sind.

G.R. Scholz (chr. soz.) beantragt mit Rücksicht darauf, dass die Pläne nicht vorliegen, die Rückverweisung der Vorlage. Er verweist darauf, dass in der Brigittenu eine derartige Wäschereianlage, die gleichfalls in einem städtischen Wohnhaus untergebracht ist, keinesfalls von den Wohnparteien entsprechend begrüsst worden ist. Die Leute müssen dort für die Benutzung dieser Einrichtung monatlich zugleich mit dem Mietzins sechs Schilling zahlen, was eine kolossale Verteuerung des Mietzinses bedeutet. Auch die Parteien, die die Anlage gar nicht benutzen müssen diesen Betrag zahlen.

St.R. Siegel erklärt, dass die Pläne über diese Baute vorhanden sind und jederzeit eingesehen werden können. Die Benutzung der zentralen Waschanlage erspart den Parteien alle Kosten, die beim Waschen entstehen. Der Beitrag wird ja nicht für die Benutzung bezahlt, sondern für das zum Reinigen der Wäsche erforderliche heisse Wasser und für jene Maschinen, die der Partei viel unangenehme Arbeit abnehmen.

Der Antrag auf Rückverweisung wird abgelehnt und der Antrag des Referenten angenommen.

St.R. Siegel beantragt den Verkauf von sieben alten Personenkraftwagen und den Ankauf von neuen Kraftwagen mit einem Erfordernis von 57.400 Schilling.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

St. R. Speiser berichtet über eine Stufenvorrückung für die Angestellten der städtischen Feuerwehr, die im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Bezugssteigerung der städtischen Verwaltungsangestellten vorgenommen werden soll.

St.R. Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass auch hier wieder der gleiche Fehler, wie bei den Verwaltungsangestellten gemacht wird. Es werden nämlich alle Pensionsparteien von dieser Erhöhung ausgeschlossen. Das ist ein grosses Unrecht und wenn die Mehrheit ehrlich vorgehen wolle, so müsse sie sagen, dass sie einsieht, dass die Bezüge nicht genügen, weshalb sie eine Erhöhung vornimmt. Aber man darf dann nicht schmutzig werden und bei den Pensionsparteien anders handeln. Bei dieser Vorlage müsste dieser Fehler ausgegertzt werden. Natürlich werden die Pensionsparteien dagegen protestieren und alle gesetzlichen Mittel ergreifen. Die Gemeinde ist nur im Bezug auf die Pensionsparteien so knickerisch, während sie auch nobel vorgehen kann. Derartige Beispiele haben sich in der letzten Zeit ereignet. Da hat ein Waisenhausdirektor in der Josefstadt Dinge gemacht, von denen die Leute im ganzen Bezirk geredet haben. Die Kinder sind verschlampt. Die Türen wurden zugesperrt, damit die Waisenkinder nicht in die Kirche gehen können. Nun sind Gerüchte laut geworden, dass es mit den Lebensmitteln und mit der Wäsche nicht stimmen soll. Nun ist der Mann verschwunden. Aber es wurde gegen ihn keine Disziplinaruntersuchung eingeleitet, sondern er wurde wieder

Schuldienst verwendet. Der Fall eines Kanzleinspektors hat gleichfalls in der letzten Zeit viel von sich reden gemacht. Der Mann soll gewisse Personen schon früher aufmerksam gemacht haben, dass er inspizieren kommt. Er hat auch Büroleiter veranlasst Personen frei zu geben, ohne dass ein dienstlicher Grund hierzu vorhanden war. Da handelte es sich um einen Mann, der gegen alle, die nicht seiner politischen Gesinnung waren, mit der grössten Strenge vorgegangen ist. Jetzt heisst es, dass nur Dinge privater Natur vorgefallen wären und man hat diesen Angestellten auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses pensioniert. Schliesslich hat dieser Angestellte auch einen Verwalter in die Lungenheilstätte auf dem Schafberg gebracht, der als eine Kassenskontrierung angekündigt wurde, gleich erklärt hat, dass Hundert Millionen fehlen. Wenn dieser Betrag auch von Verwandten ersetzt worden sein soll, so kann die Angelegenheit doch damit nicht erledigt sein.

Redner beantragt, dass auch die Pensionsparteien der Stufenvorrückung teilhaftig werden sollen.

St. R. Speiser erwidert, er sehe keinen Anlass von den wohlwollenden Beschlüssen, die im Einvernehmen mit den Organisationen zustande gekommen sind, abzuweichen, weswegen er den Antrag Rummelhardt ablehnen müsse. Die weiteren Ausführungen des Vorredners wegen Verwendung von Beamten auf bestimmten Dienstposten nach ihrer politischen Parteizugehörigkeit seien unrichtig. Die Besetzung von leitenden Posten werde ohne Rücksicht auf die Partei vorgenommen, wie es ja in einer reinlichen Verwaltung selbstverständlich ist.

G.R. Müller (chr. soz.): Aber die Novembersozialisten werden besonders protegiert.

Vierter Bogen

St. R. Speiser Zu Ihren Zeiten durfte ein Angestellter als Sozialdemokrat bekennen, ohne sich den allerschärfsten Gefahren auszusetzen. Infolgedessen gibt es wahrscheinlich viele Beamte, die schon seit längerer Zeit eine sozialistische Weltanschauung hatten, die aber vor dem Umsturz sich nicht getrauten sie zu bekennen. Die Behauptungen des Stadtrates Rummelhardt über das Veraperrn der Türen, Kinder vom Kirchenbesuch abzuhalten, was auf Weisung einer Waisenhausleiters geschehen sei, sind jedenfalls unbewiesen, ich habe dergleichen nicht gehört. Es wurde auch behauptet, dass der Leiter ein Prügelpädagoge sei. (Stadtrat Rummelhardt: Das kennen die Nachbarn bezeugen) In der amtlichen Darstellung des Falles ist nicht der geringste Hinweis enthalten, der diese Behauptung rechtfertigen würde. Es heisst dort, dass der Leiter deshalb resignierte, weil er das Gegenteil von streng eingeführt hat.

St. R. Rummelhardt: Er war wie jeder schlechte Erzieher in dem einen Falle zu nachsichtig in dem anderen zu scharf.

St. R. Speiser: Haben die Betreffenden gesehen, wie er Kinder geschlagen hat? Die Absperrung des Waisenhauses von der Schule ist nicht auf Weisung des Leiters, sondern im Auftrage des Magistrates erfolgt, um die Schulkinder von den Waisenhauskindern zu trennen. Die weitere Behauptung, dass im Waisenhaus Unregelmässigkeiten mit Lebensmitteln vorkamen, habe ich wohl in der betreffenden Zeitung, aus der Stadtrat Rummelhardt seine Informationen holte, gelesen, es hat sich aber herausgestellt, dass diese Angaben irrig sind. Im Antrage des Magistrats über die Resignation des Waisenhausleiters heisst es, dass ihm nichts ehrenrühriges oder disziplinwidriges zur Last gelegt werden kann, dass er aber im Bezug der Beaufsichtigung der Kinder eine Methode angewendet hat, die in der jetzigen Zeit nicht die richtige ist. Der Leiter hat wieder seine frühere Stelle als Volksschullehrer angenommen.

Bezüglich des Falles des Büroinspektors, der unlängst pensioniert wurde, kann ich nur sagen, dass die Behauptung, er hätte das Personal tyrannisiert unrichtig ist, es ist mir nicht ein einziger Fall angezeigt worden. Seine Pensionierung ist auf Grund eines Krankheitszeugnisses erfolgt. Der dritte Fall bezüglich der Defraudationen eines städtischen Beamten ist richtig, seiner Verwandten haben die Schadenssumme gedeckt und der Magistrat hat infolgedessen, mit Rücksicht auf seine Familie von einer Strafanzeige Abstand genommen.

Die Anträge Rummelhardts wurden sodann abgelehnt und der Referentenantrag unverändert angenommen.

St. R. Speiser beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von den 50.000 Schilling für Abfertigungen von Strassenarbeitern, die eine ihnen angebotene Rente abgelehnt haben.

St. R. Doppler (chr.-soz.) bemerkt, dass in der letzten Zeit so viel Strassenarbeiter abgebaut worden sind, dass jetzt faktisch Personalmangel herrsche. Die ordnungsgemässe Kehrichtabfuhr leide darunter, in den Höfen der Häuser des XVII. Bezirkes bilden sich infolgedessen grosse Misthaufen, die eine sanitäre Gefahr bedeuten. Man müsse fordern, dass die Kehrichtabfuhr wenigstens einmal in der Woche erfolge, weil sonst in den Häusern Seuchenherde entstehen.

St. R. Speiser weist darauf hin, dass ^{das} Personal bei der Bedienung der Coloniawagen auf sein eigenes Betreiben hin vermindert worden ist und die Misstände auch sonst abgestellt wurden.

Der Antrag wird bei der Abstimmung angenommen.

St. R. Breitner berichtet über den Zuschusskredit von 31.500 Schilling zur Deckung der aus dem Vergleiche mit Auersperg fälligwerdenden Beträge zur Rückzahlung der Mietzinsabgabe und Wohnbausteuer des Hauses in der Auerspergstrasse. Diese Steuerbegünstigung reicht bis zum Jahre 1683 zurück. Schon früher hatte man versucht, sich ihrer zu entledigen. Nach langwierigen Verhandlungen einigte man sich nunmehr, die Begünstigung mit Ende 1924 zu begrenzen.

St. R. Zimmerl bemängelt, dass diese Ausgabe auf der Rubrik „Sonstiges“ erscheint, wo Ehrengaben, Auswandaufgaben und ähnliches stehen. Er wünscht, dass diese Ausgaben vielmehr auf die Rubrik gesetzt werden, wo die Wohnbausteuer verzeichnet wird. Er stellt den Antrag, die Summe auf die Rubrik „Verwendung der Wohnbausteuer“ zu stellen.

St. R. Breitner dankt für den Hinweis und schliesst sich dem Antrag

Abänderungsantrag an, worauf der abgeänderte Referentenantrag bei der Abstimmung angenommen wurde.

Vorsitzender Gemeinderat Schorsch schliesst um 8 Uhr 15 Minuten die Sitzung.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 9. Oktober 1925.

.....

Neue Fortschritte im Schulwesen der Stadt Wien. Mit Beginn des Schuljahres 1922/23 wurde an drei Knaben- und drei Mädchenbürgerschulen erste Klassen der Allgemeinen Mittelschule eröffnet. Der Versuch wurde mit grossem Erfolg fortgeführt und es werden nunmehr auf Antrag des Gemeinderates Hellmann mit Beginn des Schuljahres 1925/26 je vier Paralellklassen der vierten Klasse der Allgemeinen Mittelschule eröffnet. Die Absolventen dieser Klassen können am Ende dieses Schuljahres in die Obermittelschule eintreten. Durch die Eröffnung dieser Klassen erhöht sich die Gesamtzahl der Klassen der Allgemeinen Mittelschule von 72 auf 96.

.....

Ankauf für das städtische Uhrenmuseum. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat auf Antrag des Gemeinderates Beisser den Ankauf einer Monstranzuhr mit Kalender für das Uhrenmuseum der Stadt Wien beschlossen. Die Uhr ist eine der grossen Seltenheiten der Uhrmacherkunst, die im städtischen Uhrenmuseum noch nicht vertreten sind. Das Uhrenmuseum hat dadurch eine bemerkenswerte Bereicherung erfahren.

.....

Rückgang der Sterblichkeit in Wien. Im August 1925 sind in Wien 1.644 Personen gestorben. Im Juli starben 1.834 Personen, während im August des vergangenen Jahres 1.788 Todesfälle gezählt worden sind. Im August 1925 entfiel die grösste Zahl der Todesfälle auf die Krankheiten der Kreislauforgane. Es ist also die Sterblichkeit etwas zurückgegangen.

.....

Keine Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Am Montag, den 12. Oktober entfallen wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunden bei dem amtsführenden Stadtrat Breitner.

.....

Die Verwaltung der Amts- und Schulhäuser. Auf Beschluss des Stadtsenates wurde die Verwaltung der Amts- und Schulhäuser, Kindergartengebäude und städtische Häuser für gemischte Zwecke der Magistratsabteilung 45 übergeben. Es sind daher alle Ansuchen um Ueberlassung von Räumen in diesen Gebäuden für Sitzungszwecke nunmehr an diese Magistratsabteilung zu richten. Die Verwaltung der städtischen Zinshäuser und Wohnhausanlagen wurde gleichzeitig der Magistratsabteilung 17 übergeben, die der Verwaltungsgruppe für Sozialpolitik und Wohnungswesen angegliedert ist.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 10. Oktober 1925,

.....
Ehrung des Hofrates Dr. Sauer durch die Stadt Wien. Die Wiener Stadtverwaltung hat Hofrat Professor Dr. August Sauer, der im Auftrage der Stadt Wien die grosse kritische Gesamtausgabe der Werke Franz Grillparzers herausgibt, gelegentlich seiner Anwesenheit in Wien ihre Glückwünsche zum siebzigsten Geburtstage dargebracht. Am 28. September erschien in dem mit einer Grillparzerbüste geschmückten Raume der Direktion der Städtischen Sammlungen in Vertretung des Bürgermeisters der amtsführende Stadtrat Richter, drückte dem Gelehrten in herzlicher Ansprache die Glückwünsche der Gemeinde aus und überbrachte ihm als Ehrengeschenk einen reichziselirten goldenen Ring, dessen Kopf das Wappen der Stadt Wien in Brillanten und Rubinen bildet. Darauf sprach Direktor Reuther im Namen der Beamtenschaft der Städtischen Sammlungen. Hofrat Sauer dankte in längerer Rede, die eine Darstellung der Genesis seiner Beschäftigung mit Grillparzer gab, für die ihm erwiesene Aufmerksamkeit, die ihn sichtlich erfreute. Der Ring, ein Meisterwerk der Wiener Goldschmiedekunst vom Juwelier M. Hübner am Kohlmarkt angefertigt, trägt die Worte eingraviert: Zum 12. Oktober 1925 die Stadt Wien. Auf seinem Etui stehen die Verse Grillparzers: „Glücklich der Mensch, der freude Grösse/und sie durch Liebe macht zu seiner eigenen“. Der kleinen Feier wohnten der dem Gelehrten befreundete Hofrat Dr. Glossy und Direktor Eugen Probst als Anreger der Grillparzerausgabe bei, ferner einige Mitarbeiter Hofrat Sauers, sowie die Beanten der Städtischen Sammlungen.

.....
Sprechstunden im Rathaus. Am Montag entfallen wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunden bei Vizebürgermeister Emmerling und amtsführenden Stadtrat Breitner. Am Donnerstag beginnen bei dem amtsführenden Stadtrat Professor Tandler im städtischen Wohlfahrtsamt wieder die regelmässigen Sprechstunden.

.....
Ein Reumannplatz in Wien. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat auf Antrag des Gemeinderates Jenschik beschlossen zur bleibenden Erinnerung an die Verdienste des verstorbenen Altbürgermeisters Jakob Reumann den Bürgerplatz in Favoriten Reumannplatz zu benennen. Reumann wurde im Jahre 1900 von Favoriten in den Gemeinderat gewählt, dessen Mitglied er bis zu seinem Ableben war.

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Am Freitag um 4 Uhr nachmittags ist eine Sitzung des Wiener Gemeinderates als Landtages, an die sich eine Gemeinderatssitzung anschliesst, in der die Vorlagen über die Tarife der Strassenbahn und Stadtbahn beraten werden.

.....

Wien, am Samstag, den 10. Oktober 1925. Zweite Ausgabe

Die neuen Tarife auf der Strassen- und Stadtbahn.

Den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates wurde heute die Vorlage über die neuen Fahrpreise auf den Strassenbahnen und auf der Stadtbahn übermittelt. Der Gemeinderat wird sich in seiner Sitzung am Freitag mit dieser Neuregelung zu beschäftigen haben.

Es handelt sich diesmal nicht bloss um eine jener Hinaufsetzungen, wie sie in den letzten Jahren infolge der Geldentwertung und der Steigerung der Indexe wiederholt zu verzeichnen waren. Es erfolgt vielmehr, allerdings auch im Zusammenhang mit der Auswirkung von Lohn- und Gehaltserhöhungen und gesteigerten Materialpreisen, eine einschneidende Verbesserung der Verkehrsmöglichkeiten. Die Stadtbahn wird nämlich restlos in das Netz der Strassenbahn einbezogen. Die Stadtbahn, deren letzter und wichtigster Teil am 20. Oktober dem Verkehr übergeben wird, soll künftighin auf Grund eines einzuführenden Einheitstarifs einen Bestandteil der Strassenbahn bilden. Es wird also die Stadtbahn vom Publikum ganz genau so benützt werden können, wie jedwede andere Linie der Strassenbahn. Der Sondertarif hört auf und auch die jetzt bestehenden Einschränkungen im Umsteigerverkehr fallen gänzlich weg. Damit wird es zweifellos gelingen, die Stadtbahn sehr populär zu machen und sie als die wirklich notwendige Entlastung der Strassenbahn zu benützen. Man wird also künftighin um den Einheitspreis die Stadt von einem Ende zum anderen durchqueren können. Von Nussdorf bis zur Stadtgrenze nach Schwechat, von Hütteldorf nach Kagran und dies einheitlich vom Beginn des Betriebes bis zur Mitternachtsstunde.

Gegenwärtig ist der Preis für die auf dem Wagen gelöste Tageskarte bei der Strassenbahn 20 Groschen, bei der Stadtbahn 30 Groschen. Der neue Preis wird mit 24 Groschen vorgeschlagen. Es ergibt sich also bei der Strassenbahn eine Erhöhung um 4 Groschen, bei der Stadtbahn eine Ermässigung um 6 Groschen. Bei einer ganzen Reihe von anderen Kartengattungen wird aber am derzeitigen Tarif der Strassenbahn festgehalten. Es erfolgt also lediglich eine sehr bedeutende, bis zur Hälfte gehende Herabsetzung des Stadtbahntarifs. Andere sehr wichtige, insbesondere von der Masse der Bevölkerung benützte Kartengruppen sollen nur ganz unwesentliche Steigerungen erfahren. Zu gleicher Zeit aber werden zwei immer wiederkehrende Wünsche erfüllt werden, die allerdings für die Strassenbahn Mindereinnahmen von Milliarden nach sich ziehen. Es gibt in Wien eine Anzahl von Strecken, die einem Sondergarif unterliegen. Es sind dies jene Linien, die in weniger dicht besiedelte Gebiete führen und deren Bau von vorneherein und auf lange hinaus als unrentabel erkannt wurde. Hier wurde bis jetzt ein teilweiser Ausgleich dadurch geschaffen, dass ein Zuschlag von 10 Groschen für eine Fahrt als Sondertarif eingehoben wird. Die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen haben es stets als ein gewisses Unrecht empfunden, dass sie zu einer ausserordentlichen Zahlung herangezogen werden, da sie ohnehin schon den Nachteil haben, an den äussersten Enden der Stadt zu wohnen, in Gebieten, die nur wenig besiedelt sind, was manche Unannehmlichkeiten mit sich bringt. Es handelt sich vor allem um die Linie zwischen der Froststrasse und Inzers-

dorf, Lehmgarbe und Rothneusiedl, Schlachthausbrücke und Lusthaus oder Schlachthausbrücke und Freudenauer Rennplatz und zwischen St. Luciaplatz und der Endhaltestelle Ostbahn. Diese Linien werden künftighin wie alle übrigen behandelt werden. Einen Sondertarif wird es lediglich zu den Freudenauer Rennen selbst geben, wobei aber den im Rennbetrieb beschäftigten Personen und den Anrainern auf Grund von Erkennungskarten der Vorteil des Normaltarifs gewahrt bleiben wird. Für jene Linien, die über Wien hinausführen, soll in Zukunft eine Regelung nach der Richtung hin eintreten, dass bis zur Stadtgrenze unbedingt der Einheitstarif gilt. Dies betrifft die Strecken vom Zentralfriedhof dritte Tor nach Schwechat und Hermesstrasse-Riedelgasse. Bis zur Stadtgrenze wird man also ausnahmslos um 24 Groschen fahren können. Erst die ausserhalb Wiens befindlichen Strecken unterliegen dem Sondertarif.

Eine andere sehr wesentliche und die Einnahmen besonders stark schmälernde Änderung besteht in der völligen Auflassung des Abendtarifs. Der gegenwärtige Zustand ist so, dass von halb zehn Uhr abends an bis zu dem um zwölf Uhr erfolgenden Betriebsabschluss auf der Strassenbahn 26 Groschen und auf der Stadtbahn 40 Groschen zu zahlen sind. Diese Unterteilung fällt jetzt gänzlich weg. Nach dem neuen Vorschlag gilt bis Mitternacht der Einheitstarif von 24 Groschen. Damit wird einem langgehegten Wunsch der Bevölkerung entsprochen. Nach dem eigentlichen Verkehrschluss, der für die Stadtbahn um zwölf Uhr nachts ein unbedingter ist, gibt es auf der Strassenbahn noch den Bahnhofrundverkehr mit derzeitigem Tarif von 52 Groschen. Hier wird schon aus manipulativen Gründen die Ermässigung auf 50 Groschen beantragt. Die Erkennungskarten, mit denen gegenwärtig Kellner, Musiker und Setzer und andere Gruppen von Nachtarbeitern ausgestattet sind, behalten ihre Gültigkeit. Das hat für alle diese Personen den grossen Vorteil, dass sie nicht wie bisher den Abendtarif zu zahlen haben werden, den es ja künftighin nicht mehr geben wird, sondern auch im Bahnhofrundverkehr um 24 Groschen, dem Preis der Tageskarte, befördert werden.

Der Preis der Kinderkarte ist jetzt auf der Strassenbahn 3, auf der Stadtbahn 5 Groschen. Er soll einheitlich 3 Groschen sein. Es wird also von jeder Erhöhung abgesehen und es ergibt sich für die Besitzer der Stadtbahn eine Ermässigung um zwei Groschen. Die im Vorverkauf erhältlichen Kinderkarten zu 2 Groschen (Stadtbahn 4 Groschen) werden nun einheitlich 2 Groschen kosten. Man kann bei den Kinderkarten kaum mehr recht von einem Anerkennungspreis sprechen. Die mit dem Druck der Karten und der sonstigen Manipulation verbundenen Ausgaben würden es fast richtiger erscheinen lassen, alle Kinder umsonst zu befördern. Dies würde aber voraussichtlich dazu führen, dass Strassenbahn und Stadtbahn förmlich zum Spiel für die Jugend werden würden, was auch Gefahren mit sich bringen müsste. Der so geringfügige Preis macht es aber auch der kinderreichsten Familie möglich, Fahrten ins Freie anzutreten. Auch die nur im Vorverkauf zu lösende Schülerkarte, für die jetzt auf der Strassenbahn 4, auf der Stadtbahn 6 Groschen zu zahlen sind, soll nach der Neuregelung später einheitlich nur 4 Groschen kosten. Die Frühfahrtscheine von 13 Groschen (Stadtbahn 20 Groschen), werden einheitlich mit 14 Groschen festgesetzt. Das ist also eine Erhöhung um einen Groschen bei der Strassenbahn, eine Ermässigung von sechs Groschen bei der Stadtbahn. Die jetzt im Vorverkauf erhältlichen Tagesfahrtscheine zu 19 (Stadtbahn 28 Groschen), werden einheitlich 22 Groschen kosten. Bisher betrug die Spannung bei der Tageskarte

der Strassenbahn zwischen dem Lösen auf dem Wagen und im Vorverkauf nur einen Groschen. Planmässig wird dieser Unterschied auf zwei Groschen erhöht. Die Strassenbahnen werden allerdings dabei einer erheblichen Mindereinnahme zu verzeichnen haben, doch ergibt sich dafür eine raschere Manipulation auf dem Wagen. Da das Manipulieren mit den Groschenstücken im Vergleich mit dem heutigen Zustand ohnehin eine Erschwerung bedeutet, erscheint es wünschenswert den Anreiz zur Verwendung von Vorverkaufskarten zu erhöhen und sie noch stärker als bisher einzubürgern. Im Jahre 1924 sind übrigens bereits 136 Millionen Tagesfahrtscheine im Vorverkauf abgegeben worden. Sie gelangen schon zu fünf Stück zum Verschleiss, so dass auch den Mindestbemittelten diese Ersparungsmöglichkeit geboten wird.

Die Hin- und Rückfahrtscheine werden statt derzeit 29 Groschen (Stadtbahn 44 Groschen), einheitlich 30 Groschen kosten. Es wird also bei der Strassenbahn ein Groschen aufgeschlagen und bei der Stadtbahn werden 14 Groschen nachgelassen.

Die typische Kartenkategorie der Arbeiter und Angestellten ist die Wochenkarte. Für sie sind jetzt auf der Strassenbahn 1 Schilling und 35 Groschen, auf der Stadtbahn 2 Schilling zu zahlen. Der künftige Preis wird 1 Schilling und 40 Groschen sein. Da die Wochenkarte zu zwölf Fahrten berechtigt, ergibt sich bei der Strassenbahn eine Steigerung von weniger als einem halben Groschen für eine Fahrt, während der Stadtbahnpreis um 50 Groschen herabgesetzt wird. Es ist überhaupt das Merkzeichen dieser Tarifregulierung, dass die von der grossen Masse der Bevölkerung benützten Kartenarten zum Teil ganz unverändert bleiben, zum Teil nur unwesentlich erhöht werden. Für alle jene, die von den reichlich gebotenen Begünstigungen wirklich Gebrauch machen, werden sich durch die Einbeziehung der Stadtbahn in das allgemeine Verkehrsnetz, durch die Aufhebung des Abendtarifs und der Sonderstreckentarife, keine Mehrausgaben, sondern vielfach sogar Ersparnisse ergeben. Dies gilt ganz ausnahmslos für die Benutzer der Stadtbahn, denen der Einheitstarif ausserordentliche Vorteile bringt.

Das Tarifgebiet II betrifft in Zukunft nur mehr solche Linien, die über das Wiener Gemeindegebiet hinausgehen. Die vier Teilstrecken zu 10, 20, 30 und 40 Groschen werden in Zukunft unter gleichmässiger Steigerung 12, 24, 36 und 48 Groschen kosten. Sie bleiben noch immer bedeutend unter dem Tarif der parallel gehenden Eisenbahn zurück.

Die Preise der Strecken- und Monatskarten sind schon bisher sehr niedrig gehalten worden und dies soll noch stärker betont werden. Es gehört zum Ziel der Strassenbahnen, weite Kreise der Bevölkerung zur Lösung von Strecken- und Monatskarten zu veranlassen, um dadurch den Geldverkehr auf dem Wagen selbst einzuschränken. Gegenwärtig ist der Preis der Karte für zwei Teilstrecken achteinhalb Schilling auf der Strassenbahn und elf Schilling auf der Stadtbahn. Der neue Einheitspreis wird neun Schilling sein. Es steht also einer Steigerung von fünfzig Groschen auf der Strassenbahn, eine Ermässigung von zwei Schilling auf der Stadtbahn gegenüber. Für fünf Teilstrecken werden künftighin anstatt elf ^{Schilling} auf der Strassenbahn (vierzehn Schilling auf der Stadtbahn), als neuer Preis elfeinhalb Schilling, für mehr als fünf Teilstrecken statt dreizehn und sechzehn Schilling, der Einheitspreis von 13.50 Schilling zu zahlen sein.

Gegenwärtig haben die Stadtbahnkarten keine Zeitmarkierung. Dies ist natürlich bei dem unbegrenzten Umsteigerecht

nicht aufrecht zu erhalten. Die Direktion der Strassenbahnen beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit der Einführung von neuen Markierungsapparaten, die im Laufe der nächsten Monate eingeführt werden sollen.

Falls der Gemeinderat am Freitag den Vorlagen über die Erhöhe der Bezüge des Personals der Stadtbahn und Strassenbahn zustimmt und auch den Einheitstarif beschliessen sollte, so würde diese Neuregelung am Dienstag, dem 20. Oktober wirksam werden. Die Benützung der Wochenkarte wird noch bis zum 26. Oktober zulässig sein. Ebenso wird im Gegensatz zu früheren Tarifierhöhungen davon abgesehen werden, Nachzahlungen bei den Monatskarten zu verlangen. Der neue Tarif wird einheitlich für die Monatskarte der Stadt- und Strassenbahn vom 1. November an, gelten.

Die materielle Auswirkung der Tarifregulierung ist die Wiederherstellung des seit Juli 1924 gestörten finanziellen Gleichgewichtes bei der Strassenbahn. Die zuletzt am 1. Dezember 1924 durchgeführte Preisregulierung wurde schon damals als nicht voll ausreichend bezeichnet. Es war aber technisch nicht gut möglich, den Preis der Tageskarte, wie es richtiger gewesen wäre, mit 2100 Kronen zu bemessen. So schliesst das Gebarungsjahr 1924 mit einem Abgang von rund zehn Milliarden Kronen. Es bestand überdies auch die Hoffnung, dass eine fortschreitende Verdichtung des Verkehrs erhöhte Einnahmen bringen würde. Es scheint indes, dass wir in dieser Beziehung an einen Ruhepunkt angelangt sind. Zieht man die Verminderung der Bevölkerung in Betracht, so hat sich ohnehin eine in früheren Epochen niemals zu verzeichnen gewesene förmlich sprunghafte Erhöhung der Frequenz ergeben. Man kann ruhig sagen, dass sich der Verkehr verdoppelt hat. Es ist dies zum einen Teil der wirtschaftlich unerwünschten Tatsache zuzuschreiben, dass die Menschen gegenwärtig ihrem Arbeitsort nicht nachziehen können, wie sie es früher getan haben, zum Teil hat gewisse dies bei den Strassenbahnen, ebenso wie beim Gas- und Elektrizitätswerk verfolgte Tarifpolitik, die Preise möglichst niedrig zu halten und dafür einen Massenkonsum zu erzielen, ihre Wirkung geübt. Es ist zu hoffen, dass die Eingliederung der Stadtbahn, der Wegfall der Sonderstrecken, die Aufhebung des Abendtarifs einen neuen Anreiz ausüben werden, doch muss man sich jedenfalls damit vertraut machen, dass diese Entwicklung künftighin wie vor dem Krieg nur mehr eine allmähliche sein wird. Gegenwärtig entfallen auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 311 Fahrten gegenüber 152 im Jahre 1913. Das Defizit des Jahres 1924 hat sich heuer fortgesetzt. Es beträgt seit Beginn des Jahres zweieinhalb Milliarden Kronen monatlich. Dabei konnte für einen Erneuerungsfonds und für die unumgänglich notwendigen Abschreibungen nicht vorgesorgt werden. Die jetzt zu beschliessende Lohn- und Gehaltsregulierung bedeutet eine Belastung von über 36 Milliarden Kronen jährlich. Dazu kommen noch die bereits bewilligten Gehaltsregulierungen der Beamenschaft. Aber auch alle Materialienverzeihen nahmhafte Preissteigerungen. Selbstverständlich hält die Gemeindeverwaltung unbedingt an dem Grundsatz fest, die Strassenbahn, ebenso wie die anderen Monopole nicht als Steuerquelle zu besitzen. So wie jeder sich ergebende Verlust eines Jahres vorgetragen werden muss, so verbleibt jeder allfällige Gewinn bei dem bezüglichen Werk und dient ausschliesslich dazu, die technischen Einrichtungen zu verbessern oder Tarifierhöhungen solange als nur möglich hinauszuschieben.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 12. Oktober 1925

Wiener Gemeindevertreter beim internationalen Städtekongress in Paris. Vom 28. September bis 10. Oktober wurde in Paris der dritte internationale Städtekongress abgehalten. Die Tagesordnung des Kongresses wurde in fünf Sitzungen erledigt; die übrige Zeit wurde zu Studienfahrten verwendet. Die Tagung war von rund vierhundert Delegierten aus 36 Ländern, darunter auch aus Afrika, Asien Amerika u. s. w. besetzt. Die Vereinigung der reichsdeutschen Städte hatte in einem herzlichen Begrüßungsschreiben das Fernbleiben entschuldigt. Die Stadt Wien hatte die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, amtsführenden Stadtrat Weber und den Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Danneberg entsendet. Für den österreichischen Städtebund nahm Sekretär Honay an dem Kongress teil. Die Aufnahme der Wiener Delegation in Paris war überaus freundlich. Vizebürgermeister Emmerling begrüßte namens der österreichischen Delegation den Kongress unter lebhaftem Beifall. Die Tagesordnung umfasste im wesentlichen drei Punkte. Es wurde die Gemeindeverfassung in den einzelnen Staaten, die Bodenpolitik und das Wohnungsproblem und die Entwicklung der Grosstädte besprochen. Besonderes Interesse fanden die Ausführungen des Präsidenten Dr. Danneberg über die österreichische Gemeindeverfassung und die verfassungsrechtliche Stellung der Hauptstadt Wien. Die Pariser Stadtverwaltung zeigte den Delegierten die Trinkwassersterilisation, die Müllverbrennung, Gas- und Elektrizitätswerke, Schwimmbäder, Baumschulen und Gartenbauschulen, Volkswohnhäuser u. s. w. In der Umgebung von Paris wurden auch einige Arbeitersiedlungen besichtigt. Mit Studienfahrten nach Reims, Lyon und Grenoble wurde die Veranstaltung, die sehr viel zum Austausch der Erfahrungen auf kommunalpolitischem Gebiet beigetragen hatte, beendet. Der nächste Kongress wird in zwei Jahren abgehalten werden, doch wurde der Ort der Tagung noch nicht festgesetzt.

Städtische Mutterhilfe für mittellose Frauen. Der Wiener Gemeinderat hat im vergangenen Jahr beschlossen, mittellosen Frauen, die in Wien wohnen und auf Krankenkassenhilfe keinen Anspruch haben, die sogenannte Mutterhilfe zu gewähren, wenn sie vor der Entbindung darum ansuchen. Die Frauen werden fachärztlich untersucht, haben Anspruch auf die fürsorgerische Schwangerenberatung und erhalten nach der Niederkunft durch vier Wochen je fünf Schilling. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Tandler hat nun der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtsangelegenheiten beschlossen, diesen Beitrag zu verdoppeln, so dass insgesamt vierzig Schilling als Mutterhilfe gegeben werden.

Jubilare der Ehe. In der vergangenen Woche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Michael und Josefa Berger, Dorfgasse 11, Johanna und Franziska Debor, Basteingasse 79, Franz und Amalie Dopler, Angererstrasse 5, Josef und Johanna Höbarth, Columbusgasse 41 und Karl und Marie Sitter, Mariannengasse 30, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Eröffnung der hochschulmässigen Lehrerbildungskurse der Stadt Wien. Heute vormittags fand im Hörsaal des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien die Eröffnungsfeier der hochschulmässigen Lehrerbildungskurse statt. Vom Unterrichtsministerium waren Sektionschef Dr. Pohl und Ministerialrat Dr. Battista erschienen. Bürgermeister Seitz, viele Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtschulrates wohnten der Feier bei. Der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel sagte in seiner Eröffnungsansprache, dass sich die Schulreformbewegung von allem Anfang an der mächtigen Unterstützung der Gemeinde Wien erfreuen konnte. Die grossen finanziellen Opfer, die die Gemeinde dieser Idee bringt, bewirkt im Verein mit der hingebungsvollen Arbeit der Wiener Lehrerschaft einen Hochstand des Wiener Schulwesens, der die Aufmerksamkeit der gesamten Fachwelt erregt. Die heutige Eröffnung der hochschulmässigen viersemestrigen Lehrerbildungskurse soll nun den jungen Lehrer in die Lage versetzen, schulreformatorisch tätig zu sein. Die Lehrerschaft verlangt seit Jahrzehnten einen Ausbau der Lehrerbildung. Schon im Jahre 1919 wurden vom Unterrichtsministerium Leitsätze für die Neugestaltung der Lehrerbildung zur Diskussion gestellt, im Mai 1920 stimmten die Lehrerkammern zu. Im Nationalrat wurden von den drei Parteien Gesetzentwürfe eingebracht. Der Stadtschulrat erhob vor einigen Monaten eine dringliche Vorstellung an das Unterrichtsministerium, aber es geschah nichts. So wurde die Stadt Wien in eine Zwangslage versetzt und musste zur Selbsthilfe schreiten. Der Wiener Gemeinderat beschloss Lehrerbildungskurse zu schaffen und stiftete fünfzig Stipendien. Von den vierhundert Bewerbern wurden 120 ausgewählt und heute kann bereits an die Eröffnung dieser Kurse geschritten werden.

Bürgermeister Seitz stellt fest, dass das Hauptverdienst an dem Zustandekommen dieser neuen Einrichtung Ministerialrat Fadrus und Regierungsrat Washuber zufalle. Die Gemeinde hätte gerne für diese Kurse einen Schulpalast zur Verfügung gestellt; dies war aber aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Es musste mit dem vorhandenen Gebäude vorliebgenommen werden das aber zweckentsprechend eingerichtet wurde. Den Architekten, die dieses schwierige Werk vollbracht haben, gebührt der Dank der Gemeindeverwaltung. Wir wissen alle, welch grosser Idealismus dazu gehört, den Lehrberuf richtig zu erfassen. Dieser Beruf verlangt mehr Idealismus wieder jeder andere und soll nur aus reiner Liebe zur Sache gewählt werden. Mit dem Wunsche, dass die neue Institution ihre grosse Aufgabe voll erfüllen werde, erklärte der Bürgermeister die Kurse für eröffnet. Fachlehrer Neumann begrüsst die neue Lehrerbildungsstätte namens der Lehrerschaft und teilte mit, dass die freie Lehrgewerkschaft drei Stipendien gewidmet hat.

Es hielt dann der mit der Leitung des Pädagogischen Instituts betraute Ministerialrat Fadrus einen Vortrag über „Das neue Lehrereideal“, in dem er den Aufbau des Studienplanes der hochschulmässigen Lehrerbildungskurse, der sich auf die Zusammenarbeit der Universität, des Pädagogischen Instituts, des psychologischen Instituts der Stadt Wien und der gesamten Erziehungs-

Schul- und Fürsorgeeinrichtungen Wiens gründet, darlegte. Nach Vortrag eines Chores durch die Studenten unter Leitung des Dozenten Moissl wurde eine Besichtigung der grossen Hörsäle, der Werkstätten und Schulklassen vorgenommen. Die künstlerische Schulung des neuen Lehrers wurde in sehr anschaulicher Weise durch Ausstellung von Schüler- und Lehrerarbeiten der Dozenten R. Rothe und Schantroch gezeigt. Am Dienstag beginnen die Vorlesungen im Pädagogischen Institut und in den Hochschulkursen.

Wahl des Kontrollamtsdirektors der Stadt Wien. Anlässlich der Verwaltungsreform hat sich die Gemeinde Wien im Jahre 1920 ein selbständiges Kontrollamt geschaffen, dem die Gebarungs- und Rechnungskontrolle hinsichtlich der Aemter, Anstalten, Betriebe und Unternehmungen der Gemeinde obliegt. Das Kontrollamt ist vom Magistrat unabhängig und steht unter der Leitung eines eigenen Direktors. Damals wurde der Oberrechnungsrat Franz Rudolf Müllner als hervorragender Fachmann mit der Reform des gesamten Rechnungs- und Kassenwesens und mit der Schaffung des Kontrollamtes betraut und vom Stadtsenat zum Direktor dieses neuen Amtes ernannt. Kontrollamtsdirektor Müllner übt diese Funktion auch gegenwärtig aus. Nunmehr wird der Kontrollamtsdirektor auf Vorschlag des Bürgermeisters vom Gemeinderat auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Am Freitag wurde im Gemeinderat diese Wahl vorgenommen. Der Gemeinderat wählte den bereits im Jahre 1920 vom Stadtsenat ernannten Kontrollamtsdirektor Müllner in vertraulicher Sitzung.

Eingeschränkter Grossverkauf auf den Wiener Märkten. Vom 15. Oktober angefangen ist auf dem Naschmarkt, auf dem Markt in der Schwandergasse und Yppenplatz der Grossverkauf nur mehr bis zwei Uhr nachmittags gestattet. Damit wird der Zustand der Vorkriegszeit wieder hergestellt.

Der Einheitstarif auf der Stadt- und Strassenbahn. Im Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen wurde heute abends die Vorlage der Strassenbahndirektion über die Neuregelung der Tarife auf der Strassenbahn und Stadtbahn beraten. Die Minderheit behielt sich ihre Stellungnahme für die Verhandlungen im Gemeinderat vor. Die Vorlage wurde unverändert mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. Sie wird am Dienstag vormittags vom Stadtsenat und am Freitag nachmittags vom Gemeinderat beraten werden.

Die Grabstätte Girardis. Einige Wiener Zeitungen meldeten kürzlich, dass die Grabstätte Alexander Girardis auf dem Zentralfriedhof stark verwahrlost sei. Demgegenüber ersucht die städtische Friedhofsverwaltung, der die Pflege des Grabes obliegt, um die Feststellung, dass der Grabhügel sich in einem vollkommen einwandfreien Zustand befindet. Auch das Grabdenkmal, ein Sandsteinfelsen mit Serpentin Kreuz, ist gut erhalten. Es sind wohl die Eisensäulen, an denen die Grabketten befestigt werden, an den unteren Enden etwas verrostet, doch kann deswegen nicht von einer Verwahrlosung des Grabes gesprochen werden. Uebrigens wird bereits an der Hebung dieses Schadens gearbeitet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 13. Oktober 1925

.....
Gemeindesubventionen. Der städtische Finanzausschuss hat auf Antrag des Gemeinderates Hiess beschlossen, der Sektion Klosterneuburg des Oesterreichischen Touristenklubs eine Subvention von zweitausend Schilling zu gewähren. Diese Sektion nimmt seit Jahren die Instandsetzungsarbeiten am Hasenweg des Leopoldsberges vor, die im Interesse der Sicherheit der Passanten dringend erforderlich sind. In der gleichen Sitzung wurde dem Verschönerungsverein Jedlesee eine Subvention von zweitausend Schilling bewilligt. Dieser Verein sorgt für die Bewachung der Parkanlagen in Jedlesee, die Eigentum der Stiftes Klosterneuburg, aber öffentlich zugänglich sind. Schliesslich wurde der Jugendschriftenstelle für blinde Kinder eine Subvention von fünfhundert Schilling gewährt. Diese Stelle macht blinden Kindern anerkannt gute Jugendschriften durch Durcklegung in Blindenschrift zugänglich.

.....
Neue Amtsräte bei der Gemeinde Wien. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Speiser hat heute der Stadtsenat die derzeit unbesetzt gewesenen Amtsratstellen neu besetzt. Es wurden zu Amtsräten ernannt: Kanzleivizedirektor Johann Kellerbauer, die Verwaltungssekretäre Karl Samhaber, Josef Mayerhöfer, Maximilian Seis, Josef Stergar, Ludwig Rasner, Ludwig Schlägel, Anton Birke, Franz Mader, Josef Hein, Franz Fleischmann, Rudolf Trankler, Karl Kantner, Josef Paumgarten, Rudolf Jellinek-Zechbauer, Adolf Henneis, Rudolf Veith, Johann Wanko, Albert Hubmann, Georg Hanke, Franz Damm, Franz Neumayer, Leopold Portune, Leopold Wenzlik, Karl Zeckl, Oskar Strubacker, Ernst Reiter, Karl Bönisch, Franz Büttner, Karl Goldmagel, Ignaz Petrzik, Friedrich Zeitlberger, Josef Landerthammer, Franz Weiner, Heinrich Finke und Josef Hansal.

.....
Rückkehr von Wiener Kindern aus dem Salzkammergut. Donnerstag führt ein Sonderzug fünfhundert Wiener Mädchen von St. Wolfgang nach Wien. Der Zug kommt um 16 Uhr 53 Minuten am Westbahnhof an. Am Freitag kommen um 18 Uhr 10 Minuten einhundertfünfzig Knaben aus Bad Aussee nach Wien zurück. Das Wiener Jugendhilfswerk ersucht alle Eltern, ihre Kinder bestimmt am Westbahnhof zu übernehmen.

.....
Wutverdächtiger Hund! Vom 8. auf den 9. Oktober ist dem Albert Plaschka, wohnhaft III. Tongasse 8, ein wutansteckungsverdächtiger gelbgrauer Schnauzerbastard Rüde entlaufen. Der gegenwärtige Besitzer des Tieres wird auf die Gefahr, die die Haltung dieses Hundes in sich birgt, aufmerksam gemacht und aufgefordert, unverzüglich sich bei dem zuständigen magistratischen Bezirksamt zu melden.

.....
Die Kanalräumungsgebühren unverändert. Für den Monat Oktober bleiben die Kanalräumungsgebühren unverändert. Sie betragen das Fünfundzwanzigfache des Monatszinses, der für August 1914 gezahlt worden ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 14. Oktober 1925.

Verstärkte elektrische Strassenbeleuchtung in der Inneren Stadt.

Am Freitag wird die neu hergestellte öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung in der Tuchlauben, der Brandstätte, Bauernmarkt und Jasonirgottstrasse in Betrieb gesetzt werden. Die neue Anlage umfasst durchwegs hochkarzige Glühlampen, die nach dem in Wien gewählten System an Spanndrähten über der Strassenmitte aufgehängt sind. Dadurch erhalten nun einige der verkehrsreichsten Strassen der Inneren Stadt eine moderne Beleuchtung.

Gemeindesubventionen. Der städtische Finanzausschuss hat auf Antrag des Gemeinderates Thaller beschlossen der Vereinigung Wiener Mediziner eine Subvention von 1500 Schilling zu gewähren. Diese Vereinigung sorgt für die Instandhaltung und Ergänzung einer vorbildlichen Fachbibliothek und sonstiger den Studierenden zur Verfügung gestellten Behelfe. In der selben Sitzung wurde dem Oesterreichischen Senefelderbund eine Subvention von eintausend Schilling bewilligt. Diese Organisation hat an der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien Fachschulkurse eingerichtet, in denen Steindruck, Lithographie, Chemigraphie u. s. w. mit den Neuerungen des modernen Druckverfahrens vertraut gemacht werden. In diesen Kursen werden tüchtige Qualitätsarbeiter herangebildet.

Der Wert der Lehrwanderungen. Mit der Durchführung der Schulreform in den Bundesländern sind auch die Lehrwanderungen nach Wien häufiger geworden. Im vergangenen Schuljahr haben in den von der Gemeinde Wien errichteten Schülerherbergen 102 Gruppen mit 2695 Personen genächtigt. Jede Gruppe wird auf dem Bahnhof erwartet, in die Herberge geleitet, dort begrüßt und ein den Wünschen und Altersstufen entsprechendes Programm durchgeführt. Ungefähr hundert Wiener Lehrer stellen sich in uneigennützigster Weise zur Führung dieser Schülergruppen zur Verfügung. Auf Wunsch wird auch das Mittagessen durch die Wölkucke besorgt, während für Frühstück und Abendessen die Herberge selbst sorgt. Die meisten Gruppen erhalten Freikarten in Wiener Theater und in die Urania. In diesem Schuljahre wird diese nützliche Einrichtung von der Gemeinde noch weiter ausgebaut werden. Wie sehr bei den Schulkindern in der Provinz diese Lehrwanderungen beliebt sind und wie nachhaltig sie auf das Gemüt der Kinder einwirken, zeigen die vielen Zuschriften, die von Schülern und Lehrern an den Wiener Stadtschulrat gerichtet werden. Aus der Fülle dieser Schreiben sei eines aus der letzten Zeit herausgegriffen, das von den Schülern der Volksschule in Lembach in Niederösterreich stammt, die im September in Wien waren. Die Kinder schreiben: Wir freuten und alle sehr, als der Herr Oberlehrer sagte, dass wir nach Wien fahren dürfen. Viele von uns hatten in Edlitz-Grinzenstein das arstmal die Bahn gesehen. Wir ahnten gar nicht, was für ein riesiger Autoverkehr in Wien ist. Es war sehr schön und wir bekamen soviel zu essen, dass wir das meiste, was wir uns

mitgenommen hatten, wieder heimbrachten. Es gefiel uns so gut, dass wir gerne noch länger dortgeblieben wären oder noch einmal nach Wien fahren möchten. Am ersten Tage waren wir müde, deshalb schliefen wir sehr gut. Auch hatten wir eine sehr schöne Herberge. Das Theater im Redoutensaal und die Vorstellung in der Urania gefielen uns so gut, dass wir die ganze Nacht zugeschaut hätten. Doch leider dauerten die Vorführungen nicht so lange. In den Museen gefiel es uns so gut, dass wir nicht genug schauen konnten. Als wir in den Tiergarten gingen, wollten wir bei jedem Tier eine Weile stehen bleiben. Als wir hinausgingen, sagte jeder: „Das möchte ich noch einmal sehen.“ Auch das Schloss Schönbrunn gefiel uns sehr und wir wollten gerne wieder hineingehen, um die schönen Zimmer noch einmal anzuschauen. Wir sahen in dem Rathaus die Rüstungen der Ritter, die Bilder von Wien als Festung und die bemalten Fenster. Wir wunderten uns darüber, dass jedes Fenster eine andere Glasmalerei zeigte. In die Votivkirche konnten wir nicht hineingehen; denn sie war zugespart. Wir gingen auch auf dem Stephansturm hinauf, von dort hatten wir einen schönen Ueberblick über Wien. Im Prater sahen wir den Kasperl, welcher sehr spassig war. Wir fuhren mit der Grottenbahn. In dieser war es sehr schön. Das Riesenrad bestiegen wir auch, von welchem wir eine schöne Fernsicht hatten. Wie erstaunten wir, als wir die Donau sahen, auf welcher ein Dampfer fuhr. Ein zweiter wurde mit einem Kran beladen. Als wir den Kahlen- und den Leopoldberg bestiegen hatten, sahen wir, wie gross Wien ist und staunten darüber. Nach Norden und Westen hatten wir eine schöne Fernsicht, im Osten hinderte der Rauch der zahlreichen Fabriken die Aussicht. Wir marschierten an Weingärten vorüber, die es in unserer Gegend nicht gibt. Am Sonntag mittags fuhren wir nach Hause, wir wären aber noch gerne in Wien geblieben. Nur Ihrem grossen Entgegenkommen den Landschulkindern gegenüber und den billigen Preisen verdanken wir es, dass wir Wien sehen und in dieser grossen Stadt so viele schöne und uns ganz fremde Dinge besichtigen konnten, von denen wir ohne dieser Schülerfahrt viele in unserem Leben nie zu sehen bekommen hätten. Wir sprechen Ihnen für Ihre liebevolle Fürsorge unseren herzlichsten Dank aus. Wir erzählen noch täglich von dem Wiener Aufenthalte und werden uns noch nach vielen Jahren gern an die schönen bei Ihnen verlebten Tage erinnern. Nochmals innigen Dank für den kostenlosen Eintritt und die sehr ermässigten Eintrittspreise, die Sie uns erwirkten, für die billigen Strassenbahnfahrten, die Sie uns gewährten für die gute Herberge, die Sie uns gegen eine mässige Entschädigung zur Verfügung stellten, für die Beigabe der liebenwürdigen und um unser Wohl sehr besorgten Herrn Führer, die uns soviel erklärten und bei den Strassenkreuzungen vor Unfall behüteten von Ihren dankbaren Schülern der Volksschule Lembach.“

Vergrösserung der Leichenhalle auf dem Südwestfriedhof. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat beschlossen, die Leichenhalle auf dem Südwestfriedhof zu vergrössern. Es wird an der Westseite ein Zubau errichtet werden, der vor allem die notwendigen Räume für die wartenden Trauergäste enthalten wird. Die Anlage wird auch gärtnerisch ausgeschmückt werden. Der städtische Finanzausschuss hat die Kosten von 29.000 Schilling bereits genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 15. Oktober 1925

Verkehr zum Trabfahren. Am Mittwoch, den 21. Oktober muss wegen Rohrlegungsarbeiten in der Lagerhausstrasse der Strassenbahnverkehr vom Praterstern zur Rotunde unterbleiben. Der Verkehr zur Prater Hauptallee bleibt in gewohnter Weise aufrecht.

Eröffnung der letzten Teilstrecke der Wiener elektrischen Stadtbahn. Bürgermeister Seitz hat die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse zu der am Montag um 11 Uhr vormittags stattfindenden Eröffnung der Donaukanallinie der Wiener elektrischen Stadtbahn geladen. Die Linie wird vom Dienstag, den 20. Oktober an den allgemeinen Verkehr übergeben werden.

Der weibliche Handarbeitsunterricht an den Wiener Schulen. Zu Beginn des Schuljahres 1924/25 wurden Besuchsklassen für den weiblichen Handarbeitsunterricht geschaffen, die von den Lehrpersonen fleissig besucht wurden. Die Arbeitsgemeinschaft der Handarbeitslehrerinnen, die oft jede Woche, mindestens aber im Monat ein-bis zweimal abgehalten wird, erfreut sich eines ganz besonders regen Besuches. Es wurden Bastel- und Werkkurse und Kurse über Materialienkunde und modernes Schnittzeichnen abgehalten. An allen Volks- und Bürgerschulen wurde ein unentgeltlicher Nachmittagsunterricht im weiblichen Handarbeiten neben dem normalen Schulunterricht eingeführt, der von den Kindern freiwillig besucht wird. Dieser Unterricht bewegt sich nicht im Rahmen des Lehrplanes. In drei Inspektionsbezirken wurde mit grossen Erfolg der Versuch durchgeführt, eine Verbindung des Handarbeits- mit dem Zeichenunterricht herzustellen. In einem Fall wurde auch versucht, den Handarbeitsunterricht mit dem Geographie- und Geschichtsunterricht zu verbinden. Der Stadtschulrat für Wien wird auch in diesem Schuljahr dieser Einrichtung besonderes Augenmerk zuwenden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 16. Oktober 1925.

WIENER GEMEINDERAT

als

L A N D T A G

Sitzung vom 16. Oktober 1925.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um vier Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird sodann an Stelle des verstorbenen Bundesrates Altbürgermeisters Reumann, Redakteur Max Winter (soz. dem) in den Bundesrat gewählt.

St. R. Breitner beantragt die Abänderung der Gesetzesvorlage über die Wasserkraftabgabe. Durch das Finanzverfassungsgesetz ist den Bundesländern eine Reihe von Bedingungen vorgeschrieben worden, die sich auf die Wasserkraftabgabe bezieht. Es wird künftig der Strom für Verkehrsunternehmen, Eisenbahnen, einschliesslich der Kleinbahnen von der Wasserkraftabgabe befreit sein. Die finanzielle Auswirkung tritt im Voranschlag des Stadthaushaltes nicht in Erscheinung, da die Wasserkraftabgabe keine fiskalische Steuer, sondern eine Zweckabgabe ist, die restlos für den Ausbau der Wasserkraften verwendet wird.

G. R. Angermayer (chr. soz.) beantragt, dass bei der Einholung eines Sachverständigenutachtens durch den Abgabepflichtigen die Kosten dieses Gutachtens, nur dann von den Steuerträgern getragen werden sollen, wenn er sachfällig wird. Das gegenwärtige Gesetzbürdet diese Kosten ausschliesslich dem Abgabepflichtigen auf.

St. R. Breitner erklärt, dass die Praxis gezeigt hat, dass kein einziges Mal ein solches Gutachten über die Abgabepflicht eingeholt werden musste, weil man sich bemüht hat, einvernehmlich vorzugehen. Es handelt sich dabei nur um Dinge rein technischer Natur, die allen Ermessensfragen entriekt sind. Es liegt im beiderseitigen Interesse unnütze Spesen zu vermeiden und einvernehmlich die Abgabepflicht in strittigen Fällen zu klären.

Der Abänderungsantrag wird abgelehnt und das Gesetz in beiden Lesungen unverändert beschlossen.

St. R. Breitner referiert über Ergänzungen der Gesetzesvorlage über die Fürsorgeabgabe. Die Novelle zum Finanzverfassungsgesetz bestimmt, dass bis zum 31. Dezember 1925 in allen Ländern die Gesetze über die Fürsorgeabgabe derart zu ändern sind, dass eine Doppelbesteuerung hintangehalten wird. Die Ergänzungen tragen nun dieser Novelle Rechnung.

Das Gesetz wird ohne Debatte in beiden Lesungen beschlossen.

G. R. Tänbler berichtet über den Voranschlag des Wiener Fortbildungsschulfonds für das Verwaltungsjahr 1925. Der in der Vollversammlung des Fortbildungsschulrates am 26. Jänner 1925 beschlossene Voranschlag wurde mit einigen kleinen Abänderungen vom Stadtsenat als Landesregierung am 8. Oktober genehmigt. Da über die Höhe der Bundessubventionen keine Klarheit bestanden hat, liegt der Beschluss erst heute vor. Unter den Abänderungen kommt das Erfordernis für die Neu zu systemisierenden acht Stellen im Verwaltungsdienst vor, das nicht vorgesehen war. Das Erfor-

derbis für Sitzungsgelder und Studienreisen der Mitglieder und Beamten wird um 10.000 Schilling herabgesetzt. Ebenso wird das Erfordernis für ausserordentliche Dienstleistungen und Mehrarbeiten durch die Einstellung von Beamten nicht notwendig und ebenfalls um zusammen 18.264 Schilling herabgesetzt. Da die Erhöhung auf der anderen Seite der Verminderung entspricht, so ändert sich im Endergebnis nichts. Die Bundessubvention von 1.405.301 Schilling wurde für das laufende verweigert, sodass die Gemeinde Wien und die Gewerbetreibenden dafür aufzukommen haben.

G. R. Panosch (chr. soz.) erklärt, dass seine Partei nicht in der Lage ist, für den Voranschlag zu stimmen, da die Verwaltung nicht die Interessen der Gewerbetreibenden vertritt. Schon letzthin sei eine Reihe von Wünschen geäussert worden, die aber nicht erfüllt wurden. Das Dach des Fortbildungsschulratsgebäudes in der Mollardgasse sei schon seit Jahren reparaturbedürftig. Eine elektrische Uhrenanlage ist dort vorhanden, deren Kosten beträchtlich sind und von der man nicht weiss, wann ihre Einrichtung bewilligt wurde. Auch sonst fehle das Vertrauen zur Verwaltung, während der Schulzeit gestattet diese Sammlungen für die Arbeiterjugend. Es gehen unkontrollierbare Gerüchte herum, dass einem Bankhaus der Betrag von drei, ja sogar fünf Milliarden aus den Geldern des Fortbildungsschulfonds gegeben worden seien. Die Sache ist nicht klar. Nach Zeitungsberichten soll das Geld zu 25 und 30 Prozent verliehen worden sein. Da kann man nur erklären: Diese Gelder sind nicht dazu da, um Schiebergeschäfte zu unterstützen.

G. R. Beisser (soz. dem) führt an der Hand von Ziffern vor, dass das Interesse der Gewerbetreibenden leider nicht so gross ist, wie sein Vorredner behauptete. Es liefen 4.135 Anzeigen über Schulversäumnisse ein. Diese Schulversäumnisse beziehen sich nur auf jene, die mehr als acht versäumte Unterrichtsstunden umfassen. An Hand der Akten kann man nachweisen, dass von dieser grossen Anzahl nur 74 Lehrlinge belangt wurden, an 4.070 Versäumnissen aber die Lehrherren schuld waren. Bestraft wurden Meister in 2.074 Fällen, wobei diese Bestrafung sehr gering ist. Für eine versäumte Unterrichtsstunde haben die Meister 50 Groschen Strafe zu zahlen, die grössten Strafen betragen aber insgesamt nur etwa 25 Schilling, welchen Betrag die Meister gerne leisten. Nun kommt es aber vor, dass beim Gremium bei einer zwölfstündigen Unterrichtszeit so ein Lehrjunge zwei- bis dreihundert Stunden versäumt! Dass die Lehrherren wenig Interesse am Schulwesen haben, geht auch aus der geringen Beteiligung an den Schlussfeiern hervor, die jedes Jahr abgehalten werden. Es fand sich bei solchen kein einziger Vertreter der Meister ein.

St. R. Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass die Meister für die Fortbildungsschulen jederzeit die schwersten materiellen und moralischen Opfer gebracht haben. Die Verdienste der christlich-sozialen Partei in Wien und Niederösterreich auf diesen Gebieten sind überragend. Heute brüsten Sie sich, heute zeigen Sie Fremden das Haus in der Mollardgasse, das Sie nicht geschaffen haben. Wenn Sie behaupten, dass die Meister die Lehrjungen davon abhalten, die Schule zu besuchen, so frage ich: Welcher Lehrhüb

lässt sich abhalten in die Schule zu gehen, wenn er wirklich will. Es ist schon möglich, dass die Meister den Schlussfeiern fern bleiben, weil diese Feiern zu parteipolitischer Agitation benützt werden. Die Lehrlinge werden bei der Aufnahme gleich in die Lehrlingssektionen genützt und von hier werden sie in die sozialdemokratische Jugendorganisation hineingetrieben. Sind die Lehrlinge nicht erreichbar, dann erfolgt die Agitation im Einvernehmen mit den Schülerräten in den Fortbildungsschulen selbst. Die gewerkschaftliche Organisation ist also nichts anderes als eine Werbebestelle für die politische sozialistische Organisation. Da müssen wir uns doch fragen, ob eine solche Wirksamkeit zu den Aufgaben der Fortbildungsschule gehört. Die Lehrlinge sollen in der Schule etwas lernen bevor sie sich politisch entscheiden und wir müssen auf das energischste gegen das Hineintragen der parteipolitischen Agitation in die Schule protestieren.

G.R. Panosch (chr. soz.) entgegnet dem Gemeinderat Beisser wenn manche Lehrherren ihre Lehrlinge nicht gerade gerne in die Fortbildungsschule schicken, so liege der Grund darin, dass die Gewerbetreibenden leider immer die Erfahrung machen müssen, dass die Burschen in der Schule verdorben werden.

G.R. Täubler verweist in seinem Schlusswort darauf, dass die Dachanlage des Fortbildungsschulgebäudes infolge verfehlter Konstruktion heuer fast vollständig erneuert werden musste. In früheren Jahren hat man mit der Ausbesserung immer wieder gezögert, weil die Fachleute sagten, wenn man einmal damit anfange, werde man wahrscheinlich das ganze Dach erneuern müssen. Die Fachleute haben Recht behalten und nun hat die Schule wenigstens drei Jahre hindurch sich mit dem alten Dach behelfen können. Bezüglich des erwähnten grossen Uberschusses ist es richtig, dass ein solcher aus den Umlagen eines Jahres tatsächlich erzielt worden ist, sodass das neue Gebäude damit erbaut werden kann. Der Uberschuss rührt davon her, dass viele Gewerbetreibende mit ihren Beiträgen seit dem Jahre 1922 im Rückstande geblieben sind und erst im Jahre 1924 diese Rückstände gezahlt haben. Die Umlagenprozente werden stets Jahr für Jahr genau errechnet und nur in der Höhe des wirklichen Erfordernisses bemessen. In der Inflationszeit bei den stets schwankenden Budget war eine genaue Errechnung naturgemäss unmöglich. Im heurigen Jahre wurden bisher keine Umlagen ausgeschrieben, es zeigen die ersten acht Monate, dass die Einnahmen zur Not die Ausgaben decken, der Bund seine Beitragsleistung

nicht abstattet, sodass dieser unterbleibende Zuschuss von vierzehn Milliarden nun zu Lasten des Gemeinderates und der Gewerbetreibenden fällt. Die Umlagen werden um vier Prozent erhöht, sohin mit siebzehn Prozent ausgeschrieben werden müssen. Zur Schulfreundlichkeit der Meister ist zu sagen, dass die grösste Anzahl der Lehrherren ein grosses Verständnis für die Fortbildungsschule bekundet (Gemeinderat Müller (chr. soz.): Hören Sie Herr Beisser! - Gemeinderat Beisser: Warten Sie doch ein wenig) Das ist namentlich bei den metallverarbeitenden Gewerben der Fall aber es gibt leider auch Gewerbe, deren Verständnis für die Schule sehr zu wünschen übrig lässt. Manche Meister lassen ihre Lehrlinge sehr unregelmässig oder gar nicht zur Schule gehen.

Die Höhe der verhängten Strafen für die Meister beträgt insgesamt 79 Millionen. Bei dieser Gelegenheit stelle ich fest, dass tatsächlich einzelne Lehrlinge bis zu dreihundert Stunden verloren haben. Weiter stelle ich fest, dass in dem Vertrag von dem Stadtrat Rummelhardt gesprochen hat, nichts von einer Beteiligung des Fortbildungsschulrates enthalten ist.

Str. R. Rummelhardt: Aber der Fortbildungsschulrat leitet die parteipolitische Agitation in der Schule.

G.R. Täubler: Sie haben von einem Vertrag gesprochen, den die Organisation und die sozialdemokratische Partei abgeschlossen haben. Ich stelle fest, dass der Fortbildungsschulrat an dieser Sache vollkommen unbeteiligt ist und wenn Sie Behauptungen aufstellen, vor allem Tatsachen vorbringen müssen. Es ist auch unrichtig, dass wir die Parteiorganisationen beraten, an die Lehrlinge können die Christlichsozialen ebenso herantreten wie die Sozialdemokraten und sie für ihre Organisationen zu gewinnen trachten. Die Schule hat damit nichts zu tun und eskann ihr niemand einen Vorwurf machen. Ihre Leistungen werden auch von auswärtigen Meistern anerkannt, Beweis dessen, dass erst gestern wieder dreissig Gesuche von Lehrherren aus St. Pölten, Mistelbach, Amstetten und anderen Orten gekommen sind, man möge doch ihre Lehrlinge von draussen in die Wiener Fortbildungsschule aufnehmen. Wir werden überlegen müssen, ob wir die auswärtigen Lehrlinge zur Ausbildung übernehmen können. Bezüglich der Behauptung, dass der Fortbildungsschulrat seine Kassenbestände in einer Bank angelegt habe, stelle ich fest, dass tatsächlich das Geld in drei Banken eingelegt wurde. Jede Institution verfährt mit ihrem Gelde so. Daraus den Vorwurf zu konstruieren, dass das Geld für Schiebergeschäfte hergegeben wird, ist wohl eine krasse Unrichtigkeit.

Der Antrag wird sodann angenommen und die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 16. Oktober 1925. Zweite Ausgabe.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 16. Oktober 1925.

Vorsitzender G.R. Schorsch

Eröffnet die Sitzung. Es wird eine Reihe von Geschäftstücken ohne Wortmeldung genehmigt, darunter Anträge des Gemeinderates Iser auf Wasserrohrlegungen in der Siedlung Flötzersteig mit einem Kostenaufwand von 25.000 Schilling, auf Neubau eines Kanales in der Triesterstrasse mit einer Kostensumme von 90.000 Schilling, in der Ameisbachzeile mit 40.000 Schilling und auf Strassenherstellungen in der Schallein-gasse und Petzvalgasse mit einem Aufwand von 55.000 Schilling, Anträge des Gemeinderates Jenschik auf Bewilligung eines Zuschusskredites für die Verlegung einer Magistratsabteilung, des Gemeinderates Schütz auf Baulinienbestimmungen für das Siedlungsgebiet Am Schafberg und für Liegenschaften in Floridsdorf, des Gemeinderates Thaller auf Gewährung von Subventionen an die Vereinigung Wiener Mediziner und an den Österreichischen Senefelderbund, des Stadtrates Breitner auf Ausübung des Bezugsrechtes auf Aktien der Wiener Obst- und Gemüse A.G. und Ankauf von Aktien der Wiener Baustoffe A.G.

St. R. Tandler referiert über Sachhaushilfen für bedürftige Arbeitslose. Der Gemeinderat hat seinerzeit einen Kredit von zehn Milliarden zur Unterstützung der Arbeitlosen bewilligt. Von diesen sind rund sechs Milliarden Kronen ausgegeben worden, für den Restbetrag von vier Milliarden erscheint es nunmehr zweckmässig, einen Teil, nämlich drei Milliarden, zur Anschaffung von Kleidungs- und Wäschestücken zu verwenden. Es hat sich häufig ergeben, dass Arbeitslose wegen des schlechten Zustandes ihrer Kleidung vom Arbeitgeber abgewiesen wurden. Die für die Gewährung von Geldaushilfen festgesetzten Bedingungen finden sinngemäss auf diese Naturalien Anwendung.

G.R. Josef Müller (chr. soz.) weist auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Ausgabe von Kleidungsstücken entstehen werden. Ein Kleidungs- oder Wäschestück besitzt einen grösseren Wert als 200.000 Kronen, und die Bedürftigen, die mit Geld beteiligt werden, würden sich häufig zurückgesetzt und geschädigt wähnen. Redner verlangt, dass die Fürsorgegerichte ihr Amt vollkommen unparteiisch versehen und die Hinausgabe einer Weisung an die Fürsorgeinstitutsvorsteher, dass jeder parteipolitischen Betonung beim Verteilen der Unterstützungen Einhalt getan wird.

St. R. Tandler meint im Schlusswort, dass man, dem Taktgefühl und der sozialen Einsicht der Vorstände der Fürsorgeinstitute überlassen könne, über die Schwierigkeit der Auswahl der Unterstützung hinwegzukommen. Was den parteimässigen Anstreich betrifft, so ist festzustellen, dass früher wohl die Bedürftigen nach der Gewerkschaft gefragt wurden, der sie angehören. Daraus wurde abgeleitet, dass man sie nach ihrer Par-

teizugehörigkeit gefragt hätte. Referent erklärt, Misstände jederzeit abstellen zu wollen, wenn sie ihm bekanntgegeben werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

St. R. Speiser berichtet über einige Abänderungen der Arbeitsverträge der städtischen Strassenbahnen. Diese betreffen besonders die Bezüge der dienstälteren Strassenbahner. Die Endbezüge wurden nämlich stärker als die Anfangsbezüge reguliert. Auch die Ansätze der Pensionen wurden gehoben. Bei den dienstjüngsten Schaffnern beträgt die Erhöhung 8'15 Schilling, bei den ältesten 33'56 Schilling. Die Erhöhung beträgt insgesamt 5'5 Prozent des Gehaltssatzes.

G.R. Lehninger (chr. soz.) polemisiert länger gegen die Erhöhung des Tarifes, die angeblich wegen der Forderungen der Strassenbahner notwendig geworden sei. In Wirklichkeit aber ihre Ursache in dem kostspieligen Wähltschlager der elektrischen Stadtbahn hat. Diese Tarifierhöhung ist die dritte seit elf Monaten und beträgt zwanzig Prozent. Wie gross das Defizit der Stadtbahn ist kann man nirgends erfahren. Betrachtet man aber die Sache näher, so sieht man, dass Sie dabei wieder ein gutes Geschäft machen. Sie nehmen durch diese Erhöhung weit mehr als das Vierfache dessen ein, was Sie den Bediensteten geben. Diese Bediensteten aber wollen ja gar nicht den Kollektivvertrag, sie wollen nach dem Schema entlohnt werden. Im übrigen aber nützen Sie die Arbeitskräfte unerhört aus. Die Extraturen werden nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten eingeteilt und es scheint, dass die Direktion gar nichts mehr zu reden hat, sondern nur die Vertrauensmänner in den Bahnhöfen. Diese Leute aber brauchen kein Schema, denn sie verdienen an Extraturen zwei-einhalb Millionen Kronen allein. Wir müssen hier wieder fordern, dass mit diesem unmöglichen System endlich einmal gebrochen wird.

Von einer Erhöhung der Pensionsbemessungsgrundlage für die Strassenbahnbediensteten ist auch heute keine Rede. Es bleibt bei den siebenzig Prozent, obwohl die Bundesbahnen seit 1. Jänner neunzig Prozent zahlen. Ich stelle daher den Antrag, dass der Gemeinderat beschliessen wolle, dass die Pensionsbemessungsgrundlage der Bediensteten und Arbeiter der städtischen Strassenbahnen von siebenzig auf neunzig Prozent erhöht werde. Schliesslich muss auch über die Benachteiligung der Unfallrentner bei der Strassenbahn gesprochen werden. Sie rechnen die Pension in die Unfallrente ein, sodass eigentlich der Unfallrentner nicht die geringste Entschädigung für den erlittenen Unfall bekommt. Das ist ein himmelschreiendes Unrecht, dass sie mit Hilfe ihrer willfährigen Vertrauensmänner begehen. Ich stelle daher den Antrag, dass die Satzungen der Pensionskasse der Strassenbahnbediensteten derart geändert werden, dass diese Bestimmung ausser Kraft tritt. Wir verlangen, dass bei der Strassenbahn endlich die einseitige parteipolitische Behandlung der Bediensteten aufhört.

G.R. Holoubek (chr. soz.) kritisiert, dass nur der Freie Gewerkschaftsverband bei den Verhandlungen über die Bezugserhöhung zugezogen worden ist. Diese Organisation hat bei dem Fahrpersonal längst keine Mehrheit mehr, weshalb auch energisch dagegen protestiert werden muss, dass bei den Anstellungen

nur sie gehört wird. Das ist eine Faschistenmoral und Sie haben daher gar kein Recht gegen die Monopolstellung der Faschisten in Italien zu protestieren, weil sie es selbst nicht anders machen.

Stadtrat Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass es selbstverständlich sei, dass die Minderheit auch für diese Vorlage stimme, weil sie den Strassenbahnern eine bessere Lebensmöglichkeit sichern wolle. Wenn man aber die Ereignisse der letzten Zeit vordrüberziehen lässt, dann kann man begreifen, dass die Freude an dieser Lohnerhöhung bei den städtischen Bediensteten nicht recht aufkommen kann. Es hat nämlich der Bürgermeister in einer Versammlung von Wehrmännern Worte gesprochen, die ein System zu inaugurieren scheinen, dass auf Unterdrückung aller Nichtsozialdemokraten aufgebaut ist. Seitdem Deutsch nicht mehr Heeresminister ist, wird der gegenwärtige Heeresminister nur mehr in der sozialdemokratischen Blättern der Blut-Faunois genannt. Es hat nämlich eine Reihe von Wehrmännern Selbstmord geübt. Liebe und Schulden waren die Hauptursachen. Was würden Sie sagen, wenn wir wegen der Selbstmorde in den städtischen Versorgungsanstalten von einem Blut-Tandler sprechen würden? Der Selbstmord ist so etwas schreckliches, dass nur Menschen, die nicht mehr normal sind, ihn begehen können. Daher ist niemand dafür verantwortlich zu machen. Nun hat der Bürgermeister in dieser Soldatenversammlung eine Reminiszenz über die Vergangenheit gehalten. Er hat dort gesagt, dass in der Wiener Stadtverwaltung unter Lueger das System von Zuckerbrot und Peitsche geherrscht hat. Nun, heute haben wir das System der Massenbeförderungen, das es damals nicht gegeben hat. Der Bürgermeister hat dann auch das Luegerwort wiederholt: Sozialdemokraten werden bei der Gemeinde nicht angestellt. Nun, Speiser hat das Wort geprägt: Monarchisten werden nicht angestellt! Ich gebe beiden recht. Die Monarchisten sind eine Partei, die nicht auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung stehen. Aber auch die Sozialdemokraten sind in der Monarchie nicht auf dem Boden der Verfassung gestanden, sondern haben sich immer als Republikaner ausgegeben. Aber Bürgermeister Seitz hat ein noch weit schärferes Wort gebraucht. Er hat die angeblichen Schikanierungen von Wehrmännern gegewaltigt und erklärt, dass die Sozialdemokraten, dort wo sie verwalten, Vergeltung üben werden. Wir wissen, dass schon heute Nichtsozialdemokraten bei der Gemeinde gemassregelt werden.

G.R. Weigl (Sozialdemokrat): Sie müssen Beweise bringen!

Stadtrat Rummelhardt: Gut! Ich bleibe gleich bei den Strassenbahnern. Kennen Sie nicht den Fall Feimann vom Strassenbahnhof Vorgarten, der entlassen wurde, weil er in der Verdammlung der Frontkämpfer gesprochen hat? Oder der Tischler Krecmar? Oder die Schaffner Holzer, Riedel, Eberl und Schwarzer, die niemals befördert wurden, weil sie Mitglieder der christlichen Gewerkschaft sind? Der Strassenbahner Friebe wurde als Schwerverkrankter versetzt und liegt jetzt totkrank im Spital. Dem Bürgermeister ist also in dieser Versammlung eine Art Entgleisung passiert, als er sagte, dass es ihm leid täte, wenn das geschehen müsste. Die städtischen Angestellten haben längst nicht gegen Schikanen jenen Schutz, wie ihn die Wehrmänner besitzen. Schliesslich hat das der Bürgermeister gesagt und es ist ein grosser Unterschied zwischen dem, was der Bürgermeister und was der Nationalrat Leuthner sagt.

Bürgermeister Seitz: Nicht der geringste! Zwischen dem, was der Nationalrat Leuthner und der Nationalrat Seitz spricht, ist kein Unterschied!

Stadtrat Rummelhardt: Wenn der Bürgermeister und Landeshauptmann, der ein Gelöbnis der unparteiischen Amtsführung abgelegt hat, von Repressalien spricht, dann muss man untersecheiden.

G.R. Preyer (chr. soz.): Ein Terrorbürgermeister ist das!

Stadtrat Rummelhardt: Ich kann daher nur glauben, dass mit diesem Wort dem Bürgermeister eine Entgleisung passiert ist.

Bürgermeister Seitz: Nicht im entferntesten!

Stadtrat Rummelhardt: Wenn Sie diese Wort wahr machen wollen, dann kommen wir zu einem Zustand, wo sich ^{jede} geordnete Verwaltung aufhört. Es wäre besser gewesen, wenn der Bürgermeister in diese Versammlung nicht gegangen wäre, wenn er weiss, dass er sich nicht bezähmen kann. Der Bürgermeister darf diese Worte nicht sprechen, weil er dadurch die Ehre und das Ansehen des Gemeinderates im In- und Ausland schwer schädigt. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit. Grosser Lärm bei der Mehrheit.)

Bürgermeister Seitz erklärt, er wolle nur über die seine Person betreffenden Bemerkungen des Gemeinderates Rummelhardt sprechen, und fährt dann fort: Jedes Wort, das ich in der betreffenden Versammlung gesagt habe, und das in unserem Parteiorgan verlautbart worden ist, halte ich bis auf einen Druckfehler aufrecht. Ich habe gesagt, dass die Schikanierung einzelner Personen innerhalb des Heeres, einzelner Offiziere, die pensioniert werden, wenn sie nicht politisch gefügig sind, dass diese persönlichen Verfügungen und die Ausnützung des Amtes für parteipolitische ^{Zwecke} und persönliche Zwecke ein Ende nehmen müssen. Es liegt mir natürlich ferne, die ganze Regierung für die politische Unanständigkeit eines christlichsozialen Ministers verantwortlich zu machen. (Stürmische Protestrufe bei den Christlichsozialen: Hier wird nur verdächtigt und nichts bewiesen.) Der Herr Gemeinderat Rummelhardt war selbst so liebenswürdig festzustellen, dass ich damals natürlich nicht als Bürgermeister gesprochen habe, sondern als Politiker. Niemand wird mir nachweisen können, dass ich jemals, sei es als Präsident des Nationalrates, sei es als Bürgermeister, meine absolute Unparteilichkeit und Objektivität irgendwie verletzt hätte. Oft muss ich Entscheidungen treffen, die mir persönlich durchaus nicht zusagen, denn ich habe ^{es} gesetzte zu handhaben. Aber so sehr ich einerseits dafür bin, dass sich jeder in einer solchen Funktion ^{Reserven} auferlegt, so sehr bin ich andererseits dafür, dass jedermann, unbekümmert, was er ist, in welcher Stellung er sich immer befindet, die absolute Freiheit des Wortes haben muss, wenn er als freier Bürger spricht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Ich habe also eine Konstatierung vorgenommen und gesagt: Wenn die Christlichsozialen es so machen, wo sie an der Macht sind, ob im Heeresministerium oder in ~~dem~~ ^{den} ~~Ämtern~~ ^{Ämtern}, und alle Proteste und alle Hinweise auf die Staatsgrundgesetze nichts nützen werden die Sozialdemokraten dort, wo sie an der Macht sind, zu denselben Mitteln greifen müssen. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das ist eine Diagnose, die ich heute noch aufrechterhalte. (Erneuter Beifall bei der Mehrheit.) Halten Sie es denn praktisch für möglich, dass sich ein Mensch von dem anderen täglich provozieren und schikanieren lässt und noch die rechte Backe kinnhält, wenn man die linke geschlagen hat? Solche Christen sind selbst wir Sozialdemokraten nicht. Denn es ist auch psychologisch unmöglich. (Zur Minderheit gewendet, mit erhobener Stimme) Sie können doch nicht glauben, dass ein solcher Zustand auf die Dauer für eine grosse Partei erträglich ist. Und daher sage ich noch einmal: Wenn dieser Zustand nicht aufhört, so wird die selbstverständliche Folge sein, dass die anderen dasselbe machen (Stürmische Unterbrechungen bei den Christlichsozialen und zahlreiche Zwischenrufe, die im Lärm unverständlich bleiben.) Einen solchen Zustand würde ich unendlich bedauern. Erstens aus einem inneren Parteigrund, weil in meiner Partei ohne Unterschied alle der Meinung sind, dass es notwendig ist, das politische Recht des Einzelnen und seine absolute Freiheit zu achten. (Neuerlicher, grosser Lärm bei den Christlichsozialen.)

Als der Lärm sich wieder gelegt hat fährt der Bürgermeister fort: Ich würde es zweitens deswegen sehr bedauern, weil dadurch das ganze öffentliche Leben in Oesterreich geradezu vergiftet werden würde und drittens, weil so etwas demoralisierend wirkt. Ich habe nicht umsonst Jahrzehnte hindurch gegen das verwerfliche System der politischen Korruption und der politischen Massregelungen unter Lasger angekämpft, als dass ich es heute gut heissen könnte, aber ich sehe ^{andererseits} ~~offenen Auges~~, dass es unerblicklich und unerträglich für andere ist, immer zuzusehen und ruhig zu dulden, dass ihre Parteiangehörigen gemassregelt werden. Deshalb habe ich den Minister gewährt, dieses System fortzusetzen. Herr Vaugoin hat in dieser Versammlung seinen eigenen Berichtsstatter gehabt. Er wusste also ganz genau, dass der Offizier, der sich bei mir beschwerte, meine ehrenwörtliche Zusicherung hatte, seinen Namen nicht zu nennen. Darauf hatte Herr Vaugoin seine Taktik aufgebaut und erklärt, wenn ich den Namen nicht nenne, sei ich ein Verleumder. (Entrüstung bei der Mehrheit.)

G.R. Thaller (soz.-dem.) zu den Christlichsozialen: Schöne Minister habt Ihr! (Gegenrufe bei den Christlichsozialen.) Das ist echt jesuitisch.

Bürgermeister Seitz: Es hiess den Jesuiten Unrecht tun, wenn man ihnen nach ~~sagte~~ sagte, dass ihre Methoden an die des Herrn Vaugoin heranreichen. Der Herr Vaugoin kann über mich sagen, was er will, er kann mich beschimpfen, wie er will, keines seiner Schimpfworte reicht mir auch nur an die Knöchel. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Pfuirufe bei den Christlichsozialen.) Ich kann also nur zusammenfassen sagen und zwar nicht als Bürgermeister sondern als sozialdemokratischer Gemeinderat, wir halten an unserem Grundsatz, dass jedes Angestellter der Gemeinde das volle freie Recht des Bürgers hat, dass niemand in seiner Stellung eine Massregelung aus politischen Gründen erfahren darf und dass wir als sozialdemokratische Partei darauf bestehen werden, dass unsere Funktionäre sich nach wie vor an diesem Grundsatz halten. Das hat aber zur Voraussetzung, dass gleiches Recht für alle Parteien besteht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)
Stadtrat Kunschak (christ.-soz.)

Ich kann mir das Verhalten des Bürgermeisters nur psychologisch erklären, er steht offenbar unter dem Eindruck eines

Phantasiegebildes, das es natürlich in Wirklichkeit nicht gibt. Im Uebrigen aber hat der Bürgermeister als Nationalrat Gelegenheit dort seine Beschwerden vorzubringen. Ich stelle nur fest, dass es sehr schwer ist, zu unterscheiden, in welcher Eigenschaft der Bürger Seitz spricht: Ob als Nationalrat, als Bürgermeister, oder als Parteimann. Wenn von der Ausübung von Repressalien gesprochen wird, so ist jedem klar, dass der Bürgermeister als Nationalrat wenig Repressalien machen kann. Die Angestellten der Stadt empfinden diese Worte aber aus dem Munde des Bürgermeisters als eine Drohung. Die Minister haben auch gar keinen Anwalt nötig, über das, was der Bürgermeister gesprochen hat, zu urteilen überlassen wir der Öffentlichkeit. (Lebhafte Pfuirufe bei der Minderheit grosser Lärm.)

St. R. Speiser kommt im Schlusswort auf die einzelnen Bemerkungen der Redner zurück und führt darunter aus: Wenn der Herr Gemeinderat Lehninger sich darüber wundert, dass die Lohn-erhöhungen eine Regulierung der Tarife nach sich zieht, so ist dies selbstverständlich. Man darf aber nicht vergessen, dass auch die Materialpreise erheblich im Preis gestiegen sind. Wenn er einen Vergleich zieht zwischen der 20prozentigen Erhöhung des Tarifes und einer 2prozentigen der Gehälter, so ist dies unverständlich, da man nicht den Prozentsatz der Steigerung im Preise der Fahrkarten mit dem Prozentsatz der Erhöhung der Gehälter unmittelbar in Beziehung setzen kann. Das Verlangen nach einem Schema, fordert die Frage, was Sie sich unter einem Schema vorstellen. Darunter kann man sich nur eine Art Dienstordnung und eine Art der Reihung in der Vorrückung vorstellen. Dies ist jedoch vorhanden. Was den Fall der Extraturen betrifft, so ist mir bis jetzt kein Fall bekannt gegeben worden.

Wenn der Herr Gemeinderat Holoubek von einem in der Gemeinde herrschenden Faschismus spricht, so hat er damit eine überraschende Entdeckung gemacht. Der angezogene Fall beweist gerade, das Gegenteil, da bei uns von einer Unterdrückung nicht gesprochen werden kann.

Die Bemerkungen des Stadtrates Rummelhardt über die Soldatensebstmorde kann ich durch folgendes widerlegen: Zu mir kamen ununterbrochen Wehrleute ins Rathaus und erklären, dass sie es nicht mehr aushalten können, dass sie das Leben überhaupt verdrissen. Was die einzelnen Strassenbahner betrifft, so kann ich sofort über einige davon Näheres sagen. Von Ihnen werden sie als Muster der Drangsalierung hingestellt. Riedel war Hilfsarbeiter in "ernale. Als wir Personal für die Stadtbahn brachten, wozu wir natürlich nicht neues und ungeschultes verwenden konnten, zogen wir aus den verschiedenen Bahnhöfen die Leute zusammen. Viele davon gingen nicht gerne zur Stadtbahn, weil sie eine Einbusse ihres gewöhnlichen Verdiensteinganges, mit dem sie ständig rechnen konnten, befürchteten. So wurden manche auf die Stadtbahn transferiert, darunter auch zwei oder drei, die nicht der Freien Gewerkschaft angehören. Das ist nun bei Ihnen eine unerhörte Drangsalierung. Wir können leider nicht für Strassenbahner ein Privileg der Unversetzbarkeit einführen. Auch der Fall Schwarzler ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Christlichsozialen seit Jahren von uns drangsalirt werden. Dieser Mann sitzt auf einem der grössten Bahnhöfe in Wien vollkommen unbelästigt, obwohl wir seine rege Parteilätigkeit kennen. Mit dem Fall des Tischlers Kreomar kann ich auch aus meiner Registratur dienen. Dieser Mann wollte seine Pensionierung erreichen. Nach mehreren

Der frühere englische Premierminister bei Bürgermeister Seitz. Das Mitglied der englischen Arbeiterpartei, der frühere englische Premierminister Ramsay Macdonald besuchte heute nachmittags in Begleitung von Lord Arnold den Bürgermeister Seitz im Rathaus. Die Unterredung währte ungefähr eine Stunde, worauf Bürgermeister Seitz die Herren in ihr Hotel begleitete.

Vergehen wurde er entlassen, brachte ein Gnadengesuch an den Senat ein, das dieses Entlassen in die Pensionierung umwandelte. Auch Herrn Feimann kenne ich sehr gut. Ich lernte diesen Mann näher kennen, er war seinerzeit als Volkssänger bei der Armee und im Hauptquartier sehr beliebt. Dieser Mann hielt nun in einer Versammlung, die unter dem Vorsitze nicht gerade des hervorragenden der Monarchisten stattfand, reden. Von der Disziplinarkommission seiner eigenen Kollegen wurde er zur Dienstentlassung verurteilt. Ich selbst empfand diese Bestrafung für zu streng und verwendete mich für ihn. Ich verschaffte ihm wieder Arbeit bei der Stadt Wien. Das ist wieder ein Fall, wie solche Leute bei uns gemässregelt werden. Niemand kann behaupten, dass bei der Gemeinde Wien die Angestellten parteikässig behandelt werden. Siehen Sie doch lieber "ergleiche zwischen jetzt und einst, wie damals die Strassenbahner, die Lehrer und Angestellten behandelt werden sind. Wir können vielmehr hier wieder sagen, dass niemals in dieser Stadt ein so unparteiisches Regiment wie heute geführt worden ist (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen und die beiden Anträge des Gemeinderates Lehninger abgelehnt.

Vizebürgermeister Bemarling berichtet eingehend über die Fahrpreise auf den Strassenbahnen und auf der Stadtbahn. Bei dieser Tarifierhöhung handle es sich nicht um eine Hinaufsetzung schlechthin, sondern um eine seit langem notwendig gewordene Angelegenheit. Schon bei der letzten Tarifierhöhung am 1. Dezember 1924 wurde eigentlich ein Tarif von 2.100 Kronen verlangt, weil man mit dem 2000 Kronentarif nicht das Auslangen finden zu können glaubte. Wir haben schon aus dem Jahre 1924 einen Abgang, der sich im laufenden Jahre noch gesteigert hat. Die Mehrausgaben müssten aber eigentlich noch einen höheren Tarif nach sich ziehen. Wir begnügen uns aber nur mit dem unbedingt Notwendigen. Redner behandelt nun die einzelnen Tarife und Karten und führt die Ermässigungen oder Erhöhungen im einzelnen an. Die Stadtbahn wird vollständig in das Strassenbahnnetz einbezogen und sämtliche Beschränkungen aufgehoben. Der Nachttarif wird ebenfalls fallengelassen. Auch die verschiedenen Sondertarife werden aufgehoben. Der einzige Sondertarif, der bleibt, wird an Feiertagen in die Frauen-eisen eingehoben. Angestellte behalten ihre Erkennungskarten, die die Ermässigung sichern, bei. Eigentlich sollte man die Kinder vollständig kostenlos befördern, da der aufgehobene Tarif nicht einmal für die Deckung der Kosten genügt. Aus Sicherheitsgründen muss man aber davon absehen. Zu betonen wäre noch, dass man mit der Strassenbahn beispielsweise nach MÖdling billiger fährt als mit der parallellaufenden Strecke der Bundesbahnen und dass die Bahnstrecke nach Strebersdorf sechzig bis siebzig Groschen kostet, während man mit der Strassenbahn 24 Groschen zahlt. In allen Grossstädten sind nach den vorliegenden Ausweisen die Tarife höher wie in Wien, Amsterdam und Berlin haben obendrein gar keinen Umsteigeverkehr, dort muss der Passagier bei jedem Wagenwechseleine neue Karte lösen. Unser Tarif ist den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst und die Erhöhung insbesondere bei den Frühfahrtscheinen,

den Wochenkarten und Hin- und Rückfahrkarten, die vor der grossen Masse der Arbeiter benützt werden, derart gering, dass es geradezu ausgeschlossen ist, diese Erhöhung könnte der Anreiz zu einer Teuerungswelle sein.

G.R. Holoubek (chr. soz.) bemerkt, mit dem vorliegenden Antrage werde ein Wahlschlager aus dem Jahre 1923 begraben. Die Erhöhung sei ungerecht insbesondere wenn man bedenke, dass auch die sogenannten Kurzfahrer und das seien durchaus nicht lauter Bourgeoisdamen, den selben Fahrpreis entrichten müssen, wie die Fahrgäste auf den langen Strecken. Wirklich gerecht wäre nur ein Zonentarif. Dieser Tarif bedeute kein Geschenk an die Bevölkerung er sei keineswegs die Lösung des Klassenproblems und bleibe nach wie vor eine harte Last für die Bevölkerung.

G.R. Schätz (chr. soz.) bezweifelt die Richtigkeit der von Referenten angegebenen Ziffern des Mehrertragnisses aus der Tarifierhöhung. Nach seiner Berechnung sagt Redner muss sich ein Mehrertrag von mindestens 150 Milliarden ergeben, zählt man davon das im Referate genannte Defizit von vierzig Milliarden ab, so bleiben 110 Milliarden rein übrig. Augenscheinlich wolle die Gemeindeverwaltung durch die Tarifierhöhung die Kosten für den Stadtbahnbau hereinbekommen. Zum Schlusse stellt der Redner den Antrag auf Einführung eines Zonentarifeé wonach Fahrscheine bis zu zwei Teilstrecken 12 Groschen, über zwei Teilstrecken 24 Groschen, im Vorverkauf 11 Groschen und 22 Groschen kosten sollen. An Sonntagen und Feiertagen hätten die Tagesfahrtscheine bis zu zwei Teilstrecken keine Gültigkeit.

G.R. Kunschak (chr. soz.) bezweifelt gleichfalls die Richtigkeit der von Referenten genannten Ziffern und sagt, nach seiner Berechnung müsste das Mehrertragnis rund 120 Milliarden betragen. Redner bemängelt es, dass der Hauptrechnungsabschluss für das Jahr 1924 dem Gemeinderate noch nicht vorliegt, trotzdem das Statut es vorschreibt. An der Hand der Ziffern des Rechnungsabschlusses würde man ein genaues Bild über die Grösse und die Ursachen des Defizits haben. Dass das verabsäumt wurde, sei eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Gemeinderate und eine geradezu leichtfertige Berichterstattung. Im Jahre 1923 habe der Referent auch von einem Defizit gesprochen und nach der Vorlage des Rechnungsabschlusses habe sich herausgestellt, dass die Strassenbahnen mit einem sehr beträchtlichen Ueberschuss abgeschlossen und sogar für 16 Milliarden Wohnbauanleihe gezeichnet haben. Was damals dem Gemeinderate über die finanzielle Seite gesagt wurde, sei also eine bewusste Unwahrheit gewesen. Man könne infolgedessen auch nicht die Behauptung über ein Defizit im abgelaufenen Jahre glauben. Redner bespricht das letzte Unglück auf der Stadtbahn und wirft die Frage auf, ob dieser schwere tödliche Unfall nicht vielleicht zu vermeiden gewesen wäre, wenn die Strassenbahnwagen anders konstruierte Trittbretter hätten. Den Zugbegleitern sollte auch eine genaue Instruktion erteilt werden, wie sie in den einzelnen Stationen das Ein- und Aussteigen der Fahrgäste zu überwachen haben. Manche Schaffner stellen sich an die Rückwand des Perrons von wo aus sie den ganzen Zug überblicken können, andere aber bleiben beim ersten Wagen stehen und begnügen sich damit, "Türen schliessen" und fertig zu rufen. Diese Schaffner können doch leicht einen aussteigenden Fahrgast überraschen. Schliesslich sei der Umstand aufzuklären, wieso bei dem letzten Unfall trotz des Bestehens einer Signalanlage die 25 Milliarden kostete, die 28te der Reihe nach in den Bahnhof Burggasse ein-

Gefahren sind, anstatt die vorgeschriebenen Haltesignale zu beachten und auf der betreffenden Stelle der Strecke stehen zu bleiben.

V i e r t e r B o g e n .

Über die Kosten der Leichenhalle in Jedlesees sowie über die hierfür bewilligten Kredite.

Der Berichterstatter betont, daß die Leichenversicherung nicht in seine Ressort fällt und verspricht Gemeinderat Doppler, die geforderten Aufklärungen beschaffen zu wollen. Die Zuschusskredite werden hierauf genehmigt.

St. R. Dr. Tandler berichtet ferner über den Verkauf von Trefferbeständen der Armenlotterie, die schon im letzten Jahre passiv war und nicht mehr abgehalten werden soll. Diese Gegenstände sollen durch das Dorotheum zugunsten des Wiener Allgemeinen Versorgungsfonds versteigert werden.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Thaller (soz. dem.) beantragt eine Subvention von 2000 Schilling für die im November 1925 zur Eröffnung gelangende Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien.

G.R. Kutschek (chr. soz.) sagt, dieses Unternehmen sei nichts anderes als ein Hilfsinstitut des Finanzreferenten Breitner, dazu bestimmt, seine Finanzpolitik größeren Kreisen der Bevölkerung verständlicher und appetitlicher zu machen. Er kommt dann darauf zu sprechen, daß das Komitee zur Veranstaltung einer Ausstellung für christliche Kunst, dem die bedeutendsten Künstler Wiens, auch der von der sozialdemokratischen Partei so hoch eingeschätzte Professor Hanak angehören auf sein Ansuchen um eine Gemeindegemeinschaftsubvention noch immer keine Erledigung bekommen hat. Der amtsführende Stadtrat bringt dieses Ansuchen deshalb nicht vor den Gemeinderat, weil er es in seinem Klub nicht durchbringen kann, aber der amtsführende Stadtrat ist nicht der Repräsentant seines Klubs sondern der Repräsentant der Gemeinde Wien und es ist eine Beleidigung für die im Komitee vertretenen Künstler aber auch eine Beleidigung des zur Beschlussfassung kompetenten Gemeinderates, wenn diese Angelegenheit so behandelt wird. Dabei spielt der Herr Bürgermeister sehr gerne die Rolle des grossen Kunstjägers, der für die Kunst nicht nur vollstes Verständnis sondern auch eine offene Hand hat. (Gemeinderat Rummelhardt: Siehe Volksoper!) Der Begriff christliche Kunst darf keineswegs als ein Politikum aufgefasst werden, sondern er ist ~~ähnlich~~ ^{identisch} mit dem Begriff klassische Kunst, denn die Schöpfungen des klassischen Zeitalters wären uns verloren gegangen, wenn nicht die christliche Kunst die Überlieferungen und Werke dieses Zeitalters übernommen und weiter erhalten hätte. Vom Standpunkt der Kunstfreundschaft ist die Ablehnung einer Subvention für diese ^{Ausstellung} geradezu unverständlich. Hier hätte Wien zeigen können, was es noch zu leisten im Stande ist. Die Ausstellung wäre ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Stadt geworden.

Redner stellt den Antrag, dem Komitee zur Veranstaltung christlicher Kunst eine Subvention von 3000 Schilling zu gewähren.

G.R. Thaller (soz. dem.) betont, daß die Gemeinde eine Ausstellung mit einem tendenziösen Charakter nicht subventionieren könne. Auch die Ausstellung des Malers Pann wurde nicht subventioniert (Zwischenrufe bei der Minderheit). Wien wird ein Museum erhalten, das einzig in der Welt darsteht.

Der Antrag wird abgenommen.

St. R. Weber beantragt einen Zuschusskredit von 13.330 Schilling für Instandsetzungsarbeiten an den Häusern der Gemeindegemeinschaft „Kagran“, die notwendig geworden sind.

Nachdem Gemeinderat Ulreich verschiedene Wünsche vorgebracht, die der Referent zu berücksichtigen verspricht, wird der Referentenantrag angenommen und die Sitzung vom Vorsitzenden Weigl um halb neun Uhr abends geschlossen.

G.R.Haider(chr. soz.) meint, es sei ganz falsch, wenn die Arbeiter Zeitung behaupte, dass diese Tarifpolitik als Klassenproblem beurteilt werden muss. Das sei nur ein neuer Schlag, um die Bevölkerung hinter das Licht zu führen. Die Herabsetzung der Stadtbahnpreise kommt nur zehn Prozent der Bevölkerung zugute, die übrigen neunzig Prozent müssen die Strassenbahn benützen und den erhöhten Fahrpreis zahlen. Die Erhöhung des Einzelfahrscheines bringt allein schon einen Mehrertrag von 148 Milliarden Kronen. Dazu kommt noch die Erhöhung der Preise für die Netzkarten, Streckenkarten und anderen Fahrscheinen, die wieder ein Erträgnis von 150 Milliarden Kronen ergeben. Bei einer Erhöhung hätte man sich viel mehr auf das unbedingt notwendige beschränken müssen. Diese Erhöhung aber ist unerträglich. Im Jahre 1924 soll ein Defizit von zehn Milliarden Kronen gewesen sein und für jeden Monat dieses Jahres soll ein Abgang von zweieinhalb Milliarden Kronen angenommen werden, also für 1925 dreissig Milliarden. Das sind also vierzig Milliarden Kronen Defizit. Dazu kommt noch die heute beschlossene Erhöhung der Bezüge des Personals, die nach meiner Berechnung ungefähr 34 Milliarden Kronen Mehrausgaben verursacht. Wenn man also annimmt, dass die erhöhten Ausgaben rund achtzig Milliarden Kronen ausmachen, so bleiben der Strassenbahn noch immer 115 Milliarden Kronen Reingewinn.

G.R.Angermayer(chr. soz.) bespricht die Ueberfüllung in den Strassenbahnzügen, die das Fahren geradezu zu einer Tortur gestaltet und oft mit Lebensgefahr verbunden sei. Auch bei der Stadtbahn herrschen jetzt schon Unzukömmlichkeiten. So sind bei den Stiegenaufgängen in der Station Alserstrasse Aufschriften angebracht, die erst dann Geltung haben, wenn die Donaukanallinie eröffnet sein wird. Die Fahrgäste wissen das nicht und so komme es, dass Leute, die zum Hauptzollamt fahren wollen, eine falsche Treppe hinaufgehen und erst auf dem Perron auf ihren Irrtum aufmerksam gemacht werden. Die Christlichsozialen werden gegen die Tarifierhöhung stimmen, nicht weil es sich um einen neuen Tarif handelt, sondern weil die Bedeckung nicht wie üblich nur für die normalen Ausgaben erfolgt, sondern auch die grossen Investitionen aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. Mit diesem Vorgang muss endlich gebrochen werden.

Vizebürgermeister Emmerling antwortet eingehend auf die vorgebrachten Beschwerden. Es werden sodann die Anträge der Direktion mit den Stimmen der Mehrheit angenommen und die von der Minderheit gestellten Abänderungsanträge abgelehnt.

Vizebürgermeister Emmerling referiert dann über die Tarif und Verkehrsänderungen im Autobusverkehr.

G.R.Doppler(chr. soz.) erklärt, dass auch der neue Tarif zu hoch sei. Wenn sich drei Leute heute ein Autotaxi nehmen, kommen sie billiger weg, als im Autobus, ohne lange auf einen Wagen warten zu müssen. Er verlangt neue Linien, wie überhaupt eine Ausgestaltung des Autobusverkehrs zu erträglichen Fahrpreisen.

Die Anträge des Referenten werden angenommen. Der neue Tarif tritt am 20. Oktober in Kraft.

Bürgermeister Seitz schliesst um 1/2 12 Uhr nachts die Sitzung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 17. Oktober 1925

Keine neuen Verkaufstände auf den Strassen. Mit Rücksicht auf die vielen Verkaufstände auf den Strassen und den stets zunehmenden Verkehr, der ein möglichstes Freihalten der Strassen erfordert, können neue Bewilligungen für solche Verkaufstände nicht mehr erteilt werden. Der Wiener Magistrat wird daher alle Ansuchen um solche Verkaufstände ausnahmslos abweisen, weshalb die Ueberreichung von Gesuchen zwecklos ist.

Wegsperre in Döbling. Da der Obkirchersteg in Döbling instandgesetzt wird, muss auch der Feldweg zwischen Hartäcker- und Krottenbacherstrasse im Zug der verlängerten Obkirchergasse auf die Dauer von etwa vier Wochen gesperrt werden. Als nächstgelegene Verbindung der beiden Strassen kann der Feldweg im Zug der Hochschulstrasse benützt werden.

Freie Arztstelle in einem städtischen Kinderspital. Im Leopoldstädter Kinderspital der Gemeinde Wien wird am 15. November die Stelle eines Assistenzarztes besetzt. Gesuche um diese Stelle sind bis spätestens 1. November an die Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten zu richten und müssen mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen versehen sein. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel von einem Schilling und zwei städtischen Kanzleitaxmarken von je fünfzig Groschen zu versehen.

Eine Feier der ehemaligen Pfleglinge der Lehrlingserholungsheime. Sonntag, den 25. Oktober um 9 Uhr vormittags ist im Saal der Krankenkassen 6. Königseggasse 10, eine Wiedersehensfeier der ehemaligen Pfleglinge der Erholungsheime Wieselburg an der Erlauf, Schloss Neulengbach, Grödig bei Salzburg, Fischau an der Schneebergbahn, Bruck an der Leitha und Gobelsburg.

Änderungen im Autobusverkehr. Von Dienstag an, wird die Linie Schwedenplatz-Oper bis zur Stadtbahnstation Karlsplatz verlängert. Im Nachtverkehr gelten von Dienstag an auf allen Linien folgende Teilstreckengrenzen: Stefansplatz, Ring oder Kai, Gürtel, Winkelmannstrasse (Linie Hietzing). Der Fahrpreis für eine Teilstrecke beträgt für einen am Wagen gelösten Fahrschein zwanzig Groschen und für Vorverkaufsfahrscheine, die nur zu mindestens fünf Stück abgegeben werden, achzehn Groschen für ein Stück. Gleichzeitig wird auch die Autobus-Nachtlinie Stefansplatz-Hernals bis zur Wattgasse verlängert und die Linie Praterstern-Südbahnhof über die Favoritenstrasse geführt.

E i n l a d u n g

zur Besichtigung des

Kriegerdenkmals auf dem Zentralfriedhof

am Mittwoch, den 28. Oktober 1925. Bildhauer Professor Hanak wird die Führung übernehmen. Die Herren Kollegen werden gebeten pünktlich um 11 Uhr beim Haupteingang in das Neue Wiener Rathaus (Michtenfelsgasse) zu sein, wo Kraftwagen bereitstehen, die alle Teilnehmer zu dem bereits aufgestellten Denkmal auf dem Zentralfriedhof bringen werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 17. Oktober 1925. Zweite Ausgabe

Die Wirksamkeit des Wiener Stadtschulrates.

In diesem Schuljahr um 26.440 Schulkinder weniger!

In der Vollversammlung des Stadtschulrates für Wien berichtete der geschäftsführende Präsident Abgeordneter Glückel eingehend über die Arbeit des Stadtschulrates während des Schuljahres 1924/25 und teilte auch die Zahlen über den Schulbesuch im laufenden Schuljahr mit. Dem Wiener Stadtschulrat sind alle Schulen Wiens mit Ausnahme der Hochschulen und einiger weniger dem Handelsministerium unmittelbar unterstellten Fachschulen sowie der Bundeserziehungsanstalten überantwortet. Im vergangenen Schuljahr waren dies 1633 Schulanstalten mit 7121 Klassen, 220.571 Schülern und 11.711 Lehrpersonen. Die Wiener Volks- und Bürgerschulen wurden von 78.096 Knaben und 77.177 Mädchen, zusammen 155.273 Kinder besucht. 354 Kinder erhielten häuslichen Privatunterricht.

Auch heuer ist die Wirkung des Krieges auf die Zahl der Schulkinder wahrzunehmen. Wohl ist die Zahl der Schulkinder in der ersten Volksschulklasse um 5020 gestiegen - eine Folge des Geburtenzuwachses im Jahre 1919, dem ersten Nachkriegsjahr - aber das Gesamtbild ist noch immer erschreckend. In diesem Schuljahr wurden nämlich nur 128.833 Schulkinder gezählt, so dass gegenüber dem Schuljahr 1924/25 ein weiterer Rückgang um 26.440 Schulkinder zu verzeichnen ist! Da am 30. Juni 1914 die Zahl der Schulkinder an den städtischen Volks- und Bürgerschulen 226.583 war, so hat Wien heuer um 97.750 Schulkinder weniger als im Frieden!

Von den 128.833 Schulkindern, die heuer gezählt wurden, sind 76.558 Volks- und 44.900 Bürgerschüler. In der Volksschule überwiegt die Zahl der Knaben; den 38.608 Knaben stehen nämlich nur 37.950 Mädchen gegenüber. In der Bürgerschule ist das Verhältnis umgekehrt; hier stehen den 21.115 Knaben, 23.785 Mädchen gegenüber. Tschechische Schulkinder gibt es heuer 2261, die Hilfsschulen besuchen 1823, die Schulen für Schwerhörige 201, für Sprachkranke 99, für Taubstumme 55 und für Sehschwache 34 Kinder. An den sechs Allgemeinen Mittelschulen werden 1443 Knaben und 1459 Mädchen unterrichtet. Die Zahl aller Schulen ist heuer 561, die unter 477 Leitungen stehen.

Interessant sind die Mitteilungen, die Präsident Glückel über die unentgeltliche Beistellung der Lernmittel an sämtliche Schulkinder machte. Es wurden im abgelaufenen Schuljahr an Klassenlektüre 531.000 Stück, an Lehrtexten 168.000 Stück und an Lehrmitteln 26.282 Stück den Schulen zum Unterrichtsgebrauch beigelegt. Die Lehrmittel allein verursachten der Gemeinde Wien eine Ausgabe von 181.000 Schilling. Für Lehr- und Lernmittel wurden 1.774.800 Schilling ausgegeben. In den Schulen sind 214 Skioptikonapparate mit rund 18.000 Lichtbildern vorhanden, die von 253 Schulen benutzt werden.

Die Versuche mit dem Lehrplan und der Organisationsform der Allgemeinen Mittelschule wurden im Schuljahr 1922/23 an sechs Wiener Schulen begonnen. Diese Allgemeine Mittelschule soll die einheitliche Pflichtschule für alle Kinder des fünften bis achten Schuljahres werden und somit die Aufgabenkreise der heutigen Bürgerschule und der bestehenden Untermittelschule in sich vereinigen. Die bisher gemachten Erfahrungen sind durchaus günstig und lassen mit Sicherheit erwarten, dass die Allgemeinen Mittelschulen auch bei Ausdehnung auf ein grösseres Gebiet ihren grossen pädagogischen und sozialen Aufgaben gerecht werden können.

Für Schulkinder, die längere Zeit (länger als vierzehn Tage) dem Unterricht ferngeblieben sind, ist ein eigener Nachholunterricht eingerichtet. Nachholstunden sind in der Regel von den Lehrern der zurückgebliebenen Schulkinder zu erteilen und zwar nie vor dem Vormittagsunterricht und nur in begründeten Ausnahmefällen in unmittelbarem Anschluss an den stundenplanmässigen Vormittagsunterricht. Gegen 30.000 Schulkinder erhielten im abgelaufenen Schuljahr Nachholunterricht. Der starke Rückgang der Kompetenten ist auf diesen Nachholunterricht zurückzuführen.

Der Ausbau des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien, das im Wintersemester von 2820 und im Sommersemester von 1828 Lehrpersonen besucht worden ist, schreitet ständig vorwärts. Ebenso der Ausbau der Pädagogischen Zentralbücherei und des Pädagogischen Mittelschullehrerseminars.

Schliesslich würdigte Präsident Glückel in anerkennenden Worten die gewaltige Arbeit der Elternvereine, ohne die sich heute das Wiener Schulwesen kaum mehr vorstellen lässt. In den 460 Elternvereinen an den Volks- und Bürgerschulen wirkten im Schuljahr 1924/25 nicht weniger als 6634 Eltern und 2229 Lehrpersonen als Elternräte oder Lehrervertreter mit. An den Veranstaltungen der Elternvereine nahmen rund 600.000 Erwachsene teil.

Der Bericht, der so viel Interessant über das Wiener Schulwesen aufzeigte, wurde genehmigt.

Keine Sitzung des Wiener Gemeinderates. In der kommenden Woche halten Stadtsenat und Gemeinderat keine Sitzungen ab.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 19. Oktober 1925

Die Elektrisierung der Wiener Stadtbahn vollendet.

Eröffnungsfeier der Donaukanallinie.

Heute vormittags eröffnete Bürgermeister Seitz die letzte Teilstrecke der Wiener elektrischen Stadtbahn, die Donaukanallinie. Die Feier war in der Station Brigittabrücke der neuen Linie, wo sich eine grosse Zahl von Gästen eingefunden hatten. Es waren erschienen: Bundespräsident Dr. Hainisch, Vizekanzler Dr. Waber, Polizeipräsident Dr. Schober, Landtagspräsident Landesrat Falme, Dr. Danneberg, viele amtsführende Stadträte und die meisten Gemeinderäte, Bezirksvorsteher Schober, Generaldirektor der Bundesbahnen Dr. Maschát mit dem Generaldirektorstellvertreter Dr. Steyrer, die Direktoren Sektionschef Ingenieur Dittes und Ingenieur Taussig, die Bundesbahndirektoren Dr. Huber und Dr. Wirth, Direktor Ingenieur Spängler, Stadtbaudirektor Ingenieur Musil, die leitenden Beamten der Strassenbahndirektion und des Magistrats. In der Station war eine in den Farben der Stadt Wien geschmückte Tribüne aufgestellt, von der aus der amtsführende Stadtrat für die städtischen Unternehmungen Vizebürgermeister Emmerling, die Gäste herzlich begrüßte und darauf verwies, dass nun, viereinhalb Monate nach der Eröffnung der ersten Teilstrecke, der letzte Teil der Stadtbahn elektrisiert sei und damit ein neues rasches Verkehrsmittel der Wiener Bevölkerung gegeben werde. Durch die Eingliederung der Stadtbahn in das Netz der Strassenbahn werde sich dieses Verkehrsmittel sicherlich schnell einbürgern und dadurch immerhin eine gewisse Entlastung des Strassenbahnbetriebes erreicht werden. Vizebürgermeister Emmerling dankt allen Mitarbeitern an dem grossen Werk und bittet den Bürgermeister die Anlage zu eröffnen. (Beifall)

Bürgermeister Seitz lebhaft begrüßt: Allein die Tatsache, dass der erste Repräsentant der Republik bei der Eröffnungsfeier erschienen ist, dass ^{wir} Vertreter der Regierung und des Landes Niederösterreich begrüßen können, ist ein Beweis für das grosse Interesse, das die Bevölkerung an der Stadtbahn nimmt.

Es war der Gemeindeverwaltung nicht leicht, das was der Krieg verwüstet hatte, wiederherzustellen und auch die alte Stadtbahn neu zu beleben. Nun ist dieses Werk vollendet, die Stadtbahn elektrifiziert und in den allgemeinen Verkehr einbezogen.

Freilich sind wir uns auch darüber klar, dass die elektrische Stadtbahn dem Wiener Verkehr keine dauernde Entlastung bringen wird. Aber es galt zu entscheiden, ob die Stadt Wien in der ^{finanziellen} Lage ist, unter den heutigen/Verhältnissen zur endgültigen Lösung des Problems eine Untergrundbahn zu bauen. Leider sind wir noch nicht so weit, weshalb die Stadtbahn in Betrieb gesetzt werden musste. Die Stadtbahn ist da, wir haben sie elektrifiziert. Sie mag ihre Mängel haben und es ist ja bekannt, dass die Wiener nicht gern Treppen steigen um in die Station zu kommen, dass sie nicht einige Minuten warten wollen, trotzdem sie wissen, dass dann die Fahrt schneller geht. Das liegt schon im Wesen unseres Volkes.

Wenn wir aber nunmehr den letzten Schritt getan und die Stadtbahn einbezogen haben in das grosse Netz der Wiener Strassenbahn, wenn an Stelle der russigen Lokomotiven die reinen elektrisch

betriebenen Züge fahren werden, wenn der Umsteigerverkehr schrankenlos wird, so dass man Stadtbahn- und Strassenbahnfahrt mit einer Karte kombinieren kann, dann ist zu hoffen, dass sich dieses neue städtische Verkehrsmittel doch die Sympatien der Wiener erwerben wird. Wir hoffen, dass die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise überwunden wird, dass Wiens Gewerbe, Handel und Industrie wieder zur Blüte kommen und wir dann in der Lage sind, durch eine zielsichere Verkehrspolitik schliesslich auch den weitgehendsten Bedürfnissen Genüge leisten zu können. (Lebhafter Beifall) Mit einem herzlichem Dank an die Ingenieure, Beamten und Arbeiter, die in mühevoller Arbeit dieses Werk geschaffen und an die Generaldirektion der Bundesbahnen, die durch ihre loyale Haltung es ermöglicht hat, dass die Elektrifizierung rasch erfolgen konnte, erklärte der Bürgermeister die neue Linie für eröffnet.

Die Gäste fuhren dann die neue Strecke bis Heiligenstadt, wo sie die dortigen Anlagen besichtigten. Morgen um fünf Uhr früh wird der allgemeine Verkehr auch auf dieser Linie aufgenommen.

Wie kann man Stadtbahn und Strassenbahn benützen?

Einige Beispiele für das Umsteigen.

Da nun die Stadtbahn einen Bestandteil der Strassenbahn bildet und auch die Fahrpreise ganz gleich sind, ^{ist} es wichtig etwas über die Umsteigemöglichkeiten orientiert zu sein. Einige Beispiele mögen die Vorteile dieses Umsteigerverkehrs aufzeigen. Fahrt von Mauer zum Stephansplatz: Man fährt von Mauer nach Hietzing mit der Strassenbahnlinie 60, von Hietzing zum Karlsplatz mit der Stadtbahn, von dort zum Stephansplatz mit dem Kraftstellwagen. Fahrt von Nussdorf zum Stephansplatz: Man fährt von Nussdorf mit der Strassenbahnlinie 36 bis zur Stadtbahnhaltestelle Heiligenstadt, von Heiligenstadt bis Schwedenplatz mit der Stadtbahn, vom Schwedenplatz bis Stephansplatz mit dem Kraftstellwagen. Fahrt vom Strassenbahnhof Hernals nach Altmannsdorf: Man fährt vom Bahnhof Hernals bis zum Gürtel mit der Strassenbahn, von der Stadtbahnhaltestelle Alserstrasse bis Meidling Hauptstrasse mit der Stadtbahn, von dort bis Altmannsdorf mit der Strassenbahnlinie 8 und dann 62. Fahrt von Gross-Jedlersdorf nach Simmering: Man fährt von Gross-Jedlersdorf bis zur Augartenbrücke mit der Strassenbahnlinie 31, von der Stadtbahnhaltestelle Schottenring bis Haltestelle Karlsplatz mit der Stadtbahn, von dort mit den Strassenbahnlinien 2 und 71 bis Zentralfriedhof drittes Tor. Von Leopoldau zur Philadelphiabrücke: Man fährt von Leopoldau bis zur Augartenbrücke mit den Strassenbahnlinien 117 und 31, von der Stadtbahnhaltestelle Schottenring bis Meidling Hauptstrasse, von dort mit der Linie 8 zur Philadelphiabrücke. Fahrt von Erdberg nach Oberdöbling: Man fährt mit der Strassenbahnlinie J bis zum Hauptzollamt, vom Hauptzollamt mit der Stadtbahnlinie DG bis Nussdorferstrasse und mit den Strassenbahnlinien 38 oder 39 nach Oberdöbling. Fahrt von Ottakring auf den Quellenplatz: Man fährt von Ottakring mit der Strassenbahnlinie J bis zum Gürtel, von der Stadtbahnhaltestelle Josefstädterstrasse mit der Linie 18 G bis zum Matzleinsdorferplatz und von dort mit der Linie 6 bis Quellenplatz.

Der Zeitgewinn an reiner Fahrzeit gegenüber der Strassenbahn allein beträgt zehn bis zwanzig Minuten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 20. Oktober 1925

Merkblätter für Schulentlassene. Die Wiener Arbeiterkammer gibt auch heuer „Merkblätter für Schulentlassene und deren Eltern“ heraus. In leichtverständlicher Weise werden alle Fragen, die das Lehrverhältnis betreffen, besprochen und hierbei folgende Kapitel behandelt: Berufsberatung, Probezeit, Abschluss des Lehrvertrages, Lehrzeit, Pflichten des Lehrlings, Pflichten des Lehrherren, Arbeitszeit, Vorbereitungs- und Reinigungsarbeiten, Nacharbeit, Sonntagsarbeit, Urlaub, Lehrlingsentschädigung, Fortbildungsschule, Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung, Auflösung des Lehrverhältnisses und Erlöschen des Lehrvertrages, Auflösung durch gegenseitiges Uebereinkommen, Auflösung des Lehrverhältnisses durch vierzehntägige Kündigung durch den Lehrling, vorzeitige Auflösung des Lehrverhältnisses bei Vorwalten gesetzlicher Gründe, Erlöschen des Lehrvertrages, Zeugnis, Lehrbrief, Gesellenbrief, Fortsetzung der Lehre, Ahndung bei Gesetzesübertretungen. Die Merkblätter enthalten auch ein Verzeichnis der Lehrlingsberatungsstellen der österreichischen Arbeiterkammern und der österreichischen Berufsberatungämter sowie den Text des von der Wiener Arbeiterkammer herausgegebenen Musterlehrvertrages. Bestellungen auf Merkblätter sind zu richten an die Lehrlingsschutzstelle der Wiener Arbeiterkammer, I. Bezirk, Ebendorferstrasse Nr. 7. Die Merkblätter werden kostenlos abgegeben.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Speiser den Ehepaaren Johann und Maria Magdalena Kostial, Petrusgasse 11, Adalbert und Justine Markuzi, Gymnasiumstrasse 1 und Julius und Karoline Meixner, Kirchstetterngasse 45, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Wer hat hundert Millionen Kronen gewonnen? Am 1. Juli war die Ziehung der Prioritätsobligationen zweiter Emission der Wasserkraftwerke-Aktiengesellschaft. Der Treffer von hundert Millionen Kronen fiel auf Nummer 36.522, Serie 136. Obwohl die Tageszeitungen diese Nummer mitteilten, hat sich der Gewinner bis heute noch nicht gemeldet. Bei Vorweisung der gezogenen Obligation wird der Treffer an der Kassa der Wasserkraftwerke-Aktiengesellschaft in Wien I. Löwelstrasse 18 ausbezahlt.

Freie städtische Arztstelle. Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz wird am 1. Dezember die Stelle eines Assistenzarztes an dem Institut für physikalische Therapie besetzt. Gesuche um diese Stelle sind mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen bis spätestens 15. November an die Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Wiener Rathaus zu senden. Die Gesuche müssen ausser dem Binschilling-Bundesstempel noch zwei städtische Kanzleitaxmarken von je fünfzig Groschen aufweisen.

Erweiterung städtischer Volksbäder. Vom 3. November an wird im städtischen Floridsdorferbad das Dampfbad für Frauen und das Wannenbad auch an Dienstagen von ein Uhr mittag bis sieben Uhr abend geöffnet sein. Am 4. November wird im städtischen Volksbad in der Hütteldorferstrasse 136, ein Wannenbad mit vierzehn Kabinen eröffnet werden. Der Preis eines Wannenbades ist S1'20 mit Wäsche und S 1'10 ohne Wäsche.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 20. Oktober 1925. Zweite Ausgabe.

.....
Starker Verkehr auf der elektrischen Stadtbahn. Heute, am ersten Tag des unbeschränkten Umsteigverkehrs von der Stadtbahn auf die Strassenbahn und umgekehrt, konnte eine überaus starke Zunahme des Verkehrs auf der Stadtbahn festgestellt werden. Insbesondere auf der zum erstemal befahrenen Donaukanallinie herrschte ziemlicher Andrang. Sehr gut bewährt sich auch die Stadtbahnlinie 180, die bei der Stadtbahnstation Gumpendorferstrasse das Gleise der Stadtbahn verlässt und auf die Strassenbahn übergeleitet wird, wo sie bis zum Ostbahnhof führt. Die leitenden Funktionäre der Strassenbahn waren heute tagsüber auf den Stadtbahnstrecken, um sich von der klaglosen Abwicklung des Verkehrs zu überzeugen. Vizebürgermeister Emmerling nahm als amtsführender Stadtrat für die städtischen Unternehmungen die neuen Signalanlagen und anderen Technischen Einrichtungen in Augenschein. Es muss festgestellt werden, dass auch die Benützung der Strassenbahn am ersten Tag des neuen Tarifs normal war.

.....
Die Wochenkarten gelten auch auf der Stadtbahn! Die neuen Preise für die Wochenkarten werden erst am Montag wirksam. Die Wochenkarten, die für die laufende Woche gekauft worden sind, gelten ohne jede Aufzahlung auch für die Gürtellinie der Wiener elektrischen Stadtbahn.

.....
Eröffnung der städtischen Johann Strauss Gedächtnisausstellung. Bürgermeister Seitz hat die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse zu der am Samstag, den 24. Oktober um 12 Uhr mittags stattfindenden Eröffnung der Johann Strauss Gedächtnisausstellung der Gemeinde Wien eingeladen. Die Ausstellung ist im Neuen Rathaus, die Eröffnungsfeier findet im Sitzungssaal des Stadtsenates statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 21-Oktober 1925

Keine Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Morgen Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei antsführenden Stadtrat Siegel.

Freie städtische Arztstelle. Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz wird am 1. Dezember die Stelle eines Assistenzarztes an der zweiten medizinischen Abteilung (Tuberkuloseabteilung) besetzt. Gesuche um diese Stelle sind mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen bis spätestens 10. November an die Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Wiener Rathaus zu richten. Diese Gesuche sind mit einem Einschillingstempel und zwei städtischen Kanzleimarken von je fünfzig Groschen zu versehen.

Johann Straussfeier der Stadt Wien. Die Gemeinde Wien veranstaltet zum hundertsten Geburtstag Johann Strausses im neuen Wiener Rathaus eine Gedächtnisausstellung, die Bürgermeister Seitz am Samstag um 12 Uhr mittags eröffnen wird. Vor dem Rathaus werden am Samstag um 14 Uhr nachmittags zweihundert Sänger der „Freien Typographia“ Lieder von Johann Strauss vortragen und Musikkapellen unter Leitung des Chormeisters Professors Schoof ein Johann Strausskonzert veranstalten. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass am Samstag und Sonntag von sechs Uhr abends bis elf Uhr nachts das Johann Straussdenkmal im Stadtpark von Scheinwerfern beleuchtet wird.

EINLADUNG

Die Direktion der Städtischen Sammlungen erlaubt sich die geehrte Redaktion zu der

Samstag, den 24. Oktober 1925 um 10 Uhr vormittags stattfindenden

Pressebesichtigung der Johann Strauss-Gedächtnis-
Ausstellung

einzuladen, die in den Räumen der dritten Abteilung des Historischen Museums der Stadt Wien (Neues Rathaus, Felderstrasse, Feststiege 2) eröffnet wird.

„Das neue Wien“. Die Rathauskorrespondenz ersucht uns festzustellen, dass das in Vorbereitung befindliche Städtewerk „Das neue Wien“ die einzige zusammenfassende Publikation über die in Wien seit dem Jahre 1919 geleistete Aufbauarbeit darstellen wird, an der die Gemeinde Wien offiziell mitwirkt. Die mit der Führung aller mit dem Werk zusammenhängenden Agenden betraute Geschäftsstelle befindet sich in Wien, VIII. Josefstädterstrasse 29.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 22. Oktober 1925

.....

Die Wahlen in die Elternvereinigungen. Am Dienstag wurde in der Sitzung der pädagogischen Abteilung für das Volksschulwesen im Stadtschulrat für Wien von christlichsozialer Seite ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der eine Abänderung der vom Stadtschulrat hinausgegebenen Leitsätze in der Richtung fordert, dass die Wahlen in die Elternvereinigungen als geheime und direkte Wahlen mittels Stimmzettel nach dem Proporz vorzunehmen sind. Der Antrag wurde damit begründet, dass dadurch eine Gewähr für einen ruhigeren Verlauf der Elternratswahlen gegeben würde. In der Debatte über diesen Antrag wurde darauf verwiesen, dass sich sowohl im Vorjahr wie auch bis zu dem jetzigen Zeitpunkt die Wahlen mit ganz verschwindenden Ausnahmen reibungslos und ohne jede Störung vollzogen haben. Es ist also kein unmittelbarer Anlass gegeben hier einzugreifen, schon aus dem Grund, weil der Stadtschulrat möglichst vermeidet die Autonomie der Vereine zu beeinträchtigen. Sollte ein Verein aus eigener Initiative den Wahlvorgang zu ändern wünschen, so wird der Stadtschulrat dagegen keine Einwendung erheben. Die Schulbehörde legt den grössten Wert darauf, dass innerhalb der Elternvereinigungen jede parteipolitische Betätigung ausgeschaltet wird. In diesem Sinne hat auch der Stadtschulrat entschieden.

.....

Ein Ehrengrab für den Maler Angeli. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass die Gemeinde Wien für den am Dienstag verstorbenen berühmten Porträtisten Heinrich Angeli ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof widmet.

.....

Johann Strauss-Konzert vor dem Rathaus. Die Gemeinde Wien veranstaltet am Samstag um $\frac{1}{4}$ Uhr nachmittags vor dem Rathaus ein Johann Strausskonzert. Dirigent Professor Schoof. Anschliessend an das Konzert werden zweihundert Sängern der „Freien Typographia“ Lieder von Johann Strauss vortragen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 23. Oktober 1925

Radio im Dienste der Feuerwehr. Seit längerer Zeit werden bei der Wiener städtischen Feuerwehr Studien und Versuche zur Anwendung der Radiotelegraphie und Radiotelephonie gemacht. Es handelt sich dabei insbesondere darum, dass die Zentrale eine Verbindung mit dem Brandplatz oder mit den auf dem Weg zum Brandplatz befindlichen Abteilungen bekommen kann. Diese Versuche sind nun bereits so weit vorgeschritten, dass der Gemeinderatsausschuss für all gemeine Verwaltungsangelegenheiten am Mittwoch beschlossen hat, fünf aufklappbare und ausschiebbar Sendeantennen für Telegraphie für die Mannschaftswagen zu bestellen. Die Versuche zur Einführung der Radiotelephonie werden in der Feuerwehrzentral Am Hof fortgesetzt.

Städtische Mutterhilfe für mittellose Frauen. Der Wiener Gemeinderat hat in der vergangenen Woche auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Fandler beschlossen, die städtische Mutterhilfe für mittellose Frauen weiter auszugestalten und den Gemeindebeitrag zu verdoppeln. Die Gemeinde Wien gewährt nun in Wien wohnhaften Frauen, die mittellos sind und auf keine Krankenkassenhilfe Anspruch haben, nach der Niederkunft durch vier Wochen eine Mutterhilfe von gegenwärtig zehn Schilling wöchentlich, zusammen also vierzig Schilling. Frauen, die sich um diese Mutterhilfe bewerben, haben sich spätestens im vierten Monat der Schwangerschaft beim städtischen Bezirksjugendant ihres Wohnsprengels, zwischen acht Uhr früh und drei Uhr nachmittags, zu melden. Die angemeldeten Frauen werden durch das Bezirksjugendant einer fachärztlichen Untersuchung zugeführt und wenn diese Untersuchung positiv ausfällt, erhalten sie unentgeltliche fachärztliche Behandlung. Nach der Niederkunft müssen sich die Frauen mit dem Neugeborenen zu einer ärztlichen Untersuchung bei der Mutterberatungsstelle im Bezirksjugendant melden. An Frauen, die sich rechtzeitig angemeldet und die sich der Untersuchung unterzogen haben, wird bei negativen Befund die Mutterhilfe sofort nach der Vorstellung mit dem Säugling angewiesen. Während der Schwangerschaft erhalten die Frauen auch rechtlichen und wirtschaftlichen Rat. Die Anmeldestellen sind für die Leopoldstadt in der Karmelitergasse Nr. 9, für die Landstrasse und für Simmering in der Landstrasse Hauptstrasse Nr. 96, für Wieden, Margareten und Mariahilf in der Siebenbrunnengasse 78, für die Innere Stadt, Neubau, Josefstadt und Alsergrund in der Laudongasse Nr. 8, für Favoriten in der Laxenburgerstrasse 47, für Meidling in der Hauptstrasse Nr. 2, für Hietzing in der Eduard Kleingasse Nr. 2, für Rudolfsheim und Fünfhaus in der Gassgasse Nr. 6, für Ottakring in der Arneithgasse Nr. 84, für Hernals und Währing in der Kalvarienberggasse Nr. 29, für Döbling in der Hofzeile Nr. 15, für die Brigittenua in der Dammstrasse Nr. 35 und für Floridsdorf in der Brünnerstrasse Nr. 29.

Johann Strauss-Konzert vor dem Rathaus. Morgen Samstag um 12 Uhr mittag wird Bürgermeister Seitz, die von der Gemeinde Wien in den städtischen Sammlungen veranstaltete Johann Strauss-Gedächtnisausstellung eröffnen. Um 14 Uhr nachmittags werden zweihundert Sänger der Freien Typographia vor dem Rathaus Lieder von Johann Strauss vortragen; daran schliessen sich Musikvorträge unter Leitung des Chorleiters Professors Schoof.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 24. Oktober 1925

Die Johann Strauss-Gedächtnisausstellung der Stadt Wien.

Feierliche Eröffnung durch den Bürgermeister.

In Sitzungssaal des Stadtsenats im Wiener Rathaus wurde heute mittags die von der Gemeinde veranstaltete Johann Strauss-Gedächtnisausstellung eröffnet. Zu dieser Feier waren Bürgermeister Seitz samt Frau, Präsident Eldersch, Bundesminister Dr. Resch, Polizeipräsident Dr. Schober, Landeshauptmannstellvertreter Christoph und Landesrat Palme, Vizebürgermeister Hummerling mit den amtsführenden Stadträten, viele Nationalräte, Bundesräte und Gemeinderäte erschienen. Der Einladung des Bürgermeisters hatten auch die Witwe von Johann Strauss und viele Verwandte entsprochen.

Die Feier wurde mit einer kurzen Ansprache des Direktors der städtischen Sammlungen Dr. Reuther eingeleitet, der das Wirken des Meisters würdigte, die Ausstellung erläuterte und den Bürgermeister ersuchte, sie zu eröffnen.

Bürgermeister Seitz sagte: Wien schickt sich an, wieder einen seiner Meister im Reich der Töne zu feiern. Nicht nur in der Art, dass in jedem Heim seine Töne erklingen, nicht nur auf den Bühnen und in den Konzertsälen, nicht nur durch Veranstaltungen auf den grossen Plätzen seiner Vaterstadt. Wir wollen auch denen, die die Dinge etwas tiefer betrachten, die nicht nur geniessen wollen, Einblick geben in die Musikgeschichte dieser Stadt und manches vorführen, das sie zu ernstem Studium veranlasst.

Gewöhnlich nimmt der Wiener die Musik etwas leicht. Unsere Ausstellung soll den Massen des Volkes mehr sein; sie soll ihnen Gelegenheit geben, ein Stück Wiener Kunst- und Musikgeschichte kennen zu lernen. Wir haben vor kurzem eine Beethoven- und Brucknerausstellung veranstaltet, denen wir nun eine Ausstellung anfügen, zum Gedächtnis unseres unvergesslichen Johann Strauss.

Es ist mir als Bürgermeister dieser Stadt ein Bedürfnis den Volksempfinden Ausdruck zu geben, wenn ich sage, dass wir diesem grossen Meister danken, ihm, dem es gelungen ist, so recht das Wesen des Wieners zum Ausdruck zu bringen. Das danken wir ihm und sagen es stets aufs neue.

Johann Strauss hat auch der Welt viel geschenkt. Wenn man weit draussen in der Welt ist und plötzlich eine Melodie von Strauss hört, da wird dem Wiener warm ums Herz, da erscheint ihm der Kahlenberg im Herbstbraun, die lachenden, sonnigen Gefilde des Nussberges, da tauchen Grinzing, Sievring und Alsegg auf, man fühlt die Luft des Stephanstumes und hört das Rauschen der Donau, das ist Wienertum, wie es lebt und leidet. Johann Strauss hat es mit seinen Melodien verklärt, mit seinen Klängen verwebt. (Zustimmung)

Die Stadt Wien feiert ihn heute in der bescheidenen Art, die durch die allgemeinen Verhältnisse gegeben ist. Aber deshalb nicht weniger innig und herzlich. Namens der Stadt danke ich allen, die unsere Johann Strauss-Gedächtnis-Ausstellung durch Leihgaben bereichert haben. Vor allen der Frau, die ihm das Leben verschönt hat, die an seiner Seite gestanden ist in guten und bösen Tagen und seine Muse nicht selten beschwingt haben mag. Wir danken Frau Adele Strauss dafür, dass sie uns aus ihrem reichen Erinnerungsschatz so wertvolle Stücke überlassen hat. Wir danken dem Herrn Direktor Reuther und seinen Mitarbeitern für die Mühe, mit der sie sich dieser schönen Sache gewidmet haben. Möge die Ausstellung abermals den Beweis erbringen,

dass Wien nicht nur allein lebt durch seine Volkswirtschaft, sondern auch als Stätte der Wissenschaft und vor allen volkstümlicher und ernster Musik. Ich erkläre die Ausstellung für eröffnet (Beifall).

Die Gäste besichtigten dann die Ausstellung, die in den Räumen des Historischen Museums der Stadt Wien im Rathaus untergebracht ist. Die Ausstellung ein Werk des Direktors Reuther, der dabei von seinen Mitarbeitern Dr. Biberhofer, Dr. Orel und Dr. Mück tatkräftig unterstützt wurde, wurde mit wertvollen Leihgaben bedacht, von denen in erster Linie zu nennen ist die Sammlung der Witwe des Meisters, Frau Johann Strauss und ihrer Tochter, Frau Alice Epstein-Strauss, dann die des Präsidenten Josef Simon, der Herren Georg Ekel, Oskar Petras, Professor Fritz Lange, Hofrat C. Danhelowsky, Direktor Theodor Berger, Dr. Otto Boehler, die Lannersammlung des Herrn Ludwig Wegmann, der Wiener Männergesangverein, die Werkstätte für dekorative Kunst u. s. w. Von öffentlichen Instituten stellte die Direktion der Staatsoper und die Gesellschaft der Musikfreunde wertvolle Objekte zur Verfügung. Der erste Teil der Ausstellung gibt einen gedrängten Ueberblick über Lanners Wirken und Leben, dann kommt eine Abteilung, die Johann Strauss (Vater) gewidmet ist und ungemein viel Material enthält. Der grosse Saal ist hauptsächlich den dramatischen Werken von Johann Strauss gewidmet. Diese sind durch die Theaterzettel der Erstaufführungen, durch Photographien der ersten Darsteller, Figurinen, Dekorationsentwürfe, Bilder der Librettisten und vor allem durch die Originalpartituren vertreten. Hervorzuheben ist das Libretto der ersten Operette „Die lustigen Weiber von Wien“, deren Partitur verloren gegangen ist. Erwähnenswert sind die Figurinen und Dekorationsentwürfe zu „Aschenbrödel“ von Heinrich Leffler und zum „Zigeunerbaron“ von K. A. Wilke und H. Leffler. Ein grosser Schrank enthält Originalmanuskripte und Erstdrucke, darunter die Handschriften der Walzer „Neuwien und Grosswien“ sowie der beiden seiner Gattin gewidmeten Werke „Adelenwalzer“ und „Traumbilder“ u. s. w.

Die Ausstellung kann mit Ausnahme von Montag täglich (auch Sonntag) von 9 Uhr früh bis 1 Uhr mittag und Samstag auch von 3 bis 7 Uhr nachmittags besichtigt werden. Eine Eintrittsgebühr wird nicht eingehoben. Eingang Lichtenfelsgasse, Feststiege z.

Das grosse Johann Strauss-Konzert vor dem Rathaus. Zu dem heute um 1/4 Uhr nachmittags vor dem Rathaus von der Gemeinde Wien veranstalteten Johann Strauss-Konzert hatten sich viele tausende Menschen eingefunden, so dass der weite Rathausplatz bald dicht von Zuhörern gefüllt war. Vor dem Hauptturm hatte die Gemeinde ein grosses Podium errichtet, auf dem die Musiker und die Sänger Platz nahmen. Bürgermeister Seitz samt Frau, die meisten Stadträte und viele Gemeinderäte wohnten den Darbietungen bei. Die Musik- und Gesangsvorträge dauerten bis zum Einbruch der Dunkelheit. Die Sänger der Freien Typhographia unter der Leitung des Chormeisters Professor Schoof boten eine mustergiltige Leistung und mussten insbesondere den Donauwalzer mehrmals wiederholen. Stürmischen Beifall fanden die Musikvorträge, lauter ausserlesene Werke von Johann Strauss. Volle zwei Stunden standen die Menschen dichtgedrängt und lauschten in andächtiger Stille den Klängen aus den Werken des grossen Wiener Meisters. Nur langsam leerte sich dann, als es dunkel geworden war, der grosse Platz.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 24. Oktober 1925. Zweite Ausgabe.

.....

Strassenbahnverkehr zum Zentralfriedhof in der Allerseelenwoche. Ausser der Linie 71 werden in der Allerseelenwoche noch folgende Linien zum Zentralfriedhof geführt werden: Am Sonntag, den 25. Oktober während des ganzen Tages die Linien 6 (Geiselbergstrasse), 35 (Porzellangasse), 74 (Landstrasse Hauptstrasse); nur nachmittags die Linie 33 (Klosterneuburgerstrasse). Am Montag den 26. Oktober bis einschliesslich Mittwoch, den 28. Oktober nur nachmittags die Linien 1, 6 und 74. Am Donnerstag den 29. und Freitag, den 30. Oktober während des ganzen Tages die Linien 1, 6 und 74 und nur nachmittags die Linien 33 und 35. Am Samstag den 31. Oktober während des ganzen Tages die Linien 6, 18, 35 und 74, nur nachmittags die Linien 1, 33, 43 (Hernals), 63 (Geiselbergstrasse). Am Sonntag, den 1. November während des ganzen Tages die Linien 1, 6, 13 (Margaretenplatz), 18, 22 (Praterstrasse), 29 (Taborstrasse), 33, 35, 41 (Gersthof), 42 (Kreuzgasse), 43, 46 (Thalstrasse), 63, 74. Am Montag, den 2. November während des ganzen Tages die Linien 6, 18, 33, 35, 74 und nur nachmittags die Linien 1, 22, 42, 43 und 63. Der Verkehr der Linie F wird am 1. November während des ganzen Tages eingestellt und als Ersatz in der Währingerstrasse die Pendellinie 42 (Schottenring-Währingerstrasse-Kreuzgasse) und in der Landstrasse Hauptstrasse die Pendellinie 74 (Wollzeile-Landstrasse-Hauptstrasse-St. Marx beziehungsweise Zentralfriedhof) eingelegt werden. Der Verkehr der Linie 72 (Schechat) wird am 31. Oktober, 1. und 2. November von zwei Uhr nachmittags bis sechs Uhr abends gänzlich eingestellt sein. Die Strassenbahnlinie 18 wird am Sonntag den 1. November vom Ostbahnhof, beziehungsweise vom Zentralfriedhof nur bis zur Gleisschleife auf dem Hernalsergürtel nächst der Neulerchenfelderstrasse geführt werden.

.....

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat versammelt sich am Freitag um 5 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 26. Oktober 1925

Starker Verkehr auf der elektrischen Stadtbahn. Der erste Sonntag, an dem das ganze Netz der Wiener elektrischen Stadtbahn in Betrieb war und zugleich auch der Einheitstarif wirksam wurde, brachte der Stadtbahn einen wahren Massenandrang. Nicht zuletzt dürfte auch das prächtige Wetter, das zu Ausflügen in die Umgebung der Stadt lockte, diesen starken Verkehr beeinflusst haben. Besonders hergehoben muss die hohe Frequenz der Einschleifungslinie 186 (Ostbahnhof-Heiligenstadt) werden. Sehr wichtig hat sich die neue Umkehrstelle in Hietzing erwiesen, die bei der Rückfahrt den dortigen Andrang auf die Stadtbahnzüge klaglos bewältigen konnte. Auch der Verkehr auf den Zentralfriedhof war am Sonntag sehr stark. Auf der Stadtbahn wurde der Verkehr verdichtet und es wickelte sich der Betrieb auf allen Linien ohne Störungen anstandslos ab.

Reichsdeutsche Anerkennung für die Wiener Feuerwehr. Das Zentralamt der Berliner städtischen Feuerwehr hatte kürzlich einen Baurat und einen Oberbrandmeister zum Studium der Einrichtungen der Wiener städtischen Berufsfeuerwehr nach Wien entsendet. Die beiden Herren haben in der eingehendsten Weise die Anlagen besichtigt. Ueber ihren Eindruck gibt ein Schreiben des Berliner Oberbranddirektors Gemp an den Wiener Branddirektor Ingenieur Wagner Aufschluss. Es heisst in dieser Mitteilung, dass die Herren des Lobes voll sind über die Zweckmässigkeit der Anordnungen der Wiener Feuerwehr und manches davon wird voraussichtlich bei der Berliner Feuerwehr zur Einführung gelangen.

Sperre des Rosenhügelstegs. Wegen Ausbesserungsarbeiten muss der Rosenhügelsteg über die Verbindungsbahn in Meidling vom Mittwoch an für ungefähr zwei Wochen gesperrt werden.

Elektrische Strassenbeleuchtung. Am Montag wurde in Hietzing in der Nieslgasse, Penzingerstrasse, Schlossallee, dem Teil der Mariahilferstrasse neben dem Schönbrunner Vorpark, in Rudolfsheim und Fünfhaus in der Reindorfgasse, Kürnbergergasse, Grimmigasse, Schwendergasse und am Schwendnermarkt und in der Brigittenau in der Oberen Donaustrasse, der Oberen und Unteren Augartenstrasse die neu hergestellte öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung zum ersten Mal in Betrieb gesetzt. Diese Anlagen wurden mit hochkerzigen Glühlampen versehen, wodurch wieder ein Teil wichtiger und verkehrreicher Strassen eine moderne Beleuchtung erhalten.

Johann Strauss-Gedächtnis-Ausstellung im Rathaus. Diese von der Gemeinde Wien veranstaltete Ausstellung ist in den Räumen des Historischen Museums im Neuen Wiener Rathaus untergebracht und vollständig frei zugänglich. Besuchsstunden täglich, ausser Montag, von 9 bis 13 Uhr. Samstag kann die Ausstellung auch von 15 bis 19 Uhr besucht werden. Zugang Felderstrasse, Feststiege 2.

Gemeindesubventionen. Auf Antrag des Gemeinderates Hiess hat der städtische Finanzausschuss am Montag dem Wiener Unterstützungsverein für aus der Haft Entlassene eine Subvention dreitausend Schilling, dem Aquarienverein „Danio“ eine Unterstützung von zweihundert Schilling und der Vereinigung bildender Künstler „Wiener Sezession“ eine Subvention von tausend Schilling gewährt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 27. Oktober 1925

.....
Für die Erhaltung der Mülkerbastei. Wiederholt wurde von Einheimischen und Fremden darüber geklagt, dass die beiden Häuser in der Schreyvogelgasse 8 und 10 stark beschädigte Schauseiten aufweisen. Durch diesen traurigen Zustand der Verwahrlosung wurde dieses schöne Stück Alt-Wien stark beeinträchtigt. Die beiden Häuser gehören dem Stadterweiterungsfonds. Bürgermeister Seitz hat bereits im Februar an den Bundesminister für Handel und Verkehr eine informative Zuschrift gerichtet und zugleich ersucht, dass die beiden Häuser noch in diesem Jahre instandgesetzt werden sollen. Diesem Ersuchen wurde entsprochen und die beiden Häuser bieten nun wieder einem dem Wiener Stadtbild zur Zierde gereichenden Anblick. Interessant ist, dass die Gemeinde Wien seinerzeit beschlossen hat, den Regulierungsplan zu ändern, wenn eines der alten Häuser auf der Mülkerbastei umgebaut werden sollte, damit die Reste der Bastei erhalten bleiben. Darüber wurde im Jahre 1922 ein Wettbewerb veranstaltet. Das Ergebnis dieses Wettbewerbes wird dann entsprechend verwendet werden.

.....
Auflassung von Friedhöfen. Der Wiener Gemeinderat hat am 16. Oktober beschlossen, dass vom 1. Jänner 1926 angefangen, im Hirschetttner und im Leopoldauer Friedhof die Beerdigung von Leichen einzustellen ist.

.....
Die Wiener Erholungsfürsorge. Am Donnerstag um 8 Uhr abends wird der Leiter des Wiener Jugendhilfswerkes, Magistratssekretär Dr. Breunlich, in der Urania einen Lichtbildervortrag über die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung auf dem Gebiet der Erholungsfürsorge halten. Bundespräsident Dr. Hainisch hat sein Erscheinen zugesagt.

.....
Chormeister Professor Schoof-Bürger der Stadt Wien. Der erste Bundeschormeister des Reichsverbandes der Arbeitergesangsvereine Oesterreichs Professor Heinrich Schoof wurde anlässlich der Vollendung seines sechzigsten Lebensjahres vom Wiener Gemeinderat zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Professor Schoof spielte nach Absolvierung des Wiener Konservatoriums im Orchester des Carltheaters und wirkte schon in jungen Jahren am Müdlinger und Klagenfurter Theater als Dirigent. Im Wiener Musikbund entwickelte Schoof ein allseits anerkanntes Wirken. Im Jahre 1896 begann Schoof seine Tätigkeit als Chormeister bei mehreren Gesangsvereinen und seit 1903 wirkt er als Chormeister beim Gesangsverein Freie Typographia. Seiner Führung verdankt diese Vereinigung den grossen Aufschwung der letzten Jahre, der sie würdig an die Seite unserer grossen Wiener Gesangsvereine stellt.

.....
Das Kriegerdenkmal auf dem Zentralfriedhof. Das von der Gemeinde Wien gestiftete Kriegerdenkmal ist nun rechtzeitig fertiggestellt worden. Der Bürgermeister und die Stadträte werden das Denkmal am Mittwoch besichtigen, wozu auch die Vertreter der Presse eingeladen sind. Die feierliche Enthüllung findet am Samstag um 11 Uhr vormittags statt.

Mitteilung!

Zur

Besichtigung des Kriegerdenkmals

wird mitgeteilt, dass sie nicht, wie bereits angekündigt, um 11 Uhr vormittags ist, sondern werden die Herren Kollegen gebeten pünktlich um 11 (ein halb elf Uhr) vormittags morgen Mittwoch, den 28. Oktober beim Haupteingang des Rathauses (Lichtenfelsgasse) sich zu versammeln, wo Kraftwagen bereitstehen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 27. Oktober 1925. Zweite Ausgabe.

Verbote von Zeitschriften. In den letzten Tagen brachten Wiener Blätter die Nachricht, dass einige von der Polizeidirektion gemäss §12 des Pressgesetzes verfasste Verbote der Verbreitung von Zeitschriften vom Bürgermeister als Landeshauptmann im Rekursweg aufgehoben worden seien. Im Anschluss daran folgten auch Erörterungen über die grundsätzliche Frage der Zensur pornographischer Schriften. Hiezu ist zu bemerken:

Nach den Paragraphen 37 und den folgenden des Pressgesetzes sind zu Beschlagnahmen und Verbreitungsverboten der Staatsanwalt und die Gerichte zuständig. Nach §29 des Pressgesetzes wird die Verantwortlichkeit für Handlungen, deren Strafbarkeit in dem Inhalt eines Druckwerkes begründet ist, nach den allgemeinen Strafgesetzen bestimmt. Hiedurch ist zweifellos gesetzlich festgelegt, dass die Verfolgung von Zeitschriften wegen ihres Inhaltes den Gerichten vorbehalten ist. Ihre Verfolgung unter Benützung des §12 des Pressgesetzes würde dem Geist und Sinn dieses Gesetzes widersprechen, weil dieser Paragraph nur Verfügungen zum Schutz der Jugend vorsieht.

Tatsächlich hat die Polizei in der letzten Zeit wieder mehrere Verbote erlassen, die vom Landeshauptmann zum Teil bestätigt wurden, zu anderen Teil jedoch im Rekursweg aufgehoben werden mussten. In zwei Fällen war der Bürgermeister als Landeshauptmann überhaupt nicht in der Lage, in eine Prüfung des Inhalts der Zeitschriften einzugehen, weil dem Rekurs schon wegen der Mängel im Verfahren stattgegeben werden musste. Es waren nämlich diese Verbote in Gegensatz zu einer alten Spruchpraxis des Verwaltungsgerichtshofes lediglich mit dem Wortlaut des Gesetzes: „Gefährdung des sittlichen Wohles der Jugend“ begründet, ohne dass ausgeführt worden wäre, durch welche Tatsachen und Momente diese Gefährdung hervorgerufen werden soll. Da hiedurch dem Rekurswerber die Möglichkeit der Rechtsverteidigung genommen worden war, musste seinen Rekurse schon wegen dieses Mangels, ohne in eine meritatorische Prüfung einzugehen, stattgegeben werden.

Beachtenswert ist auch, dass die gemäss §12 des Pressgesetzes erlassenen Polizeiverfügungen in der letzten Zeit nicht auf Anregung des in Wien allein hiezu berufenen Stadtschulrates oder des städtischen Jugendamtes erfolgt, sondern vom Bundesministerium für Unterricht ausgegangen sind, das jedoch gleichfalls keine Begründung beifügt.

Die Landesbehörde hat daher die nachgeordneten Stellen angewiesen, künftighin ihre Entscheidungen ordnungsgemäss zu begründen.

.....

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 28. Oktober 1925

.....
Keine Typhusgefahr für Wien! Aus Anlass der in Neunkirchen plötzlich aufgetretenen Typhusepidemie fand heute unter dem Vorsitz des städtischen Wohlfahrtsreferenten, amtsführenden Stadtrates Professor Tandler eine Sitzung statt, der Vertreter des städtischen Gesundheitsamtes und Marktamtes beigezogen wurden. Oberstadtphysikus Dr. Böhm berichtete über den augenblicklichen Stand der Typhuserkrankungen in Wien, wobei sich zeigte, dass im Jahre 1925 eine so minimale Steigerung der Typhuserkrankungen vorhanden sei, dass dieselbe fast vollkommen vernachlässigt werden könnte. Der günstige Gesundheitszustand Wiens ist umso erfreulicher, als die Typhuserkrankungen in der näheren und weiteren Umgebung der Stadt stark zugenommen haben. Der grösste Teil aller Typhuskranken in den Wiener Spitalern betrifft Ortsfremde, die entweder schon mit der Diagnose „Typhus“ ins Spital gebracht werden oder kurze Zeit nach ihrer Ankunft in Wien an Typhus erkrankten. Da von den gewöhnlichen Infektionsträgern das Wasser in Wien überhaupt nicht in Betracht kommt, bleibt nur die Kontaktinfektion und die Infektion durch Nahrungs- und Genussmittel. Von der Kontaktinfektion kann fast abgesehen werden, da ja in jedem Fall der Patient in ein Spital gebracht oder entsprechend isoliert wird und ausserdem der Sanitätsdienst der Gemeinde der Weiterverbreitung einer Infektionskrankheit entsprechend begegnen kann. Bei der Infektion durch Lebensmittel kommt in erste Linie die Infektion durch Milch in Betracht. Das Marktamt hat hierzu ausdrücklich festgestellt, dass ihm alle Orte bekannt sind, aus denen Milch nach Wien gebracht wird. Daher ist das Marktamt auch in der Lage gemeinsam mit dem städtischen Gesundheitsamt den Milchbezug aus einem Ort, in dem Typhus ausgebrochen ist, zu unterbinden. In einigen Fällen hat sich dieser Vorgang ganz ausgezeichnet bewährt. Allerdings müssen die Anzeigen über Infektionserkrankungen so rasch als nur möglich dem Marktamt und Gesundheitsamt zukommen. Diesbezügliche Verhandlungen mit dem Volksgesundheitsamt haben eine besondere Beschleunigung des Vorganges möglich gemacht. Die nach Wien kommende Milch rührt hauptsächlich aus Niederösterreich, aus dem Burgenland und aus Südmähren her. Es wird Aufgabe der Regierung sein, mit der tschechoslowakischen Republik ein entsprechendes Uebereinkommen zu schliessen, damit die Infektionserkrankungen in einem Ort der Tschechoslowakei sofort der Gemeinde Wien bekanntgegeben werden. Aber ganz abgesehen von den Leistungen der Behörden im Sinne eines ausgiebigen Epidemieschutzes empfehlen alle Teilnehmer der Konferenz der Bevölkerung Wiens vor allem, sich auf den Genuss gut abgekochter Milch zu beschränken. Es ist zweifellos, dass durch die Abkochung die Infektionsmöglichkeit schwindet. Der grösste Teil der in Wien auf den Markt gebrachten Milch wird ausgiebig pasteurisiert und zwar teils in den Molkereien, teils bei den Grosshändlern, so dass auch diese Gefahr der Infektion durch die Milch auf ein Minimum beschränkt ist. Trotzdem empfiehlt die Konferenz das Abkochen der Milch.

Zu irgendwelcher Beunruhigung ist gewiss gar kein Anlass. Der kontinuierliche strenge Dienst des städtischen Marktamtes und Gesundheitsamtes lassen es als vollkommen ausgeschlossen erscheinen, dass irgendwo innerhalb Wiens eine Typhusepidemie aufflackern könnte.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 29. Oktober 1925

Johann Strauss-Medaille. Die vom Medailleur Josef Tautenhayn geschaffene offizielle Johann Strauss-Medaille wurde im Hauptmünzamt geprägt, und kann dort zum Preis von vier Schilling für ein Stück bezogen werden. Während der von der Gemeinde Wien im Neuen Rathaus veranstalteten Johann Strauss-Gedächtnisfeier ist diese Medaille auch dort zum gleichen Preis erhältlich.

Weitere Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Am Freitag wird in Margareten die neu eingerichtete öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung in der Schönbrunnerstrasse, auf der Wieden in der Pressgasse, Rechten Wienzeile, Margaretenstrasse und Schleifmühlgasse zum ersten Male in Betrieb gesetzt werden.

Der Dornbacher Friedhof wird wiederbelegt. Nach dem 1. Jänner 1926 werden die einfachen Gräber in den Gruppen VII (Nummern 39 bis 86) und VIII (Nummern 39 bis 86) im Dornbacher Friedhof wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern müssen bis längstens 31. Dezember 1925 bei der Magistratsabteilung 12 in Wien I. Rathausstrasse 9 angemeldet werden. Nach dem 1. Jänner 1926 werden die Grabkreuze von diesen Gräbern auf Kosten der Eigentümer abgeräumt. Die Kreuze werden jenen Personen ausgefolgt, die innerhalb eines Jahres ihr Eigentumsrecht nachweisen und die der Gemeinde Wien erwachsenen Abräumkosten ersetzen.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 30. Oktober 1925

Fünfunddreissigtausend Ferienkinder!

Die Arbeit des Wiener Jugendhilfswerkes 1925.

In Anwesenheit des Bundespräsidenten Dr. Hainisch, des Bürgermeisters Seitz, des amtsführenden Stadtrates Professors Dr. Tandler, des Leiters des Volksgesundheitsamtes Dr. Scherer, der Abgeordneten Amalia Seidel, des Sektionschefs Dr. Löwenthal, des Regierungsrates Dr. Lederer, sowie des Präsidenten der Wiener Urania Dr. Kössler, zahlreicher öffentlicher Funktionäre aus Wien-Niederösterreich, Steiermark und dem Burgenlande, Vertretern der Presse und der großen Fürsorgeverbände hielt am Donnerstag im großen Saal der Wiener Urania der Leiter des Wiener Jugendhilfswerkes Magistratssekretär Dr. Franz Breunlich, einen Vortrag über die Leistungen des Wiener Jugendhilfswerkes auf dem Gebiete der Erholungsfürsorge, der von zahlreichen Lichtbildern begleitet war.

Anlässlich seiner Teilnahme am ersten allgemeinen Kinderschutzkongress in Genf konnte der Vortragende feststellen, daß alle europäischen Staaten in der Organisation der Wiener Erholungsfürsorge ein Musterbeispiel der Zusammenarbeit erblicken, das sie leider in ihrem Lande noch nicht erreicht haben. Es ist tatsächlich eine geschlossene Kette aller an diesem Zweig der produktiven Fürsorge interessierten Kreise, die im Wiener Jugendhilfswerk ihre Arbeitsgemeinschaft haben.

Bund und Gemeinde Wien, Krankenkassen und Bundesbahnen, Sparkassen, Elternvereine und die gesamte Wiener Bevölkerung helfen das große Werk schaffen. Geldbeihilfen, Fahrpreisermäßigungen, Vorzugszinsen für die Einleger der ^{Ferialspar-}einrichtung, Geb.äude und und kostenlose Arbeitskräfte werden für die Kräftigung unseres Nachwuchses bereitgestellt, um eine Kinderzahl, die der gesamten Bevölkerung der Stadt Salzburg entspricht, im Sommer durch fünf bis sechs Wochen auf Erholung zu entsenden. Dieses gewaltige Fürsorgewerk ist nur möglich, weil im Kuratorium des Wiener Jugendhilfswerkes, an dessen Spitze Universitätsprofessor Dr. Julius Tandler steht, die Vertreter sämtlicher politischer Parteien einträchtig zusammenarbeiten. Die Auswahl der Kinder erfolgt auf Grund der schulärztlichen Befunde, die Unterbringung geschieht bei viertausend Kindern tagsüber in Tageserholungsstätten an der Grenze von Wien, bei 31.000 in Ferienheimen.

Durch die Sammlung „Kinderrettungswoche“, durch einen Sonderbeitrag der Gemeinde Wien für die Schützlinge des städtischen Jugendamtes und durch Leistungen der Elternvereine konnten heuer fünftausend Freiplätze gewährt werden. Das Leben und Treiben in den Heimen wurde in künstlerischen stimmungsvollen Bildern, die zum großen Teile vom Lichtbildkünstler Sepp Nowak angefertigt wurden, vorgeführt. Die vorzüglichen Bilder des Bürgermeisters, der Stadträte Breitner und Professor Dr. Tandler stammen von Theo Bauer. Die überwältigende und stimmungsvolle Darstellung des Vortragenden wurde mit reichem Beifall belohnt.

Hundswut. Am 23. Oktober wurde am Vorkai zwischen Franzens- und Verbindungsbahnbrücke im dritten Bezirk ein wutkranker Hund - Spitzbastard (Männchen) weiss mit schwarzen Flecken - aufgegriffen. Der Eigentümer oder Personen, die über den Hund nähere Angaben machen können, werden ersucht, sich beim Magistratischen Bezirksamt Landstrasse in der Veterinärabteilung, zu melden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

ZWEITE

Wien, am Freitag, den 30. Oktober 1925

AUSGABE

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 30. Oktober 1925

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Ohne Wortmeldung werden auf Antrag des Gemeinderates Hies für den Wiener Unterstützungsverein für ander Haft Entlassene und für den Verein für Aquarien „Danio“ und die Vereinigung bildenden Künstler Oesterreichs „Secession“ Subventionen bewilligt. Auf Antrag des Gemeinderates Isler wurde für den Bau der Grossgarage für den städtischen Lastkraftwagenbetrieb in Hernals ein Betrag von 307.000 Schilling bewilligt.

Angenommen werden noch ohne Debatte die Anträge der Gemeinderäte Fischer auf Bewilligung eines Zuschusskredites für Gasrohrlegungen in der Höhe von 400.000 Schilling und eines Sachkredites für den Ausbau der Hochspannungs-Schaltanlage der Unterstation Alsergrund der Elektrizitätswerke von 160.000 Schilling, ferner auf Herstellung der Unter Meidlingerstrasse von der Triesterstrasse bis zu Windtenstrasse, auf Neubau eines Kanals in Simmering, Ausbesserung des Gehsteiges entlang des Kunsthistorischen Museums, Neupflasterung der Sieveringerstrasse bis zum Gspöttgraben, der Herzgasse, Endergasse, Dorfplatzergasse, Karl Czernygasse, Erweiterung des Abwasserhebewerkes in Kaisermühlen, Zuschusskredite für den städtischen Sanitätsbetrieb von 50.120 Schilling, Anträge des Gemeinderates Jenschik auf Instandsetzungsarbeiten in der Quarantänestation Arsenalstrasse und im Notspital Meidling, Auswechslung eines Kochkessels in der Heilanstalt Ybbs an der Donau, Zuschusskredite für den Betrieb städtische Dampfwascherei, Anträge des Gemeinderates Kopriwa auf Zuschusskredite für den Ankauf von Grundstücken, des Stadtrates Richter auf Gewährung eines Zuschusskredites von 6000 Schilling für die Stadtbibliothek, des Gemeinderates Schütz auf Aenderung von Baulinienbestimmungen, des Stadtrates Tandler auf Zuschusskredite für das Karolinen-Kinderspital, Zuschusskredite für Pflegeerfordernisse im Versorgungsheim Lainz und schliesslich werden die Einwendungen der Heleute Trnka gegen das Bauvorhaben der Gemeinde zur Errichtung eines Wohnhauses auf dem Baublock Thurygasse-Marktgassee-Salzgasse abgelehnt.

G.R. Fischer beantragt für den Ausbau der Hochspannungsschaltanlage der Unterstation Alsergrund der B-Werke und für den Ausbau einer Handwerksstätte im Anschluss an diese Station Sachkredite von 160.000 S und 9.000 S zu bewilligen.

G.R. Panosch (chr. soz.) bemängelt, daß solche große Anschaffungen aus Gebarungsmitteln bestritten werden.

Der Referent entgegnet, hier handle es sich nicht um Neuanschaffungen, sondern um den Ausbau bestehender Anlagen.

Die beiden Sachkredite werden bewilligt.

G.R. Grolig (soz. dem.) beantragt für den Betrieb der städtischen Bäckerei im I. Bezirk Spinnerin am Kreuz Zuschusskredite von zusammen 30.568 S und begründet diesen Antrag mit Mehrerfordernissen infolge Einstellung von drei neuen Arbeitskräften und der Steigerung der Sachregion.

G.R. Körber (Chr. soz.) vermisst eine genauere Begründung des Referentenantrages. Es wäre auch notwendig einmal etwas über die Herstellungskosten des Gebäudes zu erfahren. Nach Ansicht der Fachkreise sei die Errichtung dieser städtischen Bäckerei überhaupt vollständig unnötig gewesen, es sei zu vermuten, daß die ganzen Anlagen mehr minder Parteizwecken dienlich. Die Minderheit könne schon für dieses Referat nicht stimmen.

Der Referent erwidert, die Bäckerei beliebere ausschließlich Gemeindeanstalten und arbeite nur zu Selbstkostenpreisen.

Der Referentenantrag wird angenommen.

G.R. Grünfeld (soz. dem.) beantragt einen Kredit von 29.000 S für den Zubau der Leichenhalle auf dem Südwestfriedhof.

G.R. Kurzbaue (chr. soz.) erklärt, sie müsse auf die jeder Pietät hohnsprechende Art aufmerksam machen, wie mit den aufgelassenen Gräbern umgegangen werde. Solche Gräber werden oft vergeben, ohne daß man die Angehörigen vorher verständigt und so ereignen sich Fälle, daß Angehörige zur letzten Ruhestätte ihrer Lieben kommen und einen frischen Grabhügel, sowie einen neuen Grabstein mit fremden Namen vorfinden. Merkwürdiger Weise dürfen im Urnenhain des Krematoriums keine Grablaternen angebracht werden, was selbst sozialdemokratischen Hinterbliebenen gar nicht recht ist. Als sich eine Partei einmal beim Inspektor beschwerte, habe dieser leichtsinig entgegnet: „Wer sich verbrennen läßt, hält auch nichts auf einen solchen Klimbim.“ (Entrüstung bei den Christlichsozialen. G.R. Kunschak: Das ist eine Frechheit eine beispieldlose Gefühlsrohheit!) Schliesslich ist der Vorgang zu bemängeln, daß beim Verkauf von Grabstellen die Ueberreste der früheren Leiche an Ort und Stelle belassen werden. Rednerin stellt den Antrag, die Besitzer von Eigengräbern wären rechtzeitig schriftlich von dem Ablauf ihres Besitzrechtes zu verständigen; die Käufer von Eigengräbern sind zu verständigen, daß schon jemand in diesem Grabe ruht und es ist ihr Einverständnis mit dieser Tatsache einzuholen.

G.R. Binder (chr. soz.) vermisst in der neuen Leichenhalle eine Trennung des Aufbahrungs- von Einsegnungsraum. Infolgedessen müssen die Einsegnungen in den Raum, wo die Leichenaufgebahrt sind, erfolgen, was zu Unzukömmlichkeiten führe. Tadelnswert sei der Zustand der Wege und Anlagen des Zentralfriedhofes. Besonders des hinteren Teiles. Dort sind Wegzeichen und Tafeln verwittert, man kann sich in den Grabstellen gar nicht zu-rechtfinden, die Wege sind ungepflegt, stellenweise total verlottert.

G.R. Jiltsch (Chr. soz.) bemerkt, das Gelegenheit benützen zu wollen, um auf das nach Anschauung vieler Leute entsetzlich geschmacklos ausgestattete Eingangstor zur Leichenhalle des Ottakring erfriedhofes aufmerksam zu machen. Die Einfassung ist ultramarin-blau gestrichen, die Eisengitter grell rot, der Untergrund hellgelb, ein reined Farbenspiel, das der Würde des Ortes gar nicht entspricht. Der Gesamteindruck ist der einer Kinopforte oder des Eingangs zu einem Variete-theater.

In seinen Schlussworte erwidert der Referent auf die vorgebrachten Beschwerden. Die Verständigung der Besitzer von aufgelassenen Gräbern ist leider in Wien unmöglich, weil man ein derartiges Kataster nicht führen und in Ordnung halten könnte. Verfallene Gräber werden durchaus nicht sogleich vergeben, sondern bleiben noch ein Jahr frei und erst wenn sich dann niemand meldet, erfolgt der Wiederbelag. Man muß bedenken, daß viele Tausende Besitzer solcher

2

Grabstellen im Auslande weilen und gar nicht erreicht werden können oder gestorben sind. Eine Evidenzführung ist da gar nicht möglich. Bei Wiedervergebung von Gräbern werden alle Reste herausgenommen. Auf die Beschwerde des Gemeinderates Binder wäre zu erwidern, daß auf dem Südwestfriedhof früher überhaupt keine Aufbahrungshalle bestanden habe. Die vom G.R. Ullreich geübte Kritik an dem Eingangstor sei durch - aus subjektiv, die Ausschmückung ist von einem akademischen Maler vorgenommen worden und es gibt viele Leute die sich darüber lobend geäußert haben.

G.Rätin Kurzbauer berichtet tatsächlich, es sei ihr ein Fall bekannt, daß ein Grab frisch belegt wurde und die Ueberreste des früher Bestatteten darin zurückgeblieben sind. Die Grabstelle wurde dann von dem früheren Besitzer um 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen zurückgekauft.

Vorsitzender Bürgermeister Seitz bemerkt, wenn die Behauptungen der Frau G.R. Kurzbauer mit den Tatsachen übereinstimmen, liege ein Versehen eines Beamten vor. Frau G.R. Kurzbauer möge eine Anzeige mit den näheren Daten erstatten, um die Einleitung einer Untersuchung zu ermöglichen. Es wird dann gegen den Schuldtragenden vorgegangen werden.

Die Referentenanträge werden sodann angenommen, der Antrag Kurzbauer abgelehnt.

G.R. Hieß (soz. dem.) beantragt eine Subvention von 500 S für die Jugendschriftenstelle für blinde Kinder. Wie im Vorjahre soll auch heuer der Jugendschriftenstelle Gelegenheit gegeben werden, eine Anzahl von Büchern, die der Stadtschulrat approbiert, herauszugeben.

G.R. Merbaul (chr. soz.) bemängelt, daß der Betrag von 500 S äußerst gering sei. In Wirklichkeit aber sei der Zweck dieser Subvention nur, die Bibliothek durch Marxistische Bücher zu veredeln, wie es Max Winter wünscht. Hier sei noch etwas über den Sammeltag der Blinden zu sprechen. Der Verband der Blindenvereine Oesterreichs, ⁱⁿ dem eine Reihe von Vereinen, darunter auch der Verein „Die Purkersdorfer“ vorkommt, umfaßt über 1300 Blinde. Nun wäre man der Meinung, daß alle Vereine etwas davon abbekommen. Nun hat man den Verein mitgeteilt, daß sein Verbleib nur unter einer Bedingung möglich sei: Daß nämlich der Punkt, worin festgelegt wird, daß christliche Mitglieder aufgenommen werden, fallen gelassen wird. Die Frage ist, ob auch der jüdische Blindenhilfsverein, ^{der} dem Verband ebenfalls angehört, auch diesen Punkt seines Statuts ändern muß. Am 28. Jänner erschienen im Präsidialbüro die Vertreter eines kleineren Blindenvereines, um eine Subvention zu erlangen. Sie wurden vom Magistrats-Direktor empfangen, der eine ganz andere Form der Antwort hätte finden müssen. Er meinte, ein Verein von 100 Blinden sei ja ~~gar~~ sozusagen ein Pimperlverein, der selbstverständlich keinen Anspruch auf eine Subvention hat. Bei dieser Antwort hätte man doch Rücksicht nehmen müssen auf die armen Blinden, die eine so schroffe Abweisung bedeutend schmerzlicher empfinden müssen, als Sehende.

Bürgermeister Seitz erklärt, daß er den im Sitzungssaal nicht anwesenden Magistrats-Direktor gegen die Angriffe in Schutz nehmen müsse, da er stets Gelegenheit habe, zu beobachten mit welcher Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Verkehr mit Beamten und Parteien sich vollziehe. Es ist unangebracht, die Person des ersten Funktionärs, so herabzusetzen. Was die Beschwerden selbst anbelangt, so ist im Gemeinderat nicht Gelegenheit, darüber zu sprechen, da diese Agenden in die Kompetenz des Landeshauptmannes fallen. Bekanntlich ist man darüber übereingekommen, daß an Stelle der vielen kleinen Sammlungen nur zwei große veranstaltet werden: Für die Barmherzigen Brüder, ^{Blinden-} denverband und die Rettungsgesellschaft. Wenn eine Beschwerde im

konkreten Fall am Platz ist, so möge sie schriftlich eingebracht werden, damit man die Sache nachprüfen kann. Es muß genau überlegt werden, bis zu welchem Grade man überhaupt auf die Verwendung des Sammlungsergebnisses Einfluß nehmen kann. Man kann nicht fordern, daß sich der Landeshauptmann gegebenenfalls etwa im Spital der Barmherzigen Brüder umsehe, wie die aufgebrauchten Mittel aufgewendet werden. Von einem staatlichen Funktionär, und der Landeshauptmann ist in diesem Falle staatlicher Funktionär, kann man nur verlangen, daß er gleiches Recht für alle walten läßt.

von

F.R. Hieß weist darauf hin, daß unter den Büchern, die von G.R. Merbaul als marxistisch bezeichnet wurden, schon die Titel deutlich zeigen, daß davon keine Rede sein kann. Es finden sich hier Märchen, Wiener Sagen, die Höhlenkinder von Sommeleithner, St. orn's Regentrude, Stifter, Bonsels Biene Maja. Der Antrag angenommen.

G.R. Brozyner erstattet den Rechenschaftsbericht der städtischen Versicherungsanstalt. Die Entwicklung dieser Anstalt ist im Jahre 1924 äußerst erfreulich fortgeschritten und besonders in der Elementarversicherung sehr gestiegen. Während die Lebensversicherung den Betrag von 8'2 Milliarden Kronen ausmacht, beträgt die Summe der Elementarversicherungen das Doppelte, nämlich 16'4 Milliarden Kronen. Wie schon das abgelaufene Geschäftsjahr sich äußerst günstig gestaltete, so läßt sich dies auch für die Zukunft der Anstalt voraussehen.

G.R. Untermüller begrüßt die aktive Gebarung der Anstalt. Redner fragt, wie es mit der Valorisierung von Leibrenten stehe. Hier hätte die städtische Versicherungsanstalt mit dem guten Beispiel vorangehen können. Wenn man die Werbetätigkeit besonders begrüßen muß, so wäre es notwendig, daß hier gewisse Grenzen eingehalten würden. So findet sich in einem in Salzburg erschienenen Rupert-Kalender eine ganzseitige Anzeige der Anstalt, wo darauf hingewiesen wird, daß die Gründung im Jahre 1898 unter Lueger erfolgte. Vergleicht man dagegen die Inserate, wie sie in Wien gebracht werden, so kann man diese Art nur eine plumpe Bauernfängerei nennen. Es handelt sich ja doch hier nicht um eine Anerkennung, sondern nur einen Mißbrauch des Namens Luegers. Ganz anders sieht das Flugblatt der Mietervereinigung aus, wo auch auf die Versicherungsanstalt hingewiesen wird.

G.R. Brozyner stellt fest, daß die erfreuliche Entwicklung der Anstalt von der Minderheit anerkannt wird. Was die Valorisierung der Leibrenten anbelangt, so ist zu sagen, daß eine Entscheidung nur bei einer allgemeinen Erledigung dieser Frage und nicht gesondert herbeizuführen ist. Alle Versicherungsgesellschaften haben ihre Reserven in Staatsrenten und Kriegsanleihen angelegt gehabt. Diese sind entwertet worden. So können die Unternehmer nicht aus sich selbst heraus eine Valorisierung durchzuführen. Kein Institut konnte bisher aber etwas Ähnliches aufweisen wie die Versicherungsanstalt. Ein Betrag von 500 Millionen Kronen wurde in der letzten Kuratoriumssitzung bewilligt, um den Eltesten Leibrentnern zugute zu kommen. Mit Hilfe der Fürsorgeinstitute wird man die Auswahl treffen können. Dies ist wieder ein Beweis dafür, daß die Anstalt Opfer bringen will. Ueber die Art der Reklame kann man nur sagen, daß einzig und allein Tatsachen angeführt wurden. Denn schließlich wurde ja die Anstalt unter Lueger gegründet, ist ein städtisches Unternehmen, das von den gewählten Gemeinderäten aller Parteien verwaltet wird. Man kann also von einer sozialdemokratischen Verwaltung nicht allein sprechen.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Iger berichtet über die Instandsetzung des Gehweges längs des Franz Josef Kais und der Rossauerlände über der Stadtbahndecke der Donaukanallinie. Der Zustand dieses Weges ist derart schlecht, daß die Arbeiten unbedingt notwendig geworden sind. Außerdem könnte im Winter das Schneewasser eindringen und die Anlagen der Stadtbahn

3
beschädigen. Nach Artikel 16 des Ueberkommens mit der Kommission für Verkehrsanlagen ist die Gemeinde verpflichtet, die Gehwege an der Donaukanallinie instandzuhalten.

G.R. Urban (chr. soz.) stellt fest, daß die Arbeiten, für die im Gemeinderat heute der Betrag bewilligt wird, bereits vollständig durchgeführt sind. Redner verlangt hierauf energisch die Reparatur des Gitters an den Gehwegen, weil sonst Unfälle unvermeidlich die Folge sind und die Sicherheit der Passanten auf das Schwerste gefährdet wird.

G.R. Iser sagt, daß die vorgebrachten Beschwerden an die zuständige Magistratsabteilung weitergeleitet werden.

Der Antrag des Gemeinderates wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt; der Referentenantrag wird angenommen.

G.R. Iser berichtet über den Bau eines Kanals in Ottakring. Bei diesem Bau haben sich große Schwierigkeiten ergeben; so vor allem ist dort ein sehr hoher Grundwasserstand und ein abschüssiges Terrain. Es muß daher ein Zuschußkredit von 48.000 S angesprochen werden. Dieser Betrag soll aus ersparten Summen bedeckt werden.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) erklärt, daß der hier beliebte Vorgang der Ersparungen absolut unzulässig ist. Sie erzielen nun Ersparungen bei allen Verwaltungsgruppen. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde bei nicht weniger als sechs grossen Referaten eine Art der Bedeckung beschlossen, die ganz eigenartig ist. Es wurde uns nicht einmal gesagt, wo die Ersparungen erzielt worden sind, die nun zur Bedeckung der neuen Ausgaben dienen sollen. Sie lassen ganz einfach einen ganzen Volkswohnhausbau verschwinden oder bauen einige Kanäle nicht und bezeichnen das dann als Ersparnis. Auch auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung findet man eine Reihe solcher Referate. Dabei sind noch falsche Rubriken angegeben und Verwechslungen festzustellen. Man kann hier schon von einem ganzen Ersparungsspeisezettel sprechen! Aber man weiss längst, wie das gemacht wird. Es scheint im Rathaus eine eigene Abteilung für Parteireklame zu bestehen. Da werden grosse Programme ausgearbeitet, um für die Arbeiterzeitung die grossen Artikel machen zu können. Dann aber sagt die Finanzabteilung, daß nicht so viel Geld da ist und das Programm wird eingeschränkt. Dann kommt man uns mit den Ersparungen! Das ist nichts anderes als die Nichterfüllung vorhergesagter Versprechungen (Beifall bei der Minderheit). Das ganze ist eine Augenauswischerei und diese Art der Bedeckung muss in der Stadtbuchhaltung einen Sauhaufen herrufen, der kaum mehr zu überbieten ist. Wagens der Minderheit muss ich ebenso höflich wie dringend an den Finanzreferenten die Anfrage richten, wann endlich der Rechnungsabschluss für das Jahr 1924, der doch schon seit 30. September fällig ist, vorgelegt werden wird. Schliesslich möchte ich noch feststellen, daß jetzt überhaupt kein einziger amtsführender Stadtrat im Saal ist, was einer Missachtung des Gemeinderates gleichkommt. Wenn Sie keine Gemeinderatssitzung haben wollen, dann machen Sie eine Unterhaltung, bei der dann Herr Bräuner noch die Lustbarkeitsabgabe einheben kann. Wir haben zu einer solchen Verwaltung kein Vertrauen und stimmen daher gegen den Antrag.

G.R. Iser erklärt, daß diese Ersparungen genau so wenig zu umgehen sind, wie Zuschußkredite. Insbesondere bei Kanalbauten kann man nicht so genau kalkulieren, weil man erst bei der Sperre sieht, ob der Grund des Kanals stark beschädigt sei. Die Abteilung verfolge daher den Grundsatz, etwas höhere Beträge anzusetzen, wodurch dann öfters Ersparungen entstehen. Würde das umgekehrt geschehen, dann hören wir doch immer von der Minderheit, daß Zuschußkredite verlangt werden. Es läßt sich in jedem einzelnen Fall leicht nachweisen, wo Ersparungen erzielt worden sind, und wie sie verwendet wurden.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Iser berichtet über den Sondervoranschlag für die Straßenerhaltung. Die dort eingesetzten Beträge haben sich infolge der gesteigerten Materialpreise als zu gering erwiesen, weshalb ein Zuschußkredit von 280.000 S beantragt wird.

G.R. Lehninger (Chr. soz.) führt Beschwerde über den Zustand der Straßen in Lainz und Speising. Insbesondere die Berghaidengasse sei derart vernachlässigt, daß in einem wohnlichen Dorf bessere Straßen vorhanden sind. In einer Sektion waren bis jetzt 25 Straßenarbeiter beschäftigt, die man bis auf sieben abgebaut hat. Wenn das so weiter geht, dann wird in Wien der Straßenkehrer bald eine Schenswürdigkeit sein. Es muß verlangt werden, daß auch in Wien die Straßen so gepflegt sind, wie dies einer Großstadt würdig ist.

G.R. Kunschak (chr. soz.) bezeichnet es als einen Skandal, daß im Sondervoranschlag für die Straßenpflege, diese Post unter einer anderen Bezeichnung enthalten ist, als dies in der heutigen Vorlage geschieht. Es ist daher leichtsinnig, wenn der Referent vorher behauptet hat, daß alles in Ordnung ist.

G.R. Iser erwidert, daß es auch der Mehrheit lieber wäre, wenn alle Straßen einwandfrei instandgesetzt werden könnten. Dazu reichen aber die Mittel nicht, da noch immer an den Kriegsschäden laboriert wird. Die Bezeichnung im Sondervoranschlag wurde während der Beratung des Voranschlages geändert, weshalb es unrichtig ist, wenn man behauptet, daß im Gemeinderat falsch referiert wird.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

G.R. Iser (Soz. Dem.) beantragt, für die Herstellung des Asphaltgehsteiges beim Kunsthistorischen Museum in der Babenbergerstraße und die Ausbesserung der Gehsteige in den anschließenden Straßenzügen einen Kredit von 9.500 S zu genehmigen.

G.R. Huber (chr. soz.) bemerkt es sei höchste Zeit, daß auch die Gemeinde Wien die ihr obliegenden Gehsteigreparaturen vornehmen lasse. Neuesten werden zur Bestreuung der Wege und der Uebergänge in den Straßen Wiens Asche und Kehrloht von Misthaufen aus den Vorstädten verwendet, wodurch die Gefahr von Seuchen wesentlich erhöht werde. Der Referent möge dafür sorgen, daß die Misthaufen aus dem Weichbild der Stadt überhaupt verschwinden und daß nur reiner Sand wie früher zur Bestreuung Verwendung finde.

Der Referent entgegnet, soweit es möglich sei, werde auch jetzt nur Sand verwendet. Von einer Infektionsgefahr durch den Mist könne wohl ernstlich nicht gesprochen werden, dieselbe Gefahr würde ja auch bei Sand bestehen. Immerhin wolle er die Anregung der zuständigen magistratischen Stelle übermitteln und es werde ihr sicher nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

G.R. Iser berichtet über den Antrag auf Bewilligung des Mehrfordernisses von 146.000 S für die Neupflasterung der Wattgasse von der Hernalserhauptstraße bis zur Lobenhauergasse.

G.R. Doppler (chr. soz.) bezeichnet das Referat als höchst ungenau und unklar und verlangt vom Referenten verschiedene Aufklärungen.

Der Referent entgegnet man könne nicht bei jeder Vorlage ein bis ins kleinste Detail reichendes Referat erstatten, das würde viel zu weit führen. Jedes Mitglied des Gemeinderates habe jederzeit Gelegenheit, sich durch Akteneinsicht genauen Aufschluß über die Sache zu verschaffen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Schütz (soz. dem.) berichtet über den Antrag auf Baulinienbestimmung für das Gebiet zwischen der Sanatoriumstraße, Raimannstraße, Flötzersteig, Dehnegasse und Linzerstraße im XIII. Bezirk, das sogenannte Siedlungsgebiet Nr. 19.

G.R. Kunschak (chr. soz.) stimmt den Referate zu und kommt dann auf die Angelegenheit der Bretteldorfer und Bruckhaufner Siedler zu sprechen. Seit der Behandlung dieses Gegenstandes im Gemeinderate sind verschiedene neue Momente zu Tage getreten. Demals wurde gesagt, die Bretteldorfer- und Bruckhaufner hätten alles hinter dem Rücken der Gemeinde unternommen, die Gemeinde dürfe das wilde Bauen nicht zulassen. Aber die Gemeinde selbst müsse sich diesen Vorwurf machen, denn es werde oft für Baulichkeiten erst die Genehmigung eingeholt, wenn sie schon beinahe fertig sind. Man solle also mit den Siedlern nicht so streng ins Gericht gehen, wenn sie sich nicht genau an den Buchstaben der Verordnungen halten. Redner bemerkt, er habe, da gegen das Klostersneuburger Stift Vorwürfe erhoben worden sind, in die betreffenden Akten Einblick genommen und zu seinem Erstaunen gefunden, daß nun gegen die Stiftsverwaltung seitens der Gemeinde Drohungen vorgebracht werden. Seinerzeit habe das Stift auf den Wunsch des Bürgermeisters Remmann den Siedlern bei Abschluß der Pachtverträge entgegenkommen gezeigt und sich auch bereit erklärt, den Straßengrund unentgeltlich abzutreten. Das Bauamt hatte von der Anlage solcher Straßen in den beiden Siedlungen genaues Kenntnis. Und jetzt sage man dem Stift, daß die Baubehörde sich vorbehalten müsse, den Eigentümer der Pachtgründe für die Beseitigung der Objekte auf diesen Gründen haftbar zu machen. Ein solches Vorgehen sei ein Skandal sondergleichen. Kein Wunder wenn die Siedler noch immer sehr beunruhigt sind, daß sie von ihrem Grund und Boden vertrieben werden könnten. Und wer könnte es dem Stift verübeln, wenn es jetzt mit der Kündigung aller Pachtverträge vorgehen würde. Allerdings ^{werde} das Stift das Odium eines solch rücksichtslosen Vorgehens, daß ihm die Gemeinde indirekt zumute, nicht auf sich nehmen. Wenn behauptet wird, daß im Bretteldorf und im Bruckhaufen sanitätswidrige Unterkünfte sich vorfinden, so wolle Redner an einem Beispiel zeigen, daß im Stadtgebiete noch immer Wohnungen benützt werden, die längst als sanitätswidrig bekannt sind. Seit eineinhalb Jahren bemühe sich der Bewohner eines baufälligen Häuschens nächst dem Rudolfinerhause vom Bauamt eine menschenwürdige Wohnung zu erlangen. Dieser Herr Emil FINK werde vom Wohnungsamt immer wieder vertröstet, man habe ihm die Beistellung einer Wohnung oft und oft zugesagt, seine dermalige Behausung ist als sanitäts- und beugefährlich bezeichnet worden, es wurde der Delogierung zugestimmt, aber bis heute hat er nicht die versprochene Wohnung zugewiesen erhalten. (Entrüstungsrufe bei der Minorität und großer Lärm. G.R. Preyer: Das ist unerhört, niederträchtig man hat nur für polnische Juden Wohnungen! Und so eine Gesellschaft traut sich noch etwas von Wohnungsfürsorge zu sprechen.)

G.R. Kunschak: Im Bretteldorf und Bruckhaufen hat man während lang Kommissionen von Haus zu Haus geschickt zu dem Zwecke, die Leute von diesem Platz wegzubringen. Die Wohnungen wurden als baufällig und sanitätswidrig bezeichnet. Aber im ganzen Gebiete Bretteldorfs und Bruckhaufens ist kein Saustall in dem Zustande, in dem sich die Wohnung des Fink befindet.

Die weiteren Ausführungen des Gemeinderates Kunschak gehen unter großer Unruhe vor sich. Man hört von den Bänken der Minorität zahlreiche Zwischenrufe insbesondere Gemeinderat Preyer ruft mit lauter Stimme: Das Wohnungsamt gehört in die Luft gesprengt, das ist ja die reinste Parteinstitution.

G.R. Schütz weist darauf hin, daß in der großen Anzahl von 76 Siedlungsstätten nicht jedes sofort durchgearbeitet werden kann.

Die Gemeinde ist nach Kräften bemüht, die Wohnungsnot zu lindern.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schütz berichtet über die Baubewilligung für die Errichtung eines Umspannwerkes der städtischen Elektrizitätswerke in der verlängerten Hütteldorferstraße und Moeringgasse im XV. Bezirk. Die Bauverhandlung ist anstandslos verlaufen.

G.R. Kunschak verweist darauf, daß dieses Gebäude bereits unter Dach gebracht ist und heute dem Gemeinderat zugemutet wird, eine Baubewilligung dafür zu erteilen. Man mutet uns etwas zu, was ein europäischer Skandal ist. Der Platz, wo das Umspannwerk errichtet werden soll, ist auf dem Grunde des ehemaligen Schmelzer-Friedhofes. Seinerzeit wurde dieser Grund für die Erbauung einer Bürgerschule und des städtischen Museums vom Ordinariate abgetreten. Nunmehr soll dort eine Industrieanlage errichtet werden, was ein deutlicher Widerspruch gegen die Vereinbarungen ist.

Antrag wird angenommen.

Stadtrat Speiser berichtet über die Lohnerhöhung und den Abschluß eines Arbeitsvertrages für das städtische Kalkwerk Hinterbrühl. Die österreichische Baugewerkschaft wünschte eine Erhöhung von dreißig Prozent, diese war jedoch nicht möglich und man einigte sich auf eine Erhöhung von 12 Prozent für Hilfsarbeiter und zehn Prozent für Professionisten.

G.R. Waldsam (chr. soz.) bemängelt einige Punkte im Arbeitsvertrag und stellt fest, daß einzelne Bestimmungen dem Gesetz direkt widersprechen. Er stellt Abänderungsanträge.

St. R. Speiser schließt sich diesen teilweise an, bemerkt jedoch, daß zu Abänderungen erst nach Fühlungnahme mit der Gewerkschaft geschritten werden kann und festgestellt ist, welche Punkte den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen.

Bürgermeister Seitz: Ich setze den Gegenstand von der Tagesordnung ab. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Wenn Sie ein so weitgehendes Entgegenkommen der Majorität und des Referenten mit Hohn behandeln, werden Sie die Sachlichkeit der Beratung beeinträchtigen. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Ich glaube, Sie verstehen mich schon. Ich kann im Interesse der Sache wünschen, daß jede Anregung, gleichgültig wer sie bringt, einer entsprechenden Würdigung begegne. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Wenn aber die Sache mit Hohn behandelt wird, dann ist es schwer.

G.R. Speiser berichtet über die Aenderung des Kollektivvertrages für den städtischen Pferdefuhrwerksbetrieb mit einem Kostenaufwand von 5.220 S.

G.R. Doppler bezeichnet die gegenwärtige Art der Kebrichtabfuhr als noch immer mangelhaft, es fehle an genügendem Personal. Seine Beschwerden über Unzukümmlichkeiten seien bisher nicht berücksichtigt worden, noch immer lagern in den Vorstadt Häusern neben den Colonia-Kübeln Misthaufen, die eine direkte Seuchengefahr bilden.

Der Referent erwidert, daß die Umstellung auf das Colonia-System einer gewissen Probezeit bedürfe. Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Speiser berichtet über den Antrag auf Bewilligung eines Kassenkredites von 50.000 S für die Ueberstunden anläßlich der Neuanlage der Konten im Steuerdienste.

G.R. Doppler will diese Gelegenheit benützen, den Referenten auf Unzukümmlichkeiten im städtischen Exekutionsamt aufmerksam zu machen. Hier sitzen in drei Sälen 250 Menschen zusammengedrängt, sie können sich kaum rühren, der Parteiverkehr ist ungeheuer stark. Der Referent verspricht Erhebungen zu pflegen.

Der Referentantrag wird sodann angenommen und die Sitzung um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends geschlossen.

Bürgermeister Seitz: Einem alten Volksbrauch folgend, werden in den nächsten Tagen Hunderttausende hierherwandern, um ihre Toten zu grüssen und die Grabstätten zu schmücken. Sie werden eine grosse Veränderung sehen. Aus einem öden verwahrlosten Leichenfeld hat die Kunst des Gärtners einen schönen pietätvollen Friedhof gemacht. Meister Hanak, der grosse Künstler, hat den toten Soldaten ein Denkmal gesetzt. Nicht jenen allein, die hier ruhen, sondern allen Opfern des Weltkrieges, gleichgültig ob sie in den Schluchten, Wäldern und Tälern Serbiens oder der Karpathen, in den Steppen und Sümpfen des Nordens ihr Leben aufgeopfert haben, ob ihre Leiber in den Lüften zerrissen oder ins Meer versenkt worden sind: Allen, allen Opfern des Krieges gilt dieses Denkmal. Dadurch erinnert es auch an das Denkmal des namenlosen Soldaten, des Soldaten schlechthin. Wenn wir diesen feiern, dann gewiss nicht im Sinne einer Verherrlichung seiner Funktion, im Sinne einer Huldigung für das Handwerk des Krieges und für die Gewalt, wir huldigen ihm nicht als dem Werkzeug, sondern als dem Opfer des Krieges, das sterben musste. Das Wort, das an der einen Seite des Denkmals sagt: Nie wieder Krieg!, das ist der Schrei der gesamten Kulturmenschheit, ein Schrei der Kultur und Zivilisation über die Barbarei des Krieges, ein Schrei des Volkswirtes gegenüber dem wahn-sinnigen Glauben, dass man eine Wirtschaft durch Krieg heben könne, ein Schrei aller vernünftigen Politiker über den Unsinn, dass ein Staat durch den Krieg gewinnen könnte, ein Schrei aller Hygieniker über den Wahnsinn, dass ein Volk aus dem Krieg gesund und gestärkt aus dem Krieg hervorgehen könne, ein Schrei der Erzieher über die Degeneration unserer Jugend und ein Schrei aller moralisch Empfindenden über die Heuchelei und Verderbtheit, die der Krieg zeugt. „Nie wieder Krieg!“ müsste zur Parole der gesamten Menschheit werden, müsste überall erklingen wo Man Moral und Recht höher schätzt als Gewalt und Rohheit.

In diesem Sinne wollen wir das Denkmal weihen, in diesem Sinne bitte ich es zu enthüllen.

Nach diesen Worten des Bürgermeisters fiel die Hülle und das Denkmal zeigte sich in seiner ganzen erschütternten Wucht. Mit einem Trauerchoral, der von der Musikkapelle der Bediensteten der städtischen Berufsfirewehr vorgetragen wurde, wurde die schlichte Feier beendet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 31. Oktober 1925

Sitzung des Gemeinderates. In der kommenden Woche hält der Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat versammelt sich am Freitag um 5 Uhr nachmittags zu einer Geschäftsitzung.

Entfallende Sprechstunden im Rathaus. Am Montag entfallen die Sprechstunden bei den amtsführenden Stadträten Breither, Siegel und Kokrda.

Das Kriegerdenkmal der Gemeinde Wien.

Feierliche Enthüllung durch den Bürgermeister.

Heute vormittags wurde das von der Gemeinde Wien auf dem Zentralfriedhof errichtete Kriegerdenkmal enthüllt. Das von Bildhauer Professor Anton Hanak stammende Denkmal, darstellend eine trauernde Mutter, befindet sich bei Eingang in die Abteilung, welche die sogenannten Kriegergräber umfasst. Es sind dort 15.855 Soldaten und 630 Offiziere beerdigt, die alle Opfer des Weltkrieg^{es} sind. Ihre Bestattung ist während des Krieges meist durch die Gemeinde Wien erfolgt. Die Gemeindeverwaltung hat auch noch während des Krieges an dieser Stätte ein Holzdenkmal errichtet. Es musste jedoch abgetragen werden, da es unter den Einwirkungen der Witterung schwer gelitten hatte und gelegentlich des Menschenstroms zu Milderheiligen die persönliche Sicherheit gefährdet hätte. Man musste sich damals begnügen, den Platz mit Blumenschmuck auszustatten. Da dieser Zustand nicht fortauern konnte, hat Bürgermeister Seitz angeordnet, dass den zuständigen gemeinderätlichen Korporationen die notwendigen Projekte und Anträge auf eine würdige Ausstattung des ganzen Platzes unterbreitet werden. Es wurde zunächst der grosse Platz durch einen lebenden Zaun abgegrenzt, dann gartenarchitektonisch derart geformt, dass ein schönes Gesamtbild entstand, dennoch aber auch die einzelnen Gräber pietätvoll zur Geltung kommen. Mit der Ausführung des Denkmals wurde Bildhauer Professor Hanak beauftragt. Am 20. Februar 1925 genehmigte der Wiener Gemeinderat den Entwurf für das Denkmal und bewilligte die Kosten von 75.000 Schilling. In den letzten Wochen konnte bereits mit den Aufstellungsarbeiten begonnen werden und heute vormittags fand die feierliche Enthüllung des einzigen Wiener Kriegerdenkmals statt.

Zu der Feierlichkeit waren erschienen in Vertretung des Heeresministers General Schneller, für die niederösterreichische Landesregierung Landesrat Palms, Vizebürgermeister Emmerling und die amtsführenden Stadträte, für das Stadtkommando von Wien Generalmajor Hoffmann und Oberleutnant Materna, für die Heeresverwaltungsstelle Oberst Feyrek, für den Landesverband Wien und Niederösterreich der Kriegsgeschädigten die Präsidenten Brandeis und Jorgo, für die Invalidenentschädigungskommission Obensagistratsrat Mebel, in Vertretung des Rektors der Akademie der bildenden Künste Professor Christian Ludwig Martin, für die Genossenschaft der bildenden Künstler Professor Schönthal, ferner viele Nationalräte, Bundesräte und Gemeinderäte. Angehörige der städtischen Berufsfeuerwehr umstellten das Denkmal im weiten

Kreis. An der Stirnseite des Denkmals hatten Kränze niederlegen lassen, die Gemeinde Wien, das Land Niederösterreich, der Landesverband Wien der Kriegsgeschädigten, der Militärverband der Republik Oesterreich und die Interessenvertretung reichsdeutscher Kriegsteilnehmer.

Amtsführender Stadtrat Professor Tandler hielt an die Versammelten folgende Ansprache: Wir haben uns hier versammelt um Tote zu ehren und zwar jene toten Menschen, die wir als Kriegsoffer beklagen. Die einen sind massen gestorben, in das Nichts verklungen; ihre Namen sind verschwunden. Sie liegen weit weg von hier in den Friedhöfen, wo sich einst die Front hinzog in langen Reihen. Klagen und Anklagen steigen aus ihren Gräbern zum Himmel. Der Zufall hat die anderen in der Heimat ihr Leben beenden lassen. Auf diesem Friedhof liegen siebzehntausend Tote. Die Gemeinde Wien hat es als ihre Pflicht erachtet, diese Stätte zu pflegen und versucht durch Unterteilung seiner Fläche die Oede dieses Friedhofs zu beleben. Die Gemeinde erachtet es auch als ihre Pflicht den Toten ein Denkmal zu setzen. Ein solches Denkmal kann freilich nur ein Symbol sein. Die Menschen, die hier begraben liegen, sie existieren als Individuen nur so lange, als Menschen leben, die ihnen verwandt sind oder die ihnen sonst zugehört haben. Dies dauert Jahre, vielleicht Jahrzehnte, wenn es lang währt, fünfzig Jahre. Dann aber verschwinden sie und was bleibt ist das Symbol der Menschen, die um sie getrauert haben. Das Denkmal soll auch ein Symbol der Einstellung der Menschheit zu der furchtbaren Katastrophe des Weltkrieges sein. Der geniale Künstler Hanak hat verstanden mit Meisterhand diesem Symbol in der Gestalt einer trauernden Mutter Ausdruck zu verleihen. Jeder Mensch ist einer Mutter Sohn und von siebzehntausend Müttern ruhen hier die toten Söhne. Die Mutter, die wir hier sehen, ist vom Schmerz gebeugt, niedergedrückt und sie versucht sich in ihrem Schmerz doch noch aufzuraffen und zu erheben. Wir sehen in ihr aber auch die Mutter aller jener, die einst den Frieden bereiten werden, jenen ewigen Frieden, auf den die Inschrift auf der Rückseite des Denkmals: Nie wieder Krieg! hinweist. Ich bitte den Herrn Bürgermeister das Denkmal zu enthüllen.